

Nr. 2/2019

April – Juni 2019

CUBA LIBRE

ISSN 0178-2460

€ 3,50

Ein Festival der Demokratie

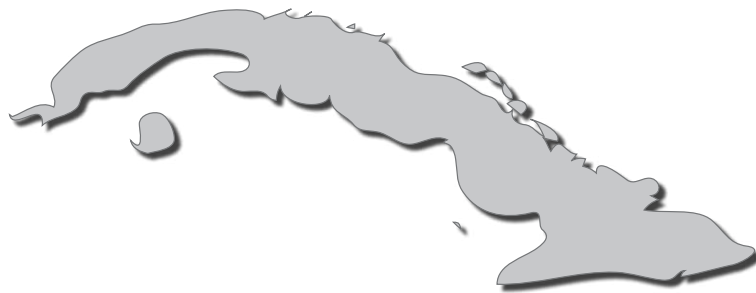
Die neue kubanische Verfassung
ist Ergebnis intensiver Diskussion

Jorgitos Log
Kuba im Medienspiegel
Kultur
Aus der FG

Kubas erfolgreiche
Biopharma-Industrie

Happy Birthday
Die deutschsprachige Granma wird 25

Venezuela -
Eine geopolitische Auseinandersetzung



Der Jahresanfang in Berlin stand ganz im Zeichen Kubas: Wir berichten über die Manifestation zum 60. Jahrestag der Kubanischen Revolution auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz sowie den Konferenz-Beitrag von Abel Pietro über die kubanische Kultur sowie kubanische Trova mit Eduardo Sosa. Dem folgten weitere spannende Veranstaltungen – mit beiden in der jW-Ladengalerie, mit Eduardo Sosa im Konsulat und die Kuba-Konferenz der Linkspartei, auf der die Verfassungsreform und die US-Blockade ein Schwerpunkt weiterer kubanischer Referenten war.

Besondere Beachtung in dieser Ausgabe verdient das Interview mit Abel Pietro, das Tobias Kriele führte und in dem Prieto die kubanische Kulturpolitik und ihre Herausforderungen beleuchtet.

Mit der Agrarreform nach dem Sieg der Kubanischen Revolution, so Volker Hermsdorf in seinem Artikel, wurden wesentliche Grundlagen zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft gelegt. Roland Armbruster erinnert an die Invasion in der Schweinebucht.

Klaus Piel berichtet im dritten Teil seiner Artikelreihe zum kubanischen Gesundheitswesen kenntnis- und faktenreich über Kuba und seine sehr erfolgreiche Biopharma-Industrie und im vierten Teil über Kubas medizinischen Internationalismus.

Spannend auch, wie die Revolution auch kulturell den Alltag in Kuba verändert hat: Jeder kennt die unzähligen Ranking-Shows im deutschen Fernsehen seit Aufkommen des Neoliberalismus. Im kubanischen TV gibt es auch eine Kinder-Talentshow, die ein Straßenfeger ist. Uli Fausten lässt uns an der Sendung teilhaben und macht auf die eklatanten Unterschiede zu den westlichen Konzepten von Talentshows aufmerksam: Statt Ellenbogenmentalität wird soziales Verhalten belohnt.

Sorgen macht die Drohung einer Militärintervention in Venezuela und die Verhängung von Sanktionen. Carolus Wimmer berichtet aus dem Land und ordnet ein. Mehrere andere Artikel beschäftigen sich ebenso mit den Folgen der US-Aggression und wir machen den Widerstand gegen die Völkerrechtsverletzungen der USA und ihrer Verbündeten in der EU sichtbar. Ebenso belegen wir, wie die *Tagesschau* mit unterschlagenen Zuschauerkommentaren zu seiner Venezuela-Berichterstattung Meinung macht.

Last but not least steht im Mai das 25-jährige Jubiläum der *Granma Internacional Deutsch* an. Wir danken Renate und Ullrich Fausten für den Rückblick und Einblick in den Redaktionsalltag und Jonas Pohle für den Blick auf Vertreib und Versand durch die *junge Welt*.

Marion Leonhardt

impresum

Herausgeber: Vorstand der Freundchaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Maybachstr. 159, 50670 Köln,

Tel.: 0221 / 2 40 51 20,

Fax: 0221 / 6 06 00 80

Mail: info@fgbrdkuba.de

Web: www.fgbrdkuba.de

Konto/Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft, Köln

IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00

BIC: BFSWDE33XXX

Konto: 123 69 00

BLZ: 370 205 00

Redaktion: R. Armbruster, R. Fausten,

U. Fausten, P. Knappe, M. Leonhardt,

Bildredaktion: Tom Brenner

V.i.S.d.P.: Marion Leonhardt

Titelbild: Montage CL

Gestaltung/Satz:

CommPress Verlag GmbH, Tom Brenner

Printed in the EU.

Postvertrieb: CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr.

Jahresabo: Inland 12,50 €, Ausland 16,- €,

Einzelheft 3,50 € + Porto. Kündigung des

Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des

Bezugszeitraums.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion

keine Verantwortung.

ISSN 0178-2460

kuba

- 4 Festival der Demokratie
- 6 Wir sind Zeugen eines intensiven demokratischen Prozesses
- 9 Die wirtschaftliche Entwicklung Kubas
- 11 Agrarreform – Der kubanische Rubikon
- 13 Bolsonaro und seine Sorge um Demokratie in Kuba
- 15 Kuba und seine erfolgreiche Biopharma-Industrie
- 16 Kubas medizinischer Internationalismus
- 19 Jorgitos Log

kultur

- 24 La Colmena TV
- 28 „Che Guevara“ – eine Biografie

sol

- 29 Tiefe Einblicke in das kubanische Leben
- 29 Solidarität und Einigkeit – Jahreshauptversammlung des Netzwerk Cuba
- 31 Fidels Ideen leben weiter!
- 32 Das sozialistische Kuba vor neuen Herausforderungen
- 33 Jahresauftakt im Zeichen Kubas
- 36 25 Jahre deutschsprachige Granma
- 37 Happy Birthday, Deutsche Granma
- 41 mediCuba – beispielhafte Internationale Solidarität

aus der fg

- 43 Einladung zur Bundesdelegiertenkonferenz der FG

lateinamerika

- 44 Venezuela – eine geopolitische Auseinandersetzung
- 45 Die EU macht sich zum Komplizen eines Putsches in Venezuela
- 48 Unzulässige Einmischung – Ein Gutachten

kuba im medienspiegel

service

- 2 Impressum
- 22 Regionalgruppen, Ansprechpartner/innen
- 23 Lieferbare Materialien



Festival der Demokratie

Eine Bilanz des Anhörungsprozesses der Bevölkerung zur neuen Verfassung

Elias, Proyecto Tamara Bunke

Am 22. Dezember 2018 nahm mit der Zustimmung aller 583 anwesenden Abgeordneten der Asamblea Nacional del Poder Popular (Nationalparlament) zu dem endgültigen Entwurf der neuen Verfassung der Republik Kuba das neue „Gesetz der Gesetze“ seine erste Hürde. Die Abgeordneten hatten jeder einzeln in der Gegenwart des Armeechefs und ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei Kubas, Raúl Castro Ruz, sowie des Präsidenten des Staats- und Ministerrats, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, ja zu dem Resultat eines beispielhaften, demokratischen Prozesses zur Erneuerung der Verfassung gesagt. Nichts ging jedoch am Votum des kubanischen Volkes vorbei, das am 24. Februar dazu aufgerufen war, die neue Verfassung zu ratifizieren.

Die Bilanz der Anhörungsver sammlungen der Bevölkerung lässt sich sehen: An über 130.000 Anhörungen nahmen insgesamt knapp neun Millionen Personen teil, die in über 1,7 Millionen Wortmeldungen mehr als 780.000 Änderungsvorschläge zu dem ersten vorgelegten Entwurf der neuen Verfassung machten. Auch die im Ausland lebenden KubanerInnen konnten sich beteiligen und haben über 2000 Änderungsvorschläge beigetragen. Diese Zahlen und die Allgegenwärtigkeit der Verfassungsreform durch oftmals leidenschaftlich geführte Debatten, egal ob im Bus, im Wartezimmer oder am Kiosk, zeigen die hohe Identifikation der Bevölkerung mit dem Prozess der Verfassungsreform. Auf Basis der Änderungsvorschläge aus dem Volk wurde die endgültige Version der neuen Verfassung gegenüber der ersten zu 60% abgeändert.

Besonders leidenschaftlich diskutiert wurde der Artikel 68 des ersten Entwurfs der neuen Verfassung, der



Alle Generationen und gesellschaftlichen Gruppen beteiligten sich an der Diskussion Foto: Perioddico 26

die Ehe als einen freiwilligen Zusammenschluss zweier Personen mit rechtlicher Eignung definierte. Zu ihm gab es mit fast 200.000 Vorschlägen mit Abstand die meisten Änderungswünsche. Gegen diesen weitgefassten Begriff der Ehe wurde insbesondere seitens der katholischen und evangelikalen Kirchen mobil gemacht. Dies war auch in der Öffentlichkeit sichtbar durch Ausgänge vor Kirchen oder an privaten Haustüren, die sich für das traditionelle Familienbild aussprachen. Die Änderungsvorschläge zum Artikel 68 zielten überwiegend darauf ab, den gültigen Ehe-Artikel beizubehalten, der die Ehe auf eine Vereinigung von Mann und Frau festlegt, oder ihn zu eliminieren. Im überarbeiteten Entwurf der Verfassung wird die Ehe in Artikel 82 als rechtliche und soziale Institution und eine mögliche Form der Organisation der Familie gefasst. Außerdem wird von „Eheleuten“ gesprochen, ohne eine Geschlechterzusammensetzung vorzuschreiben. Weiter wird auf das Gesetz verwiesen, das die Form der Zusammensetzung der Ehe und ihre Wirkung festlegt. Diese Umschreibung der Ehe lässt mehr Interpretationsspielraum zu

und wird sowohl von den BefürworterInnen als auch den GegnerInnen der „Ehe für alle“ überwiegend als Kompromiss verbucht und mitgetragen. Die konkrete Definition der Ehe wurde auf eine Kommission ausgelagert, die das Gesetz komplett überarbeiten wird, wozu es dann in einem halben Jahr noch einmal gesondert Anhörungen der Bevölkerung geben wird und abschließend die Verabschiedung durch die Asamblea Nacional. Auf diese Art und Weise wurde versucht, die Überlagerung des Referendums durch die Frage der Ehe-Definition zu verhindern, damit am Ende der Verfassungsreform vom Referendum ein starkes Signal der Einheit ausgehen kann, die trotz aller leidenschaftlich ausgetragenen demokratischen Debatten in dem Prozess auch immer deutlich wurde.

Somit legt Kuba mit seiner zweiten sozialistischen Verfassung nicht nur die Basis für die Fortsetzung einer eigenständigen Entwicklung, sondern die Bevölkerung bestätigt ihre Rolle als Souverän und legt einmal mehr Zeugnis ihrer politischen Reife für einen solch anspruchsvollen demokratischen Prozess ab.

Verfassungsreferendum in Kuba auf einem Blick

Kuba hat am 24.2.2019 über seine neue Verfassung abgestimmt. Die Abstimmung war geheim und gleich und erfolgte unter Einsatz von Wahlkabinen. Mehr als 420.000 freiwillige Wahlhelfer waren landesweit im Einsatz. Die öffentliche Auszählung der Stimmen begann unmittelbar nach Schließung der gut 24.000 Wahllokale in den 15 Provinzen des Landes.

Die nationale Wahlkommission (CEN) gab am 25.2. das Ergebnis bekannt:

Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 9.298 277. Die Wahlbeteiligung lag bei 84,41 Prozent (7.848 343 Millionen Kubaner).

- Es votierten 86,85 Prozent der Wähler (6.816 169 Kubaner) mit „Ja“. Dies entspricht rund 73,3 Prozent aller Wahlberechtigten. (Das Mindestquorum für die Annahme ist bei 50 Prozent der wahlberechtigten Kubaner festgelegt).
- 9 Prozent der Wähler stimmten mit „Nein“ (706.400 Personen)
- 2,53 Prozent (198.674 Personen) gaben leere Stimmzettel ab.
- 1,62 Prozent (127.100) der Stimmzettel waren ungültig.

An der Diskussion des Verfassungsentwurfes hatten sich 8.945 521 Kubaner beteiligt in 133.681 Versammlungen.

Es gab

783.174 Vorschläge,
666.995 Modifikationen,
32.149 Ergänzungen
45.548 Streichungen
38.482 Zweifel

Rund 60 Prozent des Textes waren daraufhin geändert worden, bevor die endgültige Fassung im Dezember vom Parlament verabschiedet und jetzt dem Referendum unterzogen wurde.

„Der heutige 24. Februar wird ein Tag der Bekräftigung unserer Überzeugungen sein“ kommentierte Miguel Diaz-Canel das Ergebnis. Zugleich warnte er vor einer „kapitalistischen Restauration in Lateinamerika“ durch die USA und dem von ihnen ausgehenden „wirtschaftlichen, ideologischen und kulturellen Krieg, der die Völker ihrer Identität berauben soll“. Die Abstimmung sei deshalb zugleich ein Votum für Venezuela, so Diaz-Canel.

In der Verfassung werden die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes festgeschrieben und die sozialistische sowie die kommunistische Gesellschaft als Staatsziel definiert.



Überall im Land fanden öffentliche Diskussionen zur neuen Verfassung statt

Foto: Periodico 26

Wir sind Zeugen eines intensiven demokratischen Prozesses

Interview mit Abel Prieto

Abel Prieto war lange Jahre der Minister für Kultur der Republik Kuba und ein enger Berater von Fidel Castro. Heute berät er den Präsidenten Miguel Díaz-Canel in Kulturfragen. CUBA LIBRE hatte die Gelegenheit, am Rande der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Jungen Welt am 12. Januar 2019 ein Interview mit Abel Prieto durchzuführen.

Cuba Libre: Companero Prieto, wie bewerten Sie die derzeitige Diskussion in Kuba über die Verfassungsreform?

Abel Prieto: Die neue Konstitution gibt dem Kampf gegen jegliche Form der Diskriminierung Verfassungsrang. Sei es wegen der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung, der nationalen Herkunft oder sei es wegen jedweder anderer Ausrichtung, die die Menschenwürde verletzt. In der Art Gesellschaft, die wir aufzubauen uns vorgenommen haben, ist keine Form der Diskriminierung hinnehmbar.

Ein anderer Aspekt hat mit der Autonomie der Verwaltungsbezirke zu tun. Die Bezirke streben eine größere Autonomie an, während die Provinzparlamente als bisheriges Bindeglied im politischen System verschwinden. Den Bezirken wird dabei eine größere Eigenständigkeit als zuvor zugesprochen, die sich auch auf die ökonomische Entscheidungsgewalt erstreckt.

Ein weiteres Thema ist die gleichgeschlechtliche Ehe, die im ursprünglichen, von einer Kommission um Raúl Castro vorgelegten Verfassungsentwurf vorgesehen war und teilweise auf Unverständnis, vor allem bei religiösen Teilen der Gesellschaft, aber auch auf sexistische Vorurteile gestoßen war. Ich halte die neueste dem Nationalparlament vorgelegte Formulierung für klug, geradezu für weise, denn sie verlagert das Thema in den Bereich des Familienrechts, welches zu einem späteren Zeitpunkt in ei-

nem weiteren Referendum zur Abstimmung gestellt werden wird.

Wir vermischen auf diese Weise diese wichtige Debatte nicht mit dem Verfassungsreferendum und gewinnen so Zeit, Aufklärungsarbeit zu leisten und die Debatte zu verbreitern und zu vertiefen. Nichtsdestotrotz erkennt die neue Verfassung die Legitimität von de-facto-Lebensgemeinschaften an und verwendet den wesentlich fortschrittlicheren Begriff der „Familien“ – also den Plural. Damit brechen wir aus dem eng gefassten, auf die jüdisch-christliche Tradition zurückgehenden Familienmodell aus und verwenden ein erheblich weitreichenderes Konzept, das auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften einschließt und somit unter dem Oberbegriff „Familien“ eine große Diversität erlaubt.

Cuba Libre: Welche weiteren Neuigkeiten bringt die neue Verfassung?

Abel Prieto: Auf dem Gebiet der Justiz und der Rechte der Angeklagten ist die neue Verfassung sehr akribisch ausgearbeitet und stärkt die Rolle des Anwalts von Prozessbeginn an. Dabei wird eine Gruppe zweifellos wichtiger Rechte in den Verfassungsrang angehoben.

Ein weiteres Kapitel behandelt die außenpolitischen Beziehungen und beschreibt die Prinzipien der Kubanischen Revolution auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen. Dieses Kapitel unterstreicht unsere Vorstellung von Souveränität, die Verteidigung des

Multilateralismus sowie des Prinzips, dass wir niemals unter Druck verhandeln werden, und auch unsere Anstrengung für eine lateinamerikanische Zusammenarbeit, trotz der aktuellen Entwicklung in unserer Region.

Die Verfassung beinhaltet die Bekräftigung des sozialistischen Charakters des kubanischen Staates und der Vergesellschaftung der wesentlichen Produktionsmittel. Die Rolle der nicht-staatlichen Produktions- und Dienstleistungsbereiche wird anerkannt und die notwendigen Voraussetzungen für internationale Investitionen sind ebenfalls in diesem Teil der Verfassung aufgeführt.

In der ursprünglichen Fassung sollten die Provinz-Regierungschefs übrigens noch vom Präsidenten der Republik ernannt werden. Aber weil die Forderung nach mehr regionaler Autonomie laut wurde, werden die Regierungschefs künftig von den Delegierten der Region gewählt, welche vorher durch eine geheime Wahl in ihren Stadtteilen in ihr Amt gelangt sind. Das verstärkt nochmal den eben bereits erwähnten Prozess, der Bezirksebene mehr Autonomie zu geben.

Ich glaube, wir sind Zeugen eines intensiven, transparenten und einschichtigen demokratischen Prozesses geworden, in dem sich der reale und nicht nur formale demokratische Willen der Kubanischen Revolution ausdrückt.

Cuba Libre: Ein Dekret hat Berühmtheit erlangt: Das Dekret Nr. 349, welches außerhalb Kubas häufig als Einschränkung der künstlerischen Freiheit interpretiert wird. Wie stehen Sie als Kubaner dazu?

Abel Prieto: Ich bin nicht nur Kubaner, sondern war sogar persön-



Abel Prieto spricht auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz
Foto: Tom Brenner

lich in die Ausarbeitung des Dekrets involviert. Zuerst muss man klarstellen, dass die grundlegenden Aussagen des Dekrets 349 auf das Jahr 1997 zurückgehen, in dem das Gesetz Nr. 226 verabschiedet wurde. Als solches hatte es nichts mit dem kreativen Bereich an sich zu tun, sondern mit dem öffentlichen Raum und wie dieser kulturell bespielt wird. Es gab damals in zunehmenden Maße Filmvorführungen und Shows, die im besten Fall mittelmäßig, kommerziell ausgerichtet und häufig vulgärer Natur waren.

Die Schriftsteller- und Künstlervereinigung Kubas (UNEAC), in der sich die fähigsten Künstler des Landes zusammengeschlossen haben, sowie die Asociación de Hermanos Saíz, ein Zusammenschluss aufstrebender junger Künstlerinnen und Künstler, forderten, dass diese Entwicklung gebremst werden müsse. Gemeint sind die Grenzüberschreitungen nicht-professioneller Künstler, die teilweise illegal engagiert werden und die mit obszönen, vulgären Mitteln versuchen, Aufmerksamkeit zu erzeugen und sich dabei auf die Freiheit der Kunst und der freien Meinungsäußerung berufen.

Cuba Libre: *Trotzdem hat das De-*

kret 349 international viel Widerspruch geerntet...

Abel Prieto: Die meisten Leute, die das Dekret kritisieren, haben es vermutlich nicht einmal gelesen. Das Kulturministerium muss nun die ergänzenden Bestimmungen des Dekrets ausarbeiten, die seine Anwendung konkretisieren. Diese ergänzenden Bestimmungen werden im ganzen Land mit allen Künstlern diskutiert und daraufhin erweitert. Es geht darum, echte Kunst und Kreativität zu fördern und ihren Raum gegen kommerzielle Produkte niedrigster Qualität zu verteidigen. Es wird oft behauptet, es gehe darum, den kreativen Prozess zu beeinflussen. Darum geht es nicht. Das Dekret greift nicht in kreative Prozesse ein, sondern regelt die Nutzung des öffentlichen Raumes – die öffentlichen Räume der staatlichen, aber auch der nicht-staatlichen Institutionen. Es stärkt die Rolle der Kulturinstitutionen und macht unsere Kulturpolitik in sich schlüssiger.

Cuba Libre: *Welchen Herausforderungen sieht sich die kubanische Kultur heute gegenüber?*

Abel Prieto: Ich glaube, zunächst ist das eine globale Frage... Die Welt erlebt gerade eine kulturelle Krise. Sie durchlebt auch eine ethische, eine ökonomische, eine politische Krise, aber auch eine enorme kulturelle Krise.

Die Bourgeoisie brachte in der Renaissance und später mit der Aufklärung eine humanistische Kunst von außerordentlicher Qualität und Strahlkraft hervor, die das Menschsein und das Leben des Menschen auf diesem Planeten widerspiegelte.

Später hat dieselbe Bourgeoisie diese Tradition zerstört und die Kunst zu einer bloßen Ware, zu einer flüchtigen und leeren Unterhaltung degradiert, die keine Geschichte, keine Erinnerung kennt.

Die ursprüngliche ästhetische Erfahrung wird in ihr verraten, verdreht und verfälscht. Was bleibt, ist eine flüchtige Ablenkung, die nichts anrührt, nichts hinterlässt, die den Zuschauern keine intellektuelle Herausforderung bietet. Das Publikum wird zu Konsumenten degradiert, die passiv ein Produkt konsumieren. Wirkliche Kunst wirkt aktivierend und verwandelt das Publikum in Teilnehmende, in Koproduzenten des Werks.

Das ist glaube ich die größte Herausforderung für die kubanische Kultur, wie auch für die anderer Länder, die sich bemühen, eine eigenständige Kulturpolitik zu entwickeln.

Eine andere Herausforderung besteht in den Rückschritten in der Lesefreude und im Interesse am künstlerischen Kino oder Musik von hoher Qualität. Der ins Land dringende kommerzielle Kulturschrott macht uns in dieser Hinsicht schwer zu schaffen.

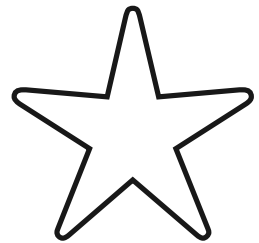
Cuba Libre: *Wie kann die kubanische Kulturpolitik diese Rückschritte in den Ansprüchen an Kultur bremsen und wieder den Wunsch nach Qualität wecken?*

Abel Prieto: Die Antwort liegt in gewisser Weise darin, die Kräfte der Künstlerinnen und Künstler, der Kulturpädagogen, der Medien, der öffentlichen und Schulbibliotheken, der Institutionen auf lokaler und nationaler Ebene zusammenzuschließen und ein Klima der Kultur und der Kunst zu schaffen. Denn in der Kultur bestehen Hierarchien. Das festzustellen ist kein Elitismus. Ein Reggeton-Sänger der fünften Kategorie ist etwas anderes als Mozart, als Bola de Nieve oder als Benny Moré. Es ist möglich, dass heutzutage manch junger Kubaner nicht weiß, wer Mozart war oder Bola de Nieve. Das zeigt eine Schwachstelle unserer Bildungspraxis auf. Aber wenn alle Kulturschaffenden und -vermittler zusammenarbeiten, um das Niveau der Kunst zu heben, die existierenden Stufen von Kunst zu vermitteln und einen kritischen Zuschauer zu schaffen, kann es uns gelingen, uns gegen die auf uns zuschwappenden Wellen von Unsinn zu behaupten.

*Das Interview führte Tobias Kriele.
Dank für die Übersetzung an Anne Wanniger.*

ANZEIGE

Cuba-Reisen für Cuba- Freunde!



★ Internationale Brigade José Martí!

30. Juni- 21. Juli 2019. Teilnehmerbeitrag: 1670 Euro pro Person inkl. Flug!

Weitere Informationen bei der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.:
<https://www.fgbrdkuba.de/reisen/kuba-brigade.php>

★ Motorradtouren durch Cuba!

Ganzjährig, 3 verschiedene Touren in 3 Regionen und eine jederzeit buchbare 2 Tagestour Havanna - Viñales - Havanna! Mit Durchführungsgarantie.

★ Havanna wird 500!

15-tägige Reise mit zahlreichen Besuchen und politischen Programmpunkten. Termin: Nov./Dez. 2019 Näheres im Internet!

www.profil-cuba-reisen.de

info@profil-cuba-reisen.de

Tel. 07135 - 1 71 03 83

PROFIL

cuba - reisen

Rückblick und Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung Kubas

Von Peter Knappe

Während der turnusmäßigen Sitzung der kubanischen Nationalversammlung, Ende vergangenen Jahres, stand nicht nur die neue Verfassung Kubas auf der Tagesordnung, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2018 sowie die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2019.

Das Wirtschaftswachstum fiel mit 1,2 % geringer als geplant aus. Zu den Gründen für die Nichterreichung des geplanten Zieles von 2 % zählen die Schäden, die durch die langanhaltende Dürre entstanden sind, ebenso die Zerstörungen durch den Hurrikan Irma und die danach folgenden intensiven Regenfälle.

Zu den Bereichen mit dem stärksten Wachstum zählen: Telekommunikation und Transport (5,7 %), herstellende Industrie (+ 3,7 %), Handel (+ 2%), Sport und Kultur (+ 2,3 %) sowie Gesundheit und Soziales (+ 2 %).

Die Anzahl der Menschen, die auf eigene Rechnung arbeiten (Cuentapropistas) betrug rund 581.000. Diese steuerten 5 Prozent zum Staatshaushalt bei.

Präsident Díaz-Canel führte unter anderem aus: „(...) das Land leidet weiter unter einer angespannten externen Finanzlage, die sich dadurch ergibt, dass die geplanten Einkünfte durch Exporte, den Tourismus und die Zuckerproduktion nicht erreicht wurden (...)“

Im Tourismus gab es 2018 zwar einen neuen Rekord mit 4,75 Millionen BesucherInnen (ein Plus von 1,3 % im Vergleich zum Vorjahr). Dieses Ergebnis blieb aber unter den Erwartungen von 5,1 Millionen BesucherInnen. Ein wesentlicher Grund für diesen Umstand sind die jüngsten Maßnahmen der Trump-Regierung, die es US-Amerikanischen Staatsbürgern wesentlich erschweren, Kuba zu besuchen.

Im Jahr 2018 erhöhte sich die Anzahl der HandynutzerInnen um 700.000 auf 5,3 Millionen. Es wurden 300 neue öffentliche WiFi-Hotspots eingerichtet. Der Ausbau von DSL-Heimanschlüssen wird fortgesetzt. Inzwischen verfügen die ersten 60.000 Haushalte über einen solchen Anschluss.

Wenn auch bescheiden, so gehören zu den positiven Maßnahmen, dass die Mindestbezüge für RentnerInnen um 21 %, von 200 Peso auf 242 Peso (CUP), angehoben wurden. In den Genuss dieser Erhöhung kommen rund 300.000 Personen.

Die Handelsbilanz ist negativ. In den vergangenen Jahren sind die Exporte um 47 % zurückgegangen, während die Importe um 22 % gesunken sind.

Eins der wichtigsten Ziele der kubanischen Wirtschaftspolitik ist die weitere Reduzierung der Auslandsschulden. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung wird nicht erreicht durch immer höhere Importe auf Kreditbasis. Hier ist die Erhöhung der Produktion im Land erforderlich, die die Importe ersetzt.

Präsident Díaz-Canel bekräftigte, „(...) dass der Kampf im Bereich der Wirtschaft weiter die wichtigste und zugleich schwierigste Aufgabe darstellt. Es ist die Aufgabe, die heute von uns allen am meisten fordert, weil sich unser Volk von ihr am meisten erhofft.“

Die bescheidenen, aber dennoch positiven Ergebnisse wurden trotz der Verschärfung der US-amerikanischen Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade erreicht. Diese hat für Kuba jeden Tag einen Schaden von 12 Millionen US-Dollar verursacht. Allein im Jahr 2018 ist somit ein Schaden von 4,3 Milliarden Dollar entstanden.



Zuckerrohrernte Ende 2018
Foto: Periodico 26

Der Plan 2019

Für das Jahr 2019 wurde ein Planentwurf beschlossen, der keine Erhöhung der externen Schulden und ein Wachstum von 1,2 Prozent vorsieht.

Die Einnahmen des Staates sollen, bei einem Anteil der sozialistischen Staatsbetriebe von 85 Prozent, um 4 Prozent wachsen. Die Ausgaben des Staates sollen leicht rückläufig sein und 65,9 Milliarden Peso betragen. Die Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Soziales werden wieder 51 Prozent der Haushaltsausgaben umfassen.

Beispielsweise werden rd. 9,2 Milliarden Peso für Bildung, 6,7

Milliarden Peso für Soziale Sicherheit und 1,8 Milliarden Peso für Kultur und Sport ausgegeben.

Die Arbeitsproduktivität soll 2019 um 1,7 Prozent steigen und der Durchschnittslohn um 1,3 Prozent erhöht werden.

Die Schwerpunkte des kubanischen Volkswirtschaftsplans für das Jahr 2019 sind:

1. Die Ausgaben entsprechend der verfügbaren Mittel anpassen.
2. Die Gewährleistung des Wirtschaftswachstums
3. Keine Erhöhung der Verschuldung des Landes
4. Die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu bremsen

Einige ausgewählte strategische Programme:

- Das Wohnungsbauprogramm, sowie der Wiederaufbau in Folge der Hurrikane
- Das Entwicklungsprogramm des Tourismussektors in Havanna, Varadero, und den Cayos nördlich von Holguín
- Die Wartung und der Ausbau von Lagerungskapazitäten für Treibstoff
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien
- Der Ausbau von Aquädukten und der Wasserinfrastruktur
- Der Ausbau der Kapazitäten des Baugewerbes
- Die verschiedenen staatlichen Ernährungsprogramme
- Die Entwicklung von Infrastrukturprojekten
- Der Ausbau der Sonderwirtschaftszone von Mariel (ZEDM)
- Das Programm zur Entwicklung der Biopharmazie und der Herstellung von Medikamenten

Im laufenden Jahr, dem „Jahr der Restrukturierung“, werden wichtige grundlegende Reformen angegangen. Hierbei geht es unter anderem um die Neuordnung des Staatsapparates, die künftige Rolle der Genossenschaften außerhalb der Landwirtschaft, sowie die Währungsreform.

Bis 2021 wird mit einem relativ schwachen Wirtschaftswachstum gerechnet. Es werden die Grundlagen für das neue Wirtschaftsmodell gelegt, in dem schrittweise administrative Mechanismen durch ökonomische ersetzt werden sollen.

Dazu gehört auch eine Währungsreform, bei der das System der Doppelwährung abgeschafft werden soll. Das bedeutet, dass die parallele Verwendung des Peso konvertible (CUC) und des kubanischen Peso (CUP), der nationalen kubanischen Währung, beendet werden soll. Alleiniges Zahlungsmittel soll dann wieder der kubanische Peso sein.

ANZEIGE

Westdeutscher, lebensverneinender Ausbreitungstyp

Björn Höcke, Hoffnungsträger des völkischen Teils der AfD

Dein Abo gegen Dummheit, Lüge und Hass.

3 Wochen gratis!

Jetzt bestellen unter jungewelt.de/probeabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55-80

Der Kubanische Rubikon

Mit der Agrarreform begann im Mai 1959 die Veränderung der Eigentumsverhältnisse

Von Volker Hermsdorf

Am 17. Mai 1959 proklamierte die von Fidel Castro geleitete Revolutionäre Regierung Kubas in La Plata, dem ehemaligen Hauptquartier der Rebellenarmee in der Sierra Maestra, das erste Gesetz zur Agrarreform. Es trat am 3. Juni in Kraft. Während 10.000 Großgrundbesitzer enteignet wurden, gewannen die landlosen und landarmen Bauern – und damit 150.000 kubanische Familien – zum ersten Mal die Chance, von den Früchten ihrer Arbeit menschenwürdig Leben zu können. Betroffen waren mehr als 2,9 Millionen Hektar Land, deren Wert damals auf eine Milliarde US-Dollar geschätzt wurde. Dieses Land, das nun denen übertragen wurde, die es bestellten, hatte zuvor kubanischen und US-amerikanischen Eigentümern zu einträglichen Profiten und zur Vermehrung ihrer Reichtümer verholfen.

Das Gesetz zur Bodenreform war die erste Maßnahme, die eine fundamentale Veränderung der Eigentumsstruktur in Kuba einleitete. Alle bis dahin von der seit Anfang Januar 1959 bestehenden neuen Ordnung erlassenen revolutionären Gesetze hatten die bestehenden Eigentumsverhältnisse noch nicht wirklich verändert. Das Agrargesetz dokumentierte dagegen unmissverständlich, zu wessen Gunsten der Kampf der gegensätzlichen Interessen entschieden worden war. Wer von der Ausbeutung des Bodenmonopols gelebt hatte und kein Verständnis für die Umwälzung zu mehr sozialer Gerechtigkeit aufbrachte, verwandelte sich nun in einen kompromisslosen und verbitterten Gegner der Revolution. „Mit diesem Gesetz hatten wir den kubanischen Rubikon überschrit-

ten“, kommentierte Fidels Bruder Raúl Castro die Maßnahme.

In der Präambel des Gesetzes zur Bodenreform sind Angaben der landwirtschaftlichen Statistik enthalten, die 1946 nach der letzten Zählung im vorrevolutionären Kuba erstellt worden war. Die Zahlen belegen eine hochgradige Konzentration des Bodens in den Händen weniger Besitzer. Die Erhebung hatte ergeben, dass 8 Prozent der Grundbesitzer fast drei Viertel der bearbeiteten landwirtschaftlichen Flächen besaßen. Davon waren 4,2 Millionen Hektar im Besitz kubanischer Eigentümer und rund 1,6 Millionen Hektar waren das Eigentum US-amerikanischer Firmen. Im Osten des Landes gehörten weite Gebiete der US-amerikanischen United Fruit Sugar Company, der Guantánamo Sugar Company und anderen ausländischen Großunternehmen. Von den achtzehn Zuckerfabriken dieser Gegend waren neun im Besitz von US-Firmen. Dagegen besaß ein großer Teil der Bevölkerung kein eigenes Land. Während die Vorherrschaft der ausländischen Konzerne den Aktionären in den USA satte Gewinne garantierte, waren die wirtschaftlichen und sozialen Zustände im Land katastrophal. Kuba bot „ein erschreckendes Bild wirtschaftlicher Rückständigkeit“. Die Mehrheit der Bevölkerung litt unter „Elend, Armut und einem massiven Anstieg lebensbedrohender Erkrankungen“, berichtete Antonio Núñez Jiménez, der Direktor des Nationalen Instituts für die Bodenreform.

„Sobald wir Gelegenheit dazu haben, werden wir den Boden kostenlos verteilen“, hatte der Commandante Raúl Castro den Bau-

ern bereits während der Kämpfe in den Bergen der Sierra Maestra im Namen seines Bruders versprochen. Fidel Castro hatte bereits am 16. Oktober 1953 in seiner berühmten Verteidigungsrede „Die Geschichte wird mich freisprechen“ fünf Revolutionsgesetze angekündigt, die nach dem Sturz der Batista-Diktatur umgesetzt werden sollten. Dazu gehörte auch ein Gesetz, das „Bauern, Pflanzern, Pächtern und Tagelöhnern unveräußerliche Eigentumsrechte für ihr Land“ zubillige, erklärte Fidel. Im September 1958 stellte Raúl Castro in Mayarí auf dem ersten Kongress „Campesino en Armas“ (Bauer unter Waffen) weitergehende Überlegungen der Rebellen für eine Agrarreform nach dem Sieg der Revolution vor. Fidel hatte bei der Ausarbeitung auf eine Definition von Friedrich Engels verwiesen, nach der die arme und landlose Bauernschaft jene Klasse sei, „die den industriellen Arbeitern der Städte am nächsten steht, die mit ihnen dieselben Lebensbedingungen teilt, die sogar noch tiefer im Elend steckt als sie“. Weil die Herrschenden um die „verborgene Macht“ dieser Klasse wüssten, schrieb Engels, ließen „sie absichtlich die Schulen verkommen, damit sie nur ja unwissend bleibe“. Denn „von dem Tage an, wo die Masse der Landtagelöhner ihre eigenen Interessen verstehen gelernt hat, ist eine reaktionäre, feudale, bürokratische oder bürgerliche Regierung ... unmöglich“ (MEW 16, S. 400).

Für Fidel Castro schien Engels hier eine Situation zu beschreiben, in sich auch Kuba befand. Bei einer Bevölkerung von etwas mehr als sechs Millionen Menschen, lebten dreieinhalb Milli-



Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse in Kuba begann mit der Landreform.
Foto: Granma

onen „in Hütten, Baracken und elenden Löchern, die alles andere als menschenwürdige Wohnungen waren“, erinnerte Castro im September 1960 auf der 15. Tagung der UNO-Vollversammlung an die Zustände vor der Revolution. „In den Städten verschlangen die Mieten bis zu einem Drittel des Einkommens einer Familie. Die Mieten und Stromtarife gehörten zu den höchsten der Welt. 37,5 Prozent unserer Bevölkerung waren Analphabeten, konnten weder lesen noch schreiben. 70 Prozent unserer Kinder auf dem Lande hatten keine Lehrer. ... Die Kindersterblichkeit war sehr hoch und die durchschnittliche Lebenserwartung sehr gering“. Mit dem Sieg der Rebellen begann – nach der „zerstörenden Phase der alten Macht“ – die „konstruktive Phase der Revolution“, sagte Fidel.

Obwohl er sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht explizit auf den Sozialismus berief, kam Fidel Castro offenbar zu der Überzeugung, dass wirkliche Verbesserungen und der Aufbau einer sei-

nen Vorstellungen entsprechenden Gesellschaftsordnung unter den bestehenden Wirtschaftsstrukturen und dem bürgerlichen System nicht zu erreichen war. Im Februar 1959 war zunächst ein provisorisches Grundgesetz erlassen worden, das den Transformationsprozess ermöglichen sollte. „Wenn eine Revolution von 1868 mit der Befreiung der Sklaven beginnen musste, hatte eine Revolution von 1959 die Pflicht, die Gesellschaft von jenem Monopol zu befreien, kraft dessen eine Minderheit den Menschen ausbeutete. Und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen bedeutet, das Recht auf den Besitz jener Güter zu beseitigen, die der ganzen Gesellschaft gehören und gehören müssen“, schrieb Fidel. Das am 17. Mai 1959 proklamierte erste Gesetz zur Agrarreform war dazu der erste Schritt. Später wurden nach und nach alle Hauptzweige der Wirtschaft in allgemeines Volkseigentum überführt. Die enteigneten kubanischen Großgrund- und Fabrik-

besitzer machten daraufhin gemeinsam mit US-Unternehmern gegen das „Gespenst des Kommunismus in Kuba“ mobil.

Die ersten Maßnahmen der USA, die bis heute in Kraft sind und immer wieder verschärft werden, verfolgten bereits das Ziel einer Destabilisierung der revolutionären neuen Ordnung. US-Präsident Dwight D. Eisenhower verhängte 1960 die ersten Sanktionen. Fidel Castro parierte die Angriffe aus Washington in einer Rede vor Vereinten Nationen am 26. September 1960 mit den Worten: „Soll niemand glauben, dass wir hier ein „mea culpa“ anstimmen werden. Nichts dergleichen. Wir haben niemand um Verzeihung zu bitten. Was wir getan haben, haben wir sehr bewusst getan und vor allem mit der festen Überzeugung, dass wir das Recht dazu hatten“. In einer ersten Bilanz der von der Revolutionären Regierung Kubas beschlossenen Veränderungen stellte Castro dann fest: „Unsere Träume von gestern wurden zu den Gesetzen von heute.“

Bolsonaro und seine Sorge um Demokratie in Kuba

Auch in Kuba findet ein Teil der politischen Debatte zunehmend im Internet und den sogenannten Sozialen Netzwerken statt. Hierbei spielen Blogs eine besondere Rolle. Einer der bedeutendsten ist die Seite www.lapupilainsomne.wordpress.com des Journalisten Iroel Sánchez, aus dem CUBA LIBRE schon häufiger Beiträge ins Deutsche übersetzt hat. Auf diesem Blog werden auch Diskussionen geführt, aus denen wir im Folgenden einen Beitrag des Users Sin-permiso vom 11. Februar 2019 veröffentlichen.

Während Figuren wie Bolsonaro, Trump und überhaupt der Teil der Welt, welcher unter Demokratie ein System versteht, in dem lediglich die von einem Bruchteil der wahlberechtigten Bevölkerung gewählten Handlager wechseln, gegen das politische System Kuba anbellt, reitet Kuba weiter unbeeinträchtigt auf dem Weg der Demokratie und bedient das Recht der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Die aktuelle Verfassung Spaniens ist das Ergebnis eines politischen Überarbeitungsprozesses der Franco-Gesetze, die durch sieben Vertreter der sieben stärksten Parteien vorgenommen wurde. Diese wurden bei einer Wahl gewählt, welche durch die Medien der herrschenden Minderheit und der Franco-Anhänger beeinflusst war. Viele Aspekte blieben dabei unangetastet, wie die Monarchie als fester Bezugspunkt. Die Mitbestimmung der Bevölkerung reduzierte sich darauf, das von den sieben „padres“ (die fast alle Franco nahe standen) angebotene Vorschlagspaket anzunehmen oder abzulehnen, welches im übrigen zuvor 1978 von den Verfassungsgerichten angenommen worden war.

Niemand wird bestreiten können, dass die kubanische Verfassungsreform mit einer umfassenden Partizipation der Bevölkerung rechnen konnte, die Erweiterungen und Erneuerungen einbrachte. Weder in Spanien noch in einem anderen Land, in dem man mit der Zustimmung von fünf Prozent der Stimmberechtigten (nämlich den Angehörigen der Oligarchie) herr-

schen kann, könnte man von solchen Zahlen träumen.

Die Sorge, welche Personen wie Bolsonaro hinsichtlich des Mangel an Freiheiten in Kuba umtreibt, ist verständlich. Sie bezieht sich auf die typischen Freiheiten der neoliberalen Welt, die es erlauben, Dienstleitungen und wesentliche Ressourcen zu privatisieren, die Teilen der brasilianischen Bevölkerung angeblich wichtige Rechte garantieren, wie das Recht auf den Diebstahl und die Enteignung von vor allem in Händen der ethnischen Minderheiten befindlichen Gebieten, oder das Recht, die Reserven der Biosphäre zu zerstören, wie das Amazonasgebiet, damit die Agrarkonzerne die dortigen Böden in wenigen Jahren auslaugen können. Damit werden die nationalen Ressourcen und die Bodenschätze des Landes den Transnationalen ausgeliefert.

Um das möglich zu machen, wird im selben Moment Straffreiheit für Korrupte und Faschisten ver-

langt, während zugleich Personen, die 30 Millionen Menschen aus der Armut geführt haben wie Lula, mit lebenslanger Haft bedroht werden.

Bolsonaro, der inmitten des Wahlkampfes ein Attentat gegen sich simulierte, um sich nicht der politischen Debatte stellen zu müssen, macht sich also Gedanken um die Demokratie in Kuba und schafft zugleich in Brasilien die verfassungsrechtlichen, institutionellen und juristischen Voraussetzungen, damit die international organisierte Kriminalität die Rechte des brasilianischen Volkes einschränken kann, und dies, selbstverständlich, mit internationaler Zustimmung.

Aber noch nicht einmal seine nachweisbare Aushöhlung nationaler Ressourcen und Rechte im Sinne ausländischer Interessen wird Bolsonaro davon abhalten können, sich als Patriot darzustellen. Mit dem Geld von G. Soros und anderen Kredithaien derselben Machart wächst in der Welt zur Zeit eine groteske Variante von Nationalismus und Patriotismus heran – mit der Hilfe von Medien, die versuchen, als nationale Presse durchzugehen, aber tatsächlich nur ein Teil eines internationalen Medienoligopols in Diensten der imperialen Tyrannei sind.



Unter der Präsidentin Dilma Rousseff begonnen, unter Bolsonaro beendet: Die Hilfe kubanischer Ärzte in Brasilien.
Foto: Granma / Araquém Alcántara

Erklärung der Revolutionären Regierung

Die Aggression gegen Venezuela muss aufhören

Die Revolutionäre Regierung der Republik Kuba verurteilt und lehnt nachdrücklich den Versuch ab, in der Bolivarischen Republik Venezuela durch einen Staatsstreich eine Marionettenregierung im Dienste der Vereinigten Staaten einzusetzen, und bekundet ihre unerschütterliche Solidarität mit der Regierung des verfassungsmäßigen Präsidenten Nicolás Maduro Moros

Die Revolutionäre Regierung der Republik Kuba verurteilt und lehnt nachdrücklich den Versuch ab, Staaten in der Bolivarischen Republik Venezuela durch einen Staatsstreich eine Marionettenregierung im Dienste der Vereinigten einzusetzen, und bekundet ihre unerschütterliche Solidarität mit der Regierung des verfassungsmäßigen Präsidenten Nicolás Maduro Moros.

Die wahren Ziele der Aktionen gegen Venezuela sind die Kontrolle der riesigen Ressourcen dieser Schwesternation und die Zerstörung des Wertes ihres Beispiels als emanzipatorischer Prozess und in Verteidigung der Würde und Unabhängigkeit Unseres Amerikas.

Wie Präsident Miguel Díaz-Canel Bermúdez sagte: „Die Souveränität unserer Völker wird heute in der Haltung gegenüber Venezuela ausgefochten. Das le-

gitime Recht der Schwesternation zu unterstützen, ihr Schicksal zu bestimmen, heißt, die Würde aller zu verteidigen.“

Andere Versuche dürfen nicht vergessen werden, wie der Militärputsch von 2002 und der Ölputsch von 2003, die aggressive Durchführungsverordnung der Vereinigten Staaten, in der Venezuela als „ungewöhnliche und außergewöhnliche Bedrohung der nationalen Sicherheit und Außenpolitik“ der Supermacht bezeichnet wird. die einseitigen Zwangsmaßnahmen, der Aufruf zu einem Militärputsch gegen die konstitutionelle Regierung Venezuelas, die Warnung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, „eine mögliche militärische Option“ zu nutzen, und das Attentat auf Präsident Maduro am 4. August.

Die Handlungen einer Gruppe von Ländern und die beschämende Rolle der OAS stellen einen neuen und verzweifelten Versuch dar, eine erfolglose Politik des Regimewechsels umzusetzen, die aufgrund des unerschütterlichen Widerstands des venezolanischen Volkes und seiner Bereitschaft zur Verteidigung der nationalen Souveränität nicht aufgezwungen werden konnte.

Havanna, 23. Januar 2019

Invasion in der Schweinebucht

Erste militärische Niederlage der USA in Lateinamerika

Von Roland Armbruster

Am 17. April 1961 marschierte eine Söldnerarmee der USA von Guatemala kommend in Kuba ein und landete in der Schweinebucht bei Playa Giron. Vorbereitet wurde die Invasion durch die Einstellung der Öllieferungen nach Kuba. Als diese von der UDSSR ersetzt wurden, verbot die USA ihren Firmen, die Verarbeitung des Öls aus der UDSSR, was zur Zwangsverwaltung der Raffinerien auf Kuba führte. Im Hafen von Havanna wurde ein Schiff durch Sabotage zerstört – mit vielen Toten als Folge. Kurz vor der Invasion wurden drei kubanische Flugplätze durch amerikanische Bomber – getarnt mit kubanischen Hoheitszei-

chen – zerstört. Anders als erwartet trafen die Invasoren auf heftigen Widerstand der dortigen Bevölkerung, zumeist arme Köhler, die die Errungenschaften der Revolution wie kostenlose Bildung, gesundheitliche Versorgung usw. zu schätzen gelernt hatten. Dies gab genügend Zeit, die kubanische Revolutionsarmee zu mobilisieren und innerhalb von zwei Tagen wurde die Söldnerarmee aufgerieben: 90 der ca. 1300 waren gefallen und der Rest kam in kubanische Gefangenschaft. Bis auf 14, die wegen Verbrechen vor der Revolution in Kuba angeklagt wurden, wurden diese in die USA 1962 ausgeflogen gegen Lieferung von Medika-

menten und Lebensmittel an Kuba im Wert von 26 Millionen Dollar.

Eine humanitäre Behandlung von Gefangenen, die nicht so in das von den bürgerlichen Medien vermittelte Bild von Kuba passt. Auch die USA selbst behandeln Kriegsgefangene heute deutlich anders, so z. B. nach dem Irak-Krieg in Guantanamo. Dort, auf dem Boden eines fremden Landes, nämlich auf kubanischem Boden, gibt es nun schon fast 20 Jahre ein extritoriales US-Lager, in dem gefoltert wird und Menschen ohne Gerichtsverfahren und Anklage festgehalten werden.

In Anekdoten über Fidel Castro (Eulenspiegel Verlag 2006, Seite

67) wird über die Behandlung der Söldner der Schweinebucht-Invasion berichtet: „Tagelang werden die Gefangenen verhört. Nicht in der Abgeschiedenheit von Gefangenenlagern, sondern von Fernsehkameras von Journalisten im Baseball-Stadion von La Havanna. Am 25. April greift Fidel Castro selbst zum Mikrophon und befragt die Leute nach ihren Motiven. Als einer der Befragten die Befürchtung äußert, daß sie nun wohl erschossen werden, gelingt Fidel Castro wieder eine seiner historischen Sentenzen: „Dieser Señor ist der erste Gefangene der Welt, der die Chance bekommt, mit dem Chef einer Regierung zu diskutie-

ren, die zu stürzen er hergekommen ist.“

Was waren die Folgen der Schweinebucht-Invasion? Nach dieser Invasion wurde die Bindung an die UDSSR stärker und die Selbstverteidigung der Kubaner ausgebaut – z. B. über die CDR. Auch erklärte Fidel Castro nun die Revolution zu einer sozialistischen Revolution.

Welche Bedeutung hat die Invasion bei Playa Giron bis heute? Nun, die US-Aggression ist nicht zu Ende – am deutlichsten sichtbar in Form der US-Blockade, die in den 1990er Jahren sogar noch verschärft wurde. Und dies, obwohl zuletzt weltweit nur die USA

und Israel bei der UNO für die Blockade stimmten und Kubas Antrag zur Verurteilung der Blockade übergroße Mehrheiten findet. Hier setzen sich die USA klar über Beschlüsse der UNO hinweg. Außerdem hat sich die Gefahr eines militärischen Eingreifens der USA in fortschrittlichen Ländern in Lateinamerika unter der Regierung Trump verschärft. Vor allem Venezuela, Nicaragua und Kuba sind hier in Gefahr – sei es durch eine direkte US-Intervention oder die USA benutzen eine der rechten Regierungen wie z. B. Kolumbien oder Brasilien, die dann im Sinne der USA handeln.

Kuba und seine erfolgreiche Biopharma-Industrie

Von Dr. Klaus Piel

Wenn man an Kubas Errungenschaften denkt, fällt einem bei weitem nicht als erstes die Biopharmazeutische Industrie ein. Bei begrenzten Ressourcen und trotz der eingeschränkten Vermarktungsmöglichkeiten durch die US-Blockade besitzt Kuba erstaunliche 1200 internationale Patente und verkauft seine Medikamente in mehr als 50 Länder. Vollständig staatlich finanziert und geleitet ist es einer der Motoren eines der effizientesten staatlichen Gesundheitssysteme weltweit.

Das Besondere dieser Industrie ist es, Hightech- und strategische Medikamente für die Behandlung aller Menschen entwickeln zu wollen. Angestoßen wurde diese Entwicklung durch Fidel Castro selbst, der schon früh die Bedeutung dieser neuen Wissenschaft erkannte und förderte. Etwa 1 Milliarde Dollar steckte der kubanische Staat in den 80er und 90er Jahre in diesen Bereich und hat daraus bis heute eine erhebliche Rendite erzielt. Kuba produziert inzwischen mehr als 60% der im Land verwendeten Fertigarzneimittel und die Handelsbilanz der Industrie ist während des gesamten Zeitraums 1995–2015 durchweg positiv geblieben. Kubas Biopharma-Sektor konnte vie-

le Programme des öffentlichen Gesundheitssystems finanzieren, die im Lande durchgeführt werden. Und er ist der Hauptgrund für die Erschwinglichkeit der medizinischen Produkte, die das System bereit stellt. So konnte 2014 1.293 Mrd. USD und 2016 1.940 Mrd. USD durch Importersatz eingespart werden[1].

Um die Auswirkungen der US-Blockade zu verringern, begann die Regierung in den 1970er Jahren mit ersten Investitionen in pharmazeutische Produktionsanlagen. Anfangs war man noch von zusätzlichen Medikamentenkäufen aus West- und Osteuropa abhängig. Dann kam die Biotechnologie. 1986 eröffnete Kuba das CIGB (Zentrum für Gentechnolo-

gie und Biotechnologie), das heute eines der herausragendsten Biotechnologieunternehmen des Landes ist. Andere wichtige Institutionen folgten. Zu den repräsentativsten gehört das Immunoassay Center, das 1987 gegründet wurde, um Diagnosesysteme zu produzieren und zu vermarkten. 1991 wurde das Finlay-Institut offiziell eröffnet, das für die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen weltberühmt ist, 1994 das Zentrum für Molekulare Immunologie (CIM), das sich auf Antikörper, Krebsmedikamente und andere Bereiche spezialisiert hat. Viele dieser Institutionen haben Kuba dabei geholfen, biopharmazeutische Produkte im Wert von mehreren Millionen Dollar zu verkaufen[1].

Im Jahr 2005 gewann das Laboratorium für synthetische Antigene – ein kleines Labor, das zur Fakultät für Chemie der Universität von Havanna gehört – die Goldmedaille der World Intellectual Property Organization (WIPO) für die Entwicklung des weltweit ersten synthetischen Impfstoffes (Qui-



mi-Hib) gegen Haemophilus influenza Typ b (oder Hib) [1]. Kürzlich erhielt der CIMAvax-EGF-Impfstoff gegen Lungenkrebs als erstes kubanisches

biopharmazeutisches Produkt die Genehmigung der US-Arzneimittelbehörde, klinische Versuche auf US-amerikanischem Boden durchzuführen. Das Produkt wurde vom Center for Molecular Immunology (CIM) entwickelt, dessen strategische medizinische Arbeit wesentlich von mediCuba-Europa unterstützt wird.

Oft erhalten diese Arzneimittelinnovationen aus Kuba nicht die Anerkennung, die sie verdienen. So war der VA-MENGOC-BC® aus Kuba der weltweit erste kommerziell erhältliche Impfstoff gegen Meningokokken der Serogruppe B. Das Produkt, entwickelt von dem auf Impfstoffe ausgerichteten Finlay-Institut, gewann 1989 die WIPO Goldmedaille. Es zog damals die Aufmerksamkeit des Pharma-Riesen Smithkline Beecham (jetzt Teil von GalaxoSmithKline) auf sich – aber nicht die der Medien. Viele Jahre später wurde dem Schweizer Pharmakonzern Novartis fälschlicherweise die Entwicklung des ersten Impfstoffes seiner Art für den Kampf gegen Meningitis B zuge-

schrieben. Kuba hatte das Medikament 24 Jahre früher entwickelt [1]. Ein weiteres Beispiel dieses Verhaltens konnte man auch an dem publizistischen Ignorieren des neuen kubanischen Medikamentes „Heberferon“ gegen Hautkrebs unlängst wieder sehen. Ein Impfstoff gegen Hepatitis B war in den USA einige Jahre früher als in Kuba zur Anwendung gekommen. Aber heute ist die Neuerkrankungsrate an Hepatitis B in Kuba durch effiziente und kostenlose Impfprogramme deutlich geringer als in den USA, tendiert sogar gegen Null, wohingegen in den USA noch heute der Zugang zu dieser Impfung für Millionen von US-Amerikanern finanziell nicht möglich ist.

Der Löwenanteil der heutigen kubanischen Biotech-Industrie ist in BioCubaFarma zusammen gefasst, einer staatlichen Gesellschaft, die 2012 mit den Wirtschaftsreformen der Regierung gegründet wurde. Es handelt sich um eine große Gesellschaft, die 33 Unternehmen umfasst, in denen mehr als 21.600 Arbeitnehmer arbeiten – Hunderte von ihnen hochqualifizierte Fachleute, die tief in mehrere Forschungs- und Produktionsaktivitäten eingebunden sind. Eines ihrer erklärten Ziele ist es, die Exporte der kubani-

schen biopharmazeutischen Industrie zu verdoppeln, um innerhalb von fünf Jahren auf mehr als eine Milliarde Dollar pro Jahr zu kommen [1].

Wünschen wir uns, dass es so kommt und Kuba auf diesem Weg seinen Spitzenplatz in der Biotechnologie halten und ausbauen kann zum Wohle der Menschen in Kuba und auf der ganzen Welt. Und hoffen wir, dass immer mehr Staaten von dem Vorbild Kubas nicht nur profitieren sondern auch lernen, wie man ein gutes öffentliches Gesundheitssystem mit geringen Mitteln aufbauen und seine Leistungen all seinen Bewohnern zur Verfügung stellen kann.

Kubanische Fachleute sagen voraus, dass der Anteil der Immuntherapie von Krebs in 10 Jahren von 3 auf 60 Prozent steigen wird. Diese Entwicklung wird Kuba maßgeblich mitbestimmen und davon auch wirtschaftlich profitieren, was für das Überleben der kleinen roten Insel lebenswichtig sein wird.

[1] Andrés Cárdenas O'Farrill
Mar 5, 2018 | Healthcare : How Cuba Became a Biopharma Juggernaut

<https://www.ineteconomics.org/perspectives/blog/how-cuba-became-a-biopharma-juggernaut>

Kubas medizinischer Internationalismus

Von Dr. Klaus Piel

Insgesamt arbeiteten seit 1959 bisher mehr als 400.000 kubanische Gesundheitsfachkräfte in 164 verschiedenen Ländern. Einige wunderbare Beispiele der medizinischen Süd-Süd-Hilfe Kubas möchte ich im Folgenden vorstellen

1. In Gambia wurde die Malaria durch die Intervention kubanischer Fachleute Anfang der 2000er Jahre in zwei Jahren von 600.000 auf 200.000 Fälle zurückgedrängt.

2. Kuba hilft Haiti bereits seit 1998 kontinuierlich – vor allem bei der Alphabetisierung und im medizinischen Sektor. Die medizinische Hilfe erreichte etwa 75 Prozent der etwa 9 Millionen Einwohner Haitis. Bereits 2004 war in den von kubanischen ÄrztInnen betreuten Regionen die Kindersterblichkeit von 80 auf 28 je 1.000 Lebendgeburten gesunken – im Vergleich zu 4–5 je 1.000 auf Kuba und in den entwickelten Ländern. Ähnliche Rückgänge wurden bei der Müttersterblichkeit erzielt. 344 kubanische ÄrztInnen waren zum Zeitpunkt des Erdbebens in Haiti Anfang 2010 tätig sowie ca. 500 haitianische AbsolventInnen und StudentInnen der lateinamerikanischen medizinischen Hochschule in Havanna (ELAM). Sie stellten sofort ihre Arbeit auf die Behandlung von Erdbebenopfern um. Kuba schickte zusätzlich 60 ÄrztInnen der Brigade Henry Reeve, die OP-Material, Medikamente, Blutplasma und Lebensmittel mitbrachten. Eine große Impfkampagne wurde von kubanischer Seite begonnen, etwa 100.000 Impfungen bereits in den ersten Wochen durchgeführt. 9 Zentren für die Rehabilitation von Verletzten wurden kurzfristig eröffnet, Fachleute zur psychologischen Betreuung entsandt. Nach der Katastrophe begann im Erdbebengebiet der Kampf gegen die Folgekrankheiten: Durchfall- und Atemwegserkrankungen, Malaria, Dengue,

Parasiten, Wundinfektionen, Typhus, Tuberkulose und dann auch gegen die Cholera, die bereits mehrere tausend Tote gefordert hatte. Während die Sterblichkeitsrate an Cholera in den von den KubanerInnen betreuten Gebieten schnell auf 1% sank, starben in anderen betreuten Regionen ca. 3 % an der Seuche.

3. In Pakistan stellte Kuba nach dem schweren Erdbeben 2005 das größte ausländische Kontingent mit 34 Lazaretten und ca. 2.000 medizinischen Fachkräften. Es war schon etwas bizarr, kubanische Helfer, die tropische Temperaturen gewöhnt sind, durch die tiefverschneiten Berge stapfen zu sehen, um Menschen in abgelegenen Dörfern aufzusuchen, sie zu behandeln oder in die zentralen Lazarette zu transportieren.

4. Tschernobyl: Kuba behandelte seit 1990 bis heute, manchmal über Jahre, fast 30.000 Tschernobyl-Opfer auf der Insel kostenlos, überwiegend Kinder, die nicht selten an Krebs erkrankt waren (Tara).

5. An der Lateinamerikanischen Hochschule für Medizin in Havanna (ELAM, Escuela Latinoamericana de Medicina) wurden bisher etwa 30.000 Medizinstudenten aus über 80 Ländern ausgebildet, kostenloses Wohnen, Verpflegung, Lernmaterialien meist inklusive. 6. Operación Milagro: Etwa 5 Millionen Menschen aus Lateinamerika und der Karibik erhielten durch kostenlose Augenoperationen ihr Sehvermögen zurück, ein unglaubliches Geschenk. Dies erfolgte zu meist in Kooperation mit Venezuela. 7. Kubanische Dozenten unterrichten in zehn Ländern knapp

30.000 Studenten. Sie waren bisher an der Errichtung von elf medizinischen Fakultäten in verschiedenen Ländern beteiligt und an 37 Fakultäten im Einsatz.

8. In Westafrika konnten die Kubaner – selbst unerfahren im Umgang mit Ebola – 2014 bis 2015 viele Erkrankte retten und die Mortalitätsrate halbieren. Dort hatte Kuba ein Team der Brigade Henry Reeve im Einsatz, die seit 2005 weltweit in von Katastrophen und gravierenden Epidemien heimgesuchten Ländern hilft. Die Brigade wurde 2005 wegen der Verwüstungen in New Orleans durch den Wirbelsturm Katrina gegründet, um dort zu helfen. Allerdings lehnte die US-Regierung den Einsatz kubanischer Ärzte auf ihrem Boden rigoros ab. Die Brigade hatte bisher Einsätze u. a. in Bolivien, Peru, Belice, Mexica, China, El Salvador, Chile, Haiti, Sierra Leone, Liberia, Guinea Konakry, Nepal, Pakistan und wurde 2015 für den Nobelpreis vorgeschlagen.

9. Das Programm „Mais médicos“ in Brasilien: Als eine Netzwerk-Cuba-Reisegruppe 2013 in Cardenas die neurologische Reha für Kinder besuchte, ein Projekt der DKP, stieß sie in einer Aula auf eine größere Gruppe von „Galeanos“. So werden Mediziner und andere im Gesundheitswesen Tätige bezeichnet. Sie lernten dort Portugiesisch. Hintergrund war die im Juli 2013 durch Initiative von Dilma Rousseff vertraglich vereinbarte medizinische Hilfe Kubas in unterversorgten Gebieten Brasiliens. So sollten laut einem Bericht der Granma vom 5.11.2013 im Rahmen des Programmes „Mais Médicos“ 13.000 kubanische ÄrztInnen 46 Millionen Brasilianer vor allem im Nordosten des Landes, in Slums und in Amazonien medizinisch betreuen. Seit Beginn des Programms im August 2013 waren



Kubanische Ärztin in Guatemala.
Foto: Juventud Rebelde

über 20.000 Kubaner in Brasilien tätig, welche in fünf Jahren mehr als 113 Millionen Patienten behandelten. Zuletzt waren über 9.000 kubanische Ärzte und Krankenpfleger in mehreren tausend Gemeinden des Landes tätig. Nun ist Kuba dabei, seine Mediziner aus Fürsorgepflicht komplett zurückzuholen, nachdem der neu gewählte rechtsextreme brasilianische Präsident Jair Bolsonaro aus politischen Gründen die einseitige Veränderung der Vertragsbedingungen ankündigte, die Qualifikation der kubanischen ÄrztInnen

zent der medizinischen Fachkräfte Kubas, davon gut die Hälfte Ärzte), sollen von dieser Anzahl heute rund 11.300 Ärzte und Pfleger in vom Empfängerland bezahlter Tätigkeit in 23 Ländern tätig sein. Den Löwenanteil machte zuletzt mit rund 9.000 Kräften Brasilien aus. Der Rückzug der kubanischen ÄrztInnen ist vor allem für die nicht mehr versorgten häufig mittellosen brasilianischen Patienten ein großes Problem, aber auch für den kubanischen Staat, der von reicheren Ländern wie Brasilien, Ve-

anzweifelte und sie als Sklaven eines diktatorischen Regimes bezeichnete. Kuba fürchtete mit Recht auch um die Sicherheit seines Fachpersonals, das sich freiwillig für den auch nicht schlecht bezahlten Einsatz gemeldet hatte.

Während 2018 noch etwa 50.000 kubanische medizinische Spezialisten in 68 Ländern tätig waren (das

sind gut 25 Prozent der medizinischen Fachkräfte Kubas, davon gut die Hälfte Ärzte), sollen von dieser Anzahl heute rund 11.300 Ärzte und Pfleger in vom Empfängerland bezahlter Tätigkeit in 23 Ländern tätig sein. Den Löwenanteil machte zuletzt mit rund 9.000 Kräften Brasilien aus. Der Rückzug der kubanischen ÄrztInnen ist vor allem für die nicht mehr versorgten häufig mittellosen brasilianischen Patienten ein großes Problem, aber auch für den kubanischen Staat, der von reicheren Ländern wie Brasilien, Ve-

nezuela, Südafrika, Nigeria, Katar und China für die medizinischen Dienste gut bezahlt wird bzw. wurde. Kuba hat diese Zahlungen teils mit den Internationalisten geteilt, teils zur Finanzierung des eigenen Sozialstaates verwendet. Vergessen dürfen wird dabei aber nicht, dass Kuba die meisten Einsätze auf eigene Rechnung durchgeführt hat, andere in Dreieckskooperation mit der WHO.

Was mich bei Kubas weltweitem Internationalismus besonders beeindruckt, ist, dass das Land dabei im wesentlichen humanistische Ziele verfolgt. Auch wenn Kuba für den Einsatz und den Export von Entwicklungshelfern jeder Art von einigen Ländern bezahlt wird und diese Einkünfte einen nicht unwesentlichen Teil des Staatshaushaltes ausmachen, ist dies nicht ehrenrührig und schmälert das Bild keineswegs, ist es zumindest immer noch viel besser als Waffen und Kriege zu exportieren. Kuba will die Welt mit seinen bescheidenen Mitteln und diesem enormen Einsatz einfach etwas besser machen und zeigen, dass es geht, wenn der politische Wille hierzu da ist.

Kuba gibt uns hier ein unglaubliches Beispiel.

Spahn will Pflegepersonal aus Kuba

Im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der Pflege hat Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) eine Kooperation mit Kuba vorgeschlagen. Einem Bericht des „Ärzteblattes“ zufolge, erwägt Spahn, künftig im Ausland Pflegekräfte für Deutschland ausbilden lassen. „Vom Haushaltsausschuss haben wir ... neun Millionen Euro bekommen. Damit können wir Kooperationspartner für Pflegeschulen im Ausland finden“, sagte Spahn der Fachzeitschrift. Der Plan sei, im Ausland auszubilden und die künftigen Fachkräfte schon dort Deutsch lernen zu lassen. „Idealerweise sollen sie dann mit Ende der Ausbildung in Deutschland ihre Arbeit starten können“, betonte der Gesundheitsminister. Als mögliche Länder für eine Kooperation nannte er den Kosovo, Mazedonien, die Philippinen

und Kuba. Der zum rechten Flügel seiner Partei gehörende Spahn erkennt damit auch die hohe Qualität der Ausbildung in Kuba und das international anerkannte Niveau des dortigen Gesundheitssystems an. Über dessen Bewertung ist sich das rechtskonservative Lager offenbar nicht einig. Der rechtsextreme brasilianische Präsident Jair Bolsonaro hatte Ende letzten Jahres rund 8.500 medizinische Fachkräfte aus Kuba aus dem Land getrieben, die bis dahin zu einem großen Teil die medizinische Versorgung der brasilianischen Bevölkerung sichergestellt hatten. Neben anderen fadenscheinigen Begründungen hatte Bolsonaro den Kubanern „Qualifikationsmängel“ unterstellt. Zumindest in diesem Punkt scheinen deutsche Politiker der Rechten etwas realistischer zu sein.

Kolumne

Jorgitos Log

Almugre und seine hässliche Angelegenheiten

„Pregunto yo en mi canción/al que grita y patalea/Caballero de la OEA/Que pasó con la reunión./Como no me voy a reír de la OEA/si es una cosa tan fea/tan fea que causa risa...“

„Ich jedoch frage in meinem Lied/den, der schreit und strampelt/ Herren der OAS/was war nur auf Eurem Treffen los./Wie könnte ich anders als darüber lachen/wo die Sache doch dermaßen hässlich ist/so hässlich, dass man darüber lachen muss ..“

Wenn es nicht so bitterernst wäre, könnte man es für einen Witz halten. Wenn man nicht zugleich sicher wüsste, dass wir im 21. Jahrhundert leben, könnte man meinen, wir befänden uns in den 1960er Jahren. Wieder einmal war der alte Kreis zusammengekommen, das Treffen fand wie immer an der Ecke 17th Street y Constitution Ave., N.W., Washington statt. Dieses Mal allerdings musste der Initiator, obwohl zunächst angekündigt, dem Meeting aus unvorhersehbaren Gründen fernbleiben und benannte für die Sitzungsleitung seinen Berater Christopher Hernández.

Gemäß dem durch das Generalsekretariat verschickten Abschlussdokument hielten sich die Anwesenden für berufen, eine Konferenz einzuberufen, auf der die neue kubanische Verfassung überprüft werden soll. Gerechtfertigt wird dies mit der Interamerikanischen Demokratie-Charta der Organisation, ein im Jahr 2001 verabschiedetes juristisches Instrument, das danach strebt, die „Demokratie“ auf dem Kontinent zu stärken. Tatsächlich unternahm die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) nichts im Falle des Staatsstreich gegen Chávez im Jahr 2002, Zelaya im Jahr 2009, den Putschversuch gegen Correa im Jahr 2010 und den kürzlich stattgefundenen politischen und juristischen Verfolgung von linken Staatschefs in der Region.

Dabei vergessen die Organisatoren dieser Show, dass Kuba schon im Jahr 1962 aus ihr ausgeschlossen wurde und somit kein Mitgliedsstaat dessen ist, was Kubas Außenminister Raul Roa einst so treffend das „Ministerium für Yankee-Kolonien“ genannt hatte. Obwohl die OAS im Jahr 2009 mit ihrer Resolution 2438 verkündeten, dass Kubas Ausschluss aufgehoben würde, hat die größte Insel der Antillen unwiderruflich erklärt, dass sie nie wieder in Interamerikanische System zurückkehren werde. Das scheinen noch nicht einmal die Macher der Webseite der OAS mitbekommen zu haben, ist doch für Kuba dort ein Platz reserviert, wenn dieser auch selbstverständlich nicht mit Inhalten gefüllt ist. Es mag sich lustig anhören, aber 58 Jahre nach der oben zitierten Strophe von Carlos Puebla ist die OEA immer noch für einen Lacher gut.

Dieser Tage konnte man in einer Mitteilung des Generalsekretärs Almagro lesen, dass „die Verfassungsreform, die am 24. Februar einer Volksabstimmung unterzogen wird, mit einem Geburtsfehler auf die Welt gekommen ist, da sie nicht aus dem Volk hervorgegangen ist.“ Der ehemalige Außenminister Uruguays ist absolut desinformiert, daher sein lächerlicher Auftritt. Almagro scheint nichts von dem breiten Prozess mitbekommen zu haben, an dem 8.945.000 Kubanerinnen und Kubaner teilnahmen und in dessen Verlauf sie 1,7 Mil-



Die Kubanische Revolution schreibt unglaubliche Geschichten. Jorge Enrique Jeréz Belisario kam 1993 mit einer schweren spastischen Lähmung auf die Welt. Er selbst sagt, dass es Jorgito el Camagüeyano nur deshalb heute noch gibt, weil er unter der schützenden Hand der Revolution aufwachsen konnte. So verwirklichte er seinen Lebensstraum und studierte Journalismus. Jorgito war einer der wichtigsten Aktivisten im Kampf für die Freilassung der „Cuban Five“. Besonders verbunden ist er Gerardo Hernández, dessen Rückkehr nach Kuba er im Dezember 2014 feiern durfte. Der Dokumentarfilm „Die Kraft der Schwachen“, der Jorgitos Leben erzählt, ist über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba erhältlich.

Jorgito bloggt regelmäßig auf <http://jorgitoxcuba.net>.

Die CUBA LIBRE ehrt er mit einer regelmäßigen Kolumne, deren aktuelle Ausgabe wir im Folgenden abdrucken.

lionen Wortbeiträge einbrachten. Er wird auch nicht wissen, dass im Zuge dieser Diskussion in der Bevölkerung 134 der 224 Artikel des von der Nationalversammlung vorgelegten Vorschlags wieder verändert wurden, oder anders gesagt, nur 87 Artikel überhaupt unange-

tastet blieben. Vergleichen wir dies mit dem Demokratie-Paradigma des Herrn Almagro, dann stellen wir fest, dass die US-Verfassung die älteste aller aktuell gültigen Verfassungen ist, im Laufe der Zeit 27 mal verändert wurde und die Unterschriften von 40 Personen trägt, übrigens ausnahmslos Männern.

Der oben erwähnte Beschluss der OAS widerspricht ihrer eigenen Interamerikanischen Charta, welche eine Einmischung und einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ausschließt. Von jemandem wie Almagro, der Nicaragua, Venezuela und Kuba den Krieg erklärt hat, und in den drei Abweicherstaaten, die nicht in Washington um Erlaubnis fragen, bevor sie eine Entscheidung zugunsten ihrer Bevölkerung treffen, die neue Achse des Bösen sieht, ist nichts Gutes zu erwarten.

Dieselbe Organisation führt eine Dauerbelagerung der venezolanischen Regierung durch und bevorzugt es, einen selbstgekürten Präsidenten zu akzeptieren, der von niemandem gewählt wurde, und dafür einen aus einer Wahl mit zahlreichen internationalen Beobachtern hervorgegangenen Präsidenten nicht anzuerkennen.

Die Welt ist auf den Kopf gestellt. Während es die Aufgabe der Organisation sein sollte, den regionalen Dialog zu stärken, schürt sie Konflikte an der kolumbianisch-venezola-

nischen Grenze, um eine „humanitäre Intervention“ á la USA zu provozieren. Zur Enteignung des venezolanischen Goldes durch die Weltbank hat sie sich nicht geäußert und wird sich auch nicht äußern, obwohl man mit dessen Gegenwert einen Großteil der Versorgungsschwierigkeiten und der Wirtschaftskrise Venezuelas würde lösen können. Es ist, wie wenn man einer Mutter nicht erlaubte, ihre Kinder zu stillen, um sie dann als Rabenmutter zu bezeichnen.

Das Drehbuch ist allseits bekannt, oft verwendet und wenig originell, dadurch aber nicht weniger gefährlich. Das letzte Land, das durch eine internationale Koalition zerstört wurde, war Libyen, das sich von einem der Länder mit dem höchsten Lebensindex in seiner Region in ein aufgelöstes und unregierbares Land verwandelte, ganz nach dem Geschmack der Öl-Transnationalen. In Libyen wurden innere Streitigkeiten provoziert, die die nationale Einheit auflösten, es wurde eine Parallelregierung installiert, Ghaddafi wurde der Möglichkeit beraubt, im Ausland Finanztransaktionen vorzunehmen, und später wurden die Truppen der NATO durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates ermächtigt, in diesen inneren Konflikt einzugreifen.

Kommt uns das nicht bekannt vor? Eine selbsterklärte Regierung, ein durch einen brutalen Wirt-

schaftskrieg angeheizter innerer Konflikt, eingefrorene Auslandskonten in Venezuela decken sich fast einhundertprozentig mit den beschriebenen Abläufen im Fall Libyen. Der Unterschied ist lediglich, dass ein mit Öl gefüllter Supertanker aus dem Mittleren Osten zwischen 30 und 45 Tagen braucht, um in die texanischen Raffinerien zu gelangen, während er von Venezuela aus die Strecke in nur drei Tagen zurücklegt. Das ist die Geopolitik, in der Almagro, Trump, Rubio und andere, die vorziehen, ihr Gesicht nicht zu zeigen, die Global Player geben.

Dem US-amerikanischen Präsidentenmagnaten fehlt noch sein Krieg, ein Krieg, der ihm die Wiederwahl garantieren würde, wie es auch bei den letzten drei US-Präsidenten der Fall war. Venezuela erfüllt alle Voraussetzungen, um zu Trumps Krieg zu werden. Lediglich das Risiko der geografischen Nähe und die in den internationalen Medien wohlbekannteste Tatsache, dass zwischen 4 und 5 Millionen Venezolaner ausgebildet und bereit sind, ihr Land gegen eine Militäraggression zu verteidigen, könnte noch dazu beitragen, Trumps Meinung zu ändern.



Mumia hat eine neue Postanschrift

Die Initiative „Free Mumia“ zur Freilassung Mumia Abu-Jamals teilte mit, dass die Post an MumiAs bisherige Adresse nicht mehr an jene Privatfirma in Florida weitergeleitet wird, die sämtliche Briefe an Gefangene im Bundesstaat Pennsylvania einscannet und elektronisch weiterleitet. Die Originale werden dann vernichtet.

Daher unbedingt ab jetzt folgende Adresse verwenden, um Mumia zu schreiben:

**Smart Communications/PA DOC
Mumia Abu-Jamal #AM8335
SCI Mahanoy, Post Office Box 33028
St Petersburg, Florida 33733, USA**

Schreibt Mumia, um zu zeigen, dass die Solidarität mit ihm weiter geht und auch Haftverschärfungen nichts daran ändern.

Umstieg

Ich bin Mitglied in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.



Vorname	Name	Anschrift
Geburtsdatum	Telefon/Mobil	Email-Adresse

Ich möchte

- vom reduzierten Beitrag (3,00 € / Monat) auf den Normalbeitrag (7,00 €)
- vom Normalbeitrag (7,00 € / Monat) auf auf einen Förderbeitrag in Höhe von ____ , __ €

umsteigen

Den Beitrag bezahle ich

- per Einzugsermächtigung
- per Dauerauftrag

Sepa – Lastschriftmandat

Ich ermächtige die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., den o.g. Beitrag von meinem Konto bis auf Widerruf mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. auf meinem Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Der Einzug soll

- jährlich** (Lastschrifteinzug Januar)
- halbjährlich** (Lastschrifteinzug Januar und Juli)
- vierteljährlich** (Lastschrifteinzug Januar, April, Juli und Oktober)

zu Lasten des folgenden Kontos erfolgen:

IBAN:	BIC
Name des Kontoinhabers / der Kontoinhaberin (wenn nicht AntragstellerIn):	

Es handelt sich um eine wiederkehrende Zahlung. Die Zahlungen werden jeweils entsprechend des oben angegebenen gewünschten Lastschrifteinzugs jeweils Mitte der oben angegebenen Monate fällig. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Hiermit bestätige ich das Lastschriftmandat:

Ort / Datum: **Unterschrift:**

Bitte senden an:

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Maybachstr. 159, 50670 Köln – Fax: 0221-606 00 80



Augsburg: Franz Egeter,
Berliner Allee 22 B, 86153 Augsburg
E-mail: augsburg@fgbrdkuba.de
Berlin: Marion Leonhardt, Voltastr. 2a, 13355 Berlin
E-mail: berlin@fgbrdkuba.de
Homepage: www.fgbrdkuba-berlin.de
Bonn: Luiz Fernando Moser,
Lengsdorfer Straße 35, 53127 Bonn
E-mail: lfernandomoser@gmail.com
Homepage: www.fgbrdkuba.de/bonn

regionalgruppen und lokale ansprechpartner/innen

Bremen: Elka Pralle, Friesenstr. 109, 28203 Bremen
E-mail: Elka.Pralle@gmx.de
Duisburg/Mülheim/Oberhausen:
Richard Höhmann-Rölle und Silvia Rölle
E-mail: kuba@hoehmann-roelle.de
Düsseldorf: Klaus Winkes,
Hildebrandtstr. 7, 40215 Düsseldorf
E-mail: winkes@posteo.de
Erfurt/Eisenach: Roland Wanitschka,
PF 1144, 99801 Eisenach
E-mail: roland.wanitschka@web.de
Essen: Carola Wollweber
E-mail: fg.essen@outlook.de
Frankfurt a.M.: Willi Gerhard,
Anne-Frank-Str. 3, 60433 Frankfurt
E-mail: frankfurt@fgbrdkuba.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/frankfurt
Frankfurt/O.: Bernd Niereisel,
Hansastr. 91, 15234 Frankfurt/O.
E-mail: frankfurt-oder@fgbrdkuba.de
Freiburg: Carmen Giesin,
Weinbergstr. 6, 79111 Freiburg
E-mail: carmengiesin@gmx.de
Gelsenkirchen: Christa Grewe,
Festweg 12, 45886 Gelsenkirchen
E-mail: grewechr@aol.com
Gießen: Erika Beltz,
Diezstraße 7, 35390 Gießen
giessen@fgbrdkuba.de
Göttingen: Gunnar Siebecke,
Harzstr. 13, 37081 Göttingen
E-mail: goettingen@fgbrdkuba.de

Homepage: www.fgbrdkuba.de/goettingen
Hamburg: Wolfgang Mix,
Holstenplatz 10, 22765 Hamburg
E-mail: hamburg@fgbrdkuba.de
Idar-Oberstein: Karin Gottlieb,
Frinkenstraße 9, 55743 Idar-Oberstein
Karlsruhe: Roland Armbruster,
Wilhelmstr. 85, 76137 Karlsruhe
E-mail: Roland.Armbruster@t-online.de
Koblenz: Robert Peiter,
Friedrichstr. 7, 56333 Winnigen
Köln: Dieter Hehr, Wichterichstr. 34, 50937 Köln,
E-Mail: dieter.hehr@koeln.de
Mainz: Tobias Kriele, Lauterenstr. 28, 55116 Mainz
E-mail: mainz@fgbrdkuba.de
Mannheim/Rhein-Neckar: Barbara Caroli-Buch,
Gneisenastr. 18, 68259 Mannheim
E-mail: barbara@muellerweb.de
München/Südbayern: Werner Ströhlein,
Knorrstraße 83 a, 80807 München
E-mail: stroehlein-sanchez@t-online.de
Nürnberg: Marianne Schweinesbein,
Sielstr. 6, 90429 Nürnberg
E-mail: schweinesbein@t-online.de
Regensburg: Bernhard Ostermeier,
Mariaortestr. 9, 93161 Sinzing
E-mail: bernhard.ostermeier@web.de
Saarbrücken: Volker Jung,
Ottweiler Str. 4, 66113 Saarbrücken
Stuttgart: Reiner Hofmann,
Rohrdommelweg 6, 70378 Stuttgart
E-mail: Reiner_Hofmann@t-online.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/stuttgart
Tübingen: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,
Regionalgruppe Tübingen, Postfach 02 63,
72103 Rottenburg am Neckar
E-mail: tuebingen@fgbrdkuba.de
Velbert: Hartmut Meinert,
Brahmsstraße 1, 42549 Velbert
E-mail: hartmut.meinert@web.de
Würzburg: Michael Meyer,
Rückertstr. 7, 97072 Würzburg
E-mail: cubasoli@onlinehome.de

Lieferbare Materialien

Gruppen der FG BRD - KUBA e.V.
erhalten 30 Prozent Rabatt,
15 Prozent auf Bücher und Zeitschriften

	Preis
Pins, Feuerzeuge, Schlüsselanhänger, Aufkleber	
Pin mit Che-Porträt, rot-schwarz, rund, 2 cm	2,00 €
Pin Kubaflagge, farbig, 1 x 2 cm	2,00 €
Freundschaftspin Flaggen BRD-Kuba, farbig, ca. 1 x 3 cm	2,50 €
Pin CUBAN FIVE – Nach der Freilassung aller Fünf ein Symbol der Erinnerung!	5,00 €
Feuerzeug mit Che-Motiv, verschiedene Farben und Feuerzeug „Havanna“	1,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken, rot mit Che-Aufdruck, ca. 90 x 2 cm	2,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken weiß, Flaggenaufdruck BRD - Kuba farbig, ca. 90x2 cm	2,50 €
Aufkleber m. Che-Motiv, rund, rot-schwarz, 5 cm	0,60 €
Aufkleber Kubaflagge, 9 x 7 cm	1,00 €
Button mit Che-Motiv, 5,5 cm rot-schwarz	2,50 €
Fahnen, Textilien	
Kubafahne, 90 x 150 cm, m. Ösen	10,00 €
Kubafahne m. Che-Motiv, 90x150 cm	10,00 €
Fahne M-26-07, 90 x 150 cm	17,00 €
Che-Baretts, schwarz/ olivgrün wendbar	12,00 €
Bücher	
Volker Hermsdorf: Fidel Castro (2018)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Paula Klattenhoff u.a. (Hrsg.): Kuba im Wandel (2017)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Havanna. Kultur - Politik - Wirtschaft (2015)	10,00 €
Ignacio Ramonet: Fidel Castro – Mein Leben (2013)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Raul Castro – Ein Leben für die Revolution (2016)	16,00 €
Volker Hermsdorf: Kuba – Aufbruch oder Abbruch? (2016)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Die Kubanische Revolution – Basiswissen (2015)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Hans Modrow: Amboss oder Hammer. Gespräche über Kuba (2015)	16,00 €
H.C. Morales: Ein Gespräch unter Freunden. 56 Fragen an Heinz Langer (2014)	7,00 €
H.W. Hammer / F. Schwitalla: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker. 20 Jahre Netzwerk Cuba e.V. (2013)	12,00 €
José Martí: Das Goldene Alter (Übers. aus dem Spanischen v. Manfred Schmitz, 2013)	18,00 €
H. Langer: Mit Bedacht, aber ohne Pause. Zur Entwicklung in Kuba (2011)	10,00 €
H. Langer: Zärtlichkeit der Völker - die DDR und Kuba (2010)	9,50 €
H. Langer (Hrsg.): Fidel Castro – Reflexionen	5,00 €

	Preis
E. Panitz: Comandante Che – Biographische Skizze (2007)	5,00 €
R. + U. Fausten: Helden der freien Welt – Dissidenten in Kuba (2007)	5,00 €
E.F. Fürntratt-Kloep: Unsere Herren seid Ihr nicht! Das politische Vermächtnis des Fidel Castro	10,00 €
H.C. Ospina: Im Zeichen der Fledermaus – Die Rum-Dynastie Barcardie (2006)	5,00 €
Ernesto Che Guervara: Bolivianisches Tagebuch (2008)	9,99 €
Ernesto Che Guervara: Kubanisches Tagebuch (2008)	12,00 €
Paco Ignacio Taibo II: CHE – die Biographie des Ernesto Guervara	28,00 €
mediCuba-Suisse (Hrsg.): Kuba macht es vor; Solidarisch für das Recht auf Gesundheit weltweit	18,80 €
Jürgen Kupfer: Kubas Weg zur kostenlosen Bildung für alle (2018)	17,95 €
Das trikontinentale Solidaritätsplakat; reduzierte Restexemplare 70,- €, - statt 150,- €	70,00 €

CD / DVD	
CD „Música y Revolución“	5,00 €
DVD „Wo der Himmel aufgeht“, Dokumentarfilm Kuba/ BRD 2018, 45 Minuten, Deutsch/ Spanisch mit Untertiteln	12,00 €
DVD „Zucker und Salz“ – Rückblick vier kubanischer Freundinnen auf 50 Jahre Revolution (OmU)	10,00 €
DVD „Die Kraft der Schwachen“ – Leben und Entwicklung eines Behinderten auf Kuba (OmU)	10,00 €
DVD „Wege der Revolution – Fidel Castro“ (OmU)	7,00 €
Archiv Cuba Libre 1980-2000	18,00 €

Zeitschriften / Zeitungen	
Cuba Libre Zeitschrift der FG BRD-Kuba e.V.	
Einzelpreis	3,50 €
Jahresabo (4 Ausgaben)	12,50 €
Bezug für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten Kostenlose Zusendung eines Probe-Exemplars	
Granma International	
Zeitung für Kuba und Lateinamerika	
Erscheinungsweise monatlich – spanische oder englische Ausgabe – Jahresabo	
	45,00 €
Granma Internacional	
Zeitung für Kuba und Lateinamerika	
deutsche Ausgabe – monatlich – Jahresabo	
	18,00 €
seit 01.01.2017 über Verlag 8. Mai	

Verleih von Spielfilmen und politischen Filmen aus Kuba und Lateinamerika auf Anfrage

FG BRD-Kuba e.V.
Maybachstr. 159, 50670 Köln
Tel.: 0221 – 2 40 51 20 • Fax: 0221 – 6 06 00 80
info@fgbrdkuba.de
Alle Preise plus Porto und Verpackung
Vorauszahlung vorbehalten

La Colmena TV

Eine kubanische Talentshow für Kinder und Jugendliche stellt so ziemlich alles auf den Kopf, was man in Deutschland von solchen Formaten kennt

Von Uli Fausten



Das Wortspiel funktioniert nur auf Spanisch. Zwar stehen die Initialen TV auch im Deutschen (wie in vielen anderen Sprachen) für TeleVision, also Fernsehen, es gibt sie aber auch als Wörter: „te“ bedeutet dir oder dich, „ve“ (für den Buchstaben V) ist die 3. Person Einzahl des Verbs „ver“ – sehen. Also: sieht dich. Der Bienenstock sieht dich. Der Witz liegt in der Umkehrung des Normalen. Für gewöhnlich sieht der Fernsehzuschauer ein Programm. Hier sieht das Programm den Zuschauer.

„La Colmena“ erinnert natürlich an „La Colmenita“ (der kleine Bienenstock), jene in ganz Lateinamerika berühmte Kindertheatertruppe von Carlos Alberto „Tin“ Cremata, der natürlich auch bei dieser Sendung, wengleich mehr hinter den Kulissen, die Fäden zieht. Cremata besteht übrigens darauf, dass man es nicht mit „Kindertheater“ zu tun habe. Vielmehr handle es sich um „Kinder, die Theater spielen – im all-gemeinsten Wortsinn.“

Von einem „Bienenstöckchen“ konnte allein schon deshalb kei-

ne Rede mehr sein, weil, um auf die 32 Teilnehmer zu kommen, über 2.400 Kinder gecastet werden mussten. Im Vorfeld der ersten Staffel im letzten Jahr waren es noch 679 gewesen. Die Anzahl der Aspiranten hat sich binnen kurzem verdreieinhalbfacht.

Wer die Martí-Affinität des Theatermannes kennt, kann sich leicht vorstellen, dass all diese Kinder, die sichtende Workshops durchliefen und die in ihrer überwältigenden Mehrheit aus quantitativen Gründen nicht für die Sendung genommen werden konnten, dennoch am Ende bereichert waren. Sie waren, wie es ein resümierender Beitrag ausdrückte, „als menschliche Wesen gewachsen“.

Pate für diesen sonntäglichen Straßenfeger zur besten Sendezeit nach den Abendnachrichten stand eine überaus populäre Talentshow Erwachsener: der Gesangswettbewerb „Sonando en Cuba“ (drei Staffeln bisher); mittlerweile hat sich das Pendant im Tanzen „Bailando en Cuba“ hinzugesellt.

Man sieht all die Kinder und Jugendlichen förmlich vor sich, wie sie sich beim Anschauen dieser glamourösen TV-Wettbewerbe leicht ins Grüngelbliche verfärbten und die Worte ausstießen: „Das. Kann. Ich. Auch.“ Und da es bekanntlich in Kuba nichts Wertvolleres gibt als ein Kind, wurde „La Colmena TV“ aus der Taufe gehoben. Die Show war ursprünglich nicht als Kampf um Punkte geplant. Die Macher waren skeptisch, wie die zarten Seelen wohl Niederlagen „wegpacken“ würden. Es waren die Kinder selber, die diesen Modus unbedingt wollten. Und die Sendung startete richtig durch. Zunächst war sie noch – vorsichtig – auf Freitagabende terminiert. Das ist Schnee von gestern.

Das Team und Profis der Sendung Es gibt vielleicht zwei Hände voll nicht der „Kompanie“ angehören der Profis. Das sind zum einen die Schauspiel-, Gesangs- und Tanztrainer. Das ist zum anderen die prominente Jury: der Schauspieler und Kabarettist Osvaldo Doimeadiós, (der in Kubas Serienkrimis auch zuweilen den Bösewicht spielt), die Chorleiterin Carmen Rosa López (der ich hier und da einen Tick mehr Fingerspitzengefühl wünschen würde) und der Spontandichter Emiliano Sardiñas (der die Wertungen auch schon mal gereimt und gesungen vorträgt). Abgesehen davon stemmen gleich mehrere Generationen von „Colmenita“-Mitgliedern das ganze Programm. Einst als Bienen kostümiert, inzwischen junge Frauen und Männer, bilden sie die tolle Big Band der Sendung, spielen Schlagzeug, Keyboard, E-Bass, akustische Gitarre, Posaune, Saxophon, machen die Back Up Vocals und den „Ahua-Chor“, fungieren als Teamer hinter der Bühne, sind Um-

armungsobjekt, wenn Kinder einen gelungenen Auftritt hingelegt haben und trocknen Tränen, wenn's mal nicht geklappt hat.

Unter den Moderatoren des Programms gab es ein neues Gesicht: Ernesto Escalante. Die beiden „Mädels“ Sandra Castillo und Carolina Fernández waren „La Colmena TV“ vom Vorjahr her treu geblieben. Körperlich recht üppig entwickelt, machen sie es dem Betrachter schwer zu glauben, dass auch sie mal kleine Bienchen waren.

Die Kindermoderatoren

Die Kindermoderatoren sind eine Nummer für sich. Danna ist das Enfant Terrible der Gruppe von Sieben- oder Achtjährigen. Extrovertiert, laut, zuweilen altklug, macht sie sich einen Spaß daraus, ihren älteren Kollegen Ernesto zu kritisieren, der ihr nichts recht machen kann. Natürlich ist das alles gespielt, aber manchmal treibt sie es so toll, dass man ins Grübeln geraten könnte. Schließlich ist Respekt vor Erwachsenen durchaus ein Wert, der Kindern in Kuba vermittelt wird und wenn die Kleinen unter den Zuschauern Danna gerade wegen ihrer Frechheit so toll finden ... na ja. Das andere Mädchen, Erica, ist gleichsam das „normale“ Gegengewicht: nüchterner, kopfschüttelnd, weniger sich selbst inszenierend. Der Junge zwischen den beiden, Hector (Hectico), ein wenig kleiner, spielt den etwas Zurückgebliebenen, der seinen Text vergisst, Einsätze verbaselt etc. Erwähnenswert auch die Außenreporterin Maria del Carmen, die am Rande der Sendungen Leute interviewt und dabei amüsante „Klöpse“ baut, etwa, wenn sie Silvio Rodríguez etwas über Silvio Rodríguez erzählt – vermeintlich ohne zu merken, dass sie ihn „live“ vor sich hat. Ihr Selbstbewusstsein leidet nicht darunter. Als sie bei der Siegerehrung verlesen soll, wie viele Stimmen die Gewinnerin des Popularitätspreises auf sich vereinigen konnte,



kommentiert sie dies so: „Hätte ich teilnehmen dürfen, dann hätte ich 11 Millionen Stimmen gekriegt!“ (Gesamteinwohnerzahl Kubas)

Der Weg von Staffel I zu Staffel II

Es gab Lernprozesse zwischen „La Colmena“ I und „La Colmena“ II. Das ist ja das Schöne an den Kubanern: Sie probieren etwas aus, merken an dieser oder jener Stelle „Das geht ja GAR nicht!“ und machen es beim nächsten Mal besser. Beispiel: Teilnahmeberechtigt sind Kinder von 6 bis 14 Jahren. 2017 wurde anscheinend die an und für sich löbliche Parole ausgegeben, keinesfalls die Kleinen zu benachteiligen. Man landete dadurch schon recht bald bei der logischsten Sache der Welt: der Benachteiligung der Großen. Ich erinnere mich an einen vielleicht 13jährigen Jungen, der singen konnte wie ein Engel. Er bekam bei dieser Jury kein Bein auf die Erde. Als er nach der Vorrunde ausgeschieden war, hat er sich gewiss gefragt: „Was habe ich bloß falsch gemacht?“ Überhaupt nichts hatte er falsch gemacht! Die Bewertungskriterien waren untauglich. Weder kann man an Erstklässler die gleichen Parameter anlegen wie an Halbwüchsige, noch umgekehrt. 2018 nun bildeten die „Minis“ und die Älteren bei den zehn oder elf Abenden bis zur Entscheidung getrennte Kategorien

(sechs bis neun und zehn bis vierzehn Jahre) mit getrennten Beurteilungen. Und das war gut so.

Bei den Kleinen gewann die sechsjährige Hadassa Carbonel López, wohnhaft im Micro 3 des Komplexes Abel Santamaría in Santiago de Cuba. „Keine Überraschung, hatte sie doch von ihrem ersten Auftritt an das Publikum im Griff.“ Ich gebe dem Kollegen Betancourt Recht, halte seine Aussage indes für untertrieben. Hadassa hatte in den etwas über zwei Monaten ihrer Regentschaft *das Land* im Griff. Mit ihrem Lächeln, mit dem sie auch mürrische oder verhärtete Menschen um den Finger wickeln könnte, ihrer Lebhaftigkeit („Ich lebhaft? Die wirklich Lebhaftige bei uns ist meine Schwester Hadjara. Die ist fünf.“) und ungeachtet ihres Handicaps, noch gar nicht lesen und schreiben zu können, was das Auswendiglernen von Text zu einer äußerst mühsamen Angelegenheit machte, aktivierte sie Charme-Offensiven, die wie Breitseiten von einem Piratenschiff kamen.

Bei den Großen siegte Emily Hernández aus Güines in Mayabeque. Kein Niedlichkeitsbonus hier! Emily hat gewiss viele starke Seiten. Niedlich ist sie nicht. Brillenträgerin und noch ziemlich babyspeckig, was bei einer schon fast Jugendlichen nicht mehr so toll kommt. Aber Bühnenpräsenz hat sie. Und wie! Theater spielen war



Foto: Escambray / Mairelys Valdivia

ihr Ding und singen kann sie auch. Was, wenn man aussieht wie sie, sicher am problematischsten ist, ist das Tanzen. Vermutlich wird man sie nie als Ballerina im Gran Teatro de La Habana sehen. Aber Emily wird sich gesagt haben: Für so eine Fernsehshow wird's doch wohl reichen. Das wäre ja noch schöner! Die Chuzpe dafür hat sie. Ihr Sieg stand nie wirklich in Frage. Aber es war eben nicht nur ein Sieg, weil... – es war durchaus auch ein Sieg, obwohl...

Jury-Votum ist eher „Offenbarungseid“

Was die „Härten“ bzw. deren Vermeidung angeht, leistete die Jury den Offenbarungseid. Es war zwar ein sympathischer Offenbarungseid, aber ein Offenbarungseid war es gleichwohl. 10 Kinder (in Worten zehn) bestritten das Finale, dieselben zehn, die sich schon im Semifinale gegenübergestellt hatten. Man hatte sich nicht dazu durchringen können, auch nur eines von ihnen ausscheiden zu lassen. Im Finale nun wollte man niemanden ohne Preis lassen. Das schaffte man so: Bei den Kleinen wurde Maripili Dritte, Anyeli und Diana Elena teilten sich den zweiten Platz, während Hadassa und Leydia Thalía gemeinsam als Siegerinnen erklärt

wurden. Bei den Größeren holten Anthony William und Greisi Rubi „Bronze“, „Silber“ gab es für Lázaro und Maryla und Emily gewann „Gold“. Macht nach Adam Riese zehn Kinder. Problem gelöst! Von Konfliktscheu geprägt war auch die Entscheidung, den Finalisten keine Zwischenresultate mitzuteilen. Sie sollten das Endergebnis wohl irgendwie als „gottgegeben“ hinnehmen, und das taten sie dann auch.

Die Abschlussveranstaltung wartete mit einer Besonderheit auf: Bei einem Teil der Auftritte der Kinder waren kubanische Stars mit auf der Bühne. Das irritierte zunächst, konnte man doch den Eindruck gewinnen, den Wettbewerbsteilnehmern werde so die Schau gestohlen, aber die sahen das ganz und gar nicht so. Im Gegenteil, sie fühlten sich stolz und geehrt, sich neben Künstlern wie der Sängerin Beatriz Márquez, den Salseros José Luis Cortés („Tosco“ von NG La Banda) und Mayito Rivera oder dem Pianisten Rolando Luna in Szene setzen zu können.

Gewinne der anderen Art

Zu reden ist über die Preise. Keine 50.000 Euro auf einem Sperrkonto bis zur Volljährigkeit. Kein Plattenvertrag. Kein bunter Abend mit Heidi Klum und Dieter Boh-

len. Die seinerzeit 9jährige Siegerin des Vorjahres, die auf den wunderschönen Namen Rubit de los Milagros hört und aus Las Cañas, einer dörflichen Gemeinde in der Provinz Artemisa stammt, gewann eine Art Wallfahrt an die Orte, die José Martí gegen Ende des 19. Jahrhunderts während des Unabhängigkeitskrieges aufsuchte. Rubit war in Begleitung von Verwandten und Freunden, auch Mitstreitern der ersten Staffel, für deren Transport, Unterbringung und Verköstigung gesorgt war. In Auftrittspausen der zweiten Staffel wurde in bewegten Bildern etwas gezeigt, das sich „Rubits Tagebuch“ nannte: Aufnahmen von teilweise zu erwandernden Stationen ihrer Reise – etwa von Dos Rios, wo Martí, dem das Soldatische wahrlich nicht in die Wiege gelegt worden war, gleich bei seiner ersten Feindberührung getötet wurde. Man sah sie und ihren Tross auch auf Santiagos berühmtem Friedhof Santa Ifigenia das begehbbare Mausoleum des Nationalhelden und Fidels Felsengrab besuchen.

Was es für sämtliche 32 Kinder gab, waren Rucksäcke, gefüllt mit allen erdenklichen Utensilien, die man für den Unterricht braucht. Was ebenfalls allen Teilnehmern von Beginn an sicher war, war – wie schon im vergangenen Jahr – die automatische Mitgliedschaft in der ruhmreichen Colmenita-Kompanie, die nicht selten Auftrittstourneen im Ausland hat, bei denen sie Kuba würdig vertritt.

Weder Sieger noch Besiegte

Dem bekannten Kulturjournalisten Pedro de la Hoz zufolge gibt es in La Colmena TV „weder Sieger noch Besiegte. Alle gewinnen. Sie gewinnen an menschlichen Werten.“

Er fasst in seinem *Granma* Artikel sehr schön die Allgegenwart José Martí im Programm zusammen: „Martí ist im Zentrum von La Colmena TV. Sätze des Apostels standen auf allen Preisen. Das Wissen um sein Leben und Werk

durchläuft wie ein roter Faden jede Station der Fernsehsendung und inspiriert die Teilnehmer. Am Schlußtag der zweiten Staffel war es bewegend, sie in der Schule zu sehen, in der Martí unter der Obhut von Rafael María de Mendive lernte. Und gleichzeitig mit Martí's Präsenz ist die Anwesenheit Fidels spürbar, der Crematas Arbeit mit den Colmenita-Kindern bewunderte und anerkannte.“

Die Mendive-Schule in Havanna, in der Martí seine ersten Kenntnisse erwarb, ist erst vor kurzem mit sehr viel Liebe zum Detail restauriert wurde.

Rubit kam übrigens zur diesjährigen Siegerehrung, um die Überreichung des „Lorbeers“ vorzunehmen und auch die Gewinnerin des Popularitätspreises 2017, die 10jährige Salette aus Bauta, – kurioserweise auch dies ein Nest in Artemisa (ganz offenbar eine Provinz, die Sieger hervorbringt) – war auf Kontinuität bedacht, als sie ein gleiches für ihre Nachfolgerin tat.

Betancourt behauptet in seinem Resümee nach der abschließenden Sendung, „Tin“ Cremata habe es geschafft, dass jedes Kind sich über den Erfolg der anderen so gefreut habe, als wäre es der eigene. Dies war sicher die ehrgeizige Zielsetzung gewesen und in aller Regel wurde sie auch erreicht, aber nicht immer: Unter den „Minis“ war ein Mädchen, das in Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben „bienenfleißig“ Punkte sammelte. Einmal allerdings blieb die Kleine um einen Zähler unterhalb des gewohnten Maximums. Ihre Mimik, als sie dies gewahr wurde, war selbst bei größtem Wohlwollen nicht mehr als freudig zu bezeichnen. Da war ihr Ehrgeiz davor. Dass man sie in der Finalrunde nicht mehr sah, hatte nichts mit diesem einen blöden Punkt zu tun. Den hätte sie locker verschmerzen können. Nur, es gibt zusätzlich zu den Wertungen Schauspiel, Gesang und Tanz betreffend sozusagen Schattenwertungen, die mit den



Foto: cubadebate

ethischen Sollvorgaben zu tun haben, die man den teilnehmenden Kindern ans Herz legt: etwa Solidarität, Altruismus, Engagement, Teamfähigkeit. Und da musste das Mädchen halt noch dazulernen ...

La Colmena TV als Gegenentwurf

Was hier abgeht, ist gewissermaßen die Gegennummer zu dem, was wir aus den sogenannten „zivilisierten“ Ländern kennen, nämlich unzivilisierten Umgang miteinander. Konkurrenten, die sich zum Ergötzen der Zuschauer gegenseitig anschreien oder von der Jury fertiggemacht werden – oft zynisch damit begründet, dass man sich als „Schule des Lebens“ verstehe, und was einen nicht umbringe, mache einen nur noch härter. Es geht um Einschaltquoten – aber selbst das wie ein Mantra hergebetete Argument, das Publikum wolle es nicht anders, ist höchst fragwürdig. Als ob die Haltung, dass man seinen Kick daraus zieht, wenn es anderen schlecht geht, der Natur des Menschen eigen wäre! Sie ist schlicht medial anezogen, weil von bestimmten Leuten erwünscht.

Kontrastprogramm: Cremata steht in der Mendive-Schule als Lehrer vor der kompletten Klasse der 32 Showteilnehmer und stellt

deren Wissen zu Sinnsprüchen des Dichters Martí aus dem „Edad de Oro“ auf den Prüfstand (keine Wertungspunkte hier). Jedes Kind in Kuba kennt dieses Werk. Aber wie gut? Der Theatermann beginnt ein Zitat und viele melden sich, um es zu Ende zu bringen. Es gibt leichte und schwerere Satzanfänge.

Diese beinahe meditative Szenerie, die mehrere Minuten dauert, – man stelle sich so was in der Prime Time der ARD vor – wird eingespielt, just als die Spannung am größten ist und die Verkündigung der Sieger unmittelbar bevorsteht.

Die Refrainzeile aus dem Erkennungslied von „La Colmena TV“ lautet: „tener talento es tener buen corazón“: Talent zu haben, heißt, ein gutes Herz zu haben. Sicher eher ein Postulat als eine Bestandsaufnahme, aber als humanes Postulat macht es schon Sinn. Wer Talent hat, ist privilegiert, hat etwas, das viele nicht haben. Warum nicht gönnen können, wenn man zu diesen Privilegierten zählt. Warum nicht seine Freude daran haben, wenn andere sich freuen.

Das Fernsehen als pädagogische Anstalt ist ja nicht mehr so ganz neu. Aber das Show Bizz als pädagogische Anstalt? Wer hätte je von etwas so Verrücktem gehört! In Kuba funktioniert das,

„Che Guevara“ – eine Biografie von André Scheer

Von Marion Leonhardt

Gibt man bei „Google“ den Begriff „Che-Biografie“ ein, erzielt man 29.200.000 Treffer, mit „Biografie Che“ 26.700.000 und mit „Biografie Che Guevara“ noch 147.000 Treffer.

Kurz nach dem 60. Jahrestag der Kubanischen Revolution, mit der der argentinische Arzt Ernesto „Che“ Guevara untrennbar verbunden ist, hat nun André Scheer, langjähriger Ressortleiter für Außenpolitik bei der Tageszeitung junge Welt, eine Che-Biografie in der Reihe „Basiswissen“ im PapyRossa-Verlag vorgelegt.

Was unterscheidet diese Biografie von anderen? Optimistisch stimmt schon mal, dass André Scheer ein exzellenter Kenner Kubas und Lateinamerikas ist. Dies spricht für einen kenntnisreichen Blick auf Person und Ereignisse. Und da wird man nicht enttäuscht: Statt Anekdoten, Abenteuer Geschichten oder Che als heroische Kultfigur gibt es eine vielfältige Verarbeitung von Literatur von und über Che, wobei das Literaturverzeichnis und der Anhang dem Leser gute Dienste leisten. So entfalten sich die Ches politischen Auffassungen eingebettet in das jeweilige zeithistorische Umfeld. Da entdecken sogar alte Kuba-Kenner noch Neues. Wer weiß z. B., dass Che nach der Niederlage im Kongo und einem Aufenthalt in Daressalam in Prag weilte, bevor er nach Bolivien aufbrach? Che versuchte, seinen Aufenthalt geheim zu halten und

nicht aufzufallen. Das galt für seine Wochenend-Aufenthalte im Landhaus: „Das „Landhaus“ befand sich in Ládvi, einem Viertel im Bezirk Kamenice, südöstlich von Prag. Es war nahezu ideal, um nicht aufzufallen, denn es war umgeben von einem Obstgarten, Hügeln und Wald, zufällige Passanten konnten wenig im Inneren erkennen. Die Abschottung gelang so gut, dass die örtlichen Behörden erst 1970, nach dem Tod Che Guevaras, von dessen Aufenthalt in ihrem Land erfuhren.“ In Prag beschäftigte er sich intensiv mit Politischer Ökonomie, aber seine Pläne, nach Bolivien zu gehen hatte er nicht aufgegeben.

So hält das Buch noch viele spannende Einblicke bereit, die den politischen Menschen Che und nicht den oft zur Ikone stilisierten und seiner Inhalte entleerten zeigen. Zudem bereitet es Lesevergnügen. Dafür sei André Scheer Dank.



André Scheer
Che Guevara
 PapyRossa-Verlag
 Köln, 134 Seiten
 ISBN 978-3-89438-687-0
 9,90 Euro



Foto: Marion Leonhardt

Das Publikum wurde Zeuge einer kenntnisreichen Vorstellung der Che-Biografie von Autor André Scheer (links im Bild) und Kuba-Experte Volker Hermsdorf, die es schafften, auch kompliziertere Sachverhalte aufgelockert näher zu bringen. Anschließend blieb Raum für viele Fragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum. Die dabei angesprochenen Themen waren vielfältig: So etwa der Unterschied von Raul und Fidel auf der einen Seite, die schon sehr jung politisch aktiv waren, und Che, der sich selbst in seiner Jugend als unpolitisch betrachtete. Er wollte ein herausragender Me-

diziner werden, erst eine Lateinamerikareise machte ihm deutlich, dass man für eine gute Gesundheitsversorgung eine andere Gesellschaftsordnung braucht. Auch das angebliche Zerwürfnis zwischen Fidel und Che vor dessen Reise nach Bolivien, von bürgerlichen Medien so immer wieder bemüht, konnte Scheer anhand von Aussagen von Aleida Guevara, der Tochter Ches, widerlegen. Ebenso spielten Che Ausführungen zur Wirtschaftspolitik, die zum Teil erst viel später veröffentlicht wurden und in vielen früheren Biografien daher noch nicht verarbeitet werden konnten, eine Rolle in der Diskussion. Che hatte etwa die historische Notwendigkeit der Neuen Ökonomischen Politik Lenins mit marktwirtschaftlichen Elementen anerkannt, aber kritisiert, dass diese später nicht wieder zurückgeführt wurde.

Gesprächsstoff bot auch die zunehmende Entpolitisierung Che durch T-Shirts u. ä. sowie seine Vereinnahmung durch Rechte. Hier kommt der Biografie von André Scheer, die zeigt die Buchvorstellung das Verdienst zu, sich auf den politischen Che ohne die zahlreich kursierenden Anekdoten konzentriert zu haben.

Tiefe Einblicke in das kubanische Leben

Von Marianne Schweinesbein

Wer sich wirklich intensiv beschäftigen will mit dem Leben auf Kuba, den täglichen Anstrengungen, den Zielen und Stolpersteinen, hat als Teilnehmer in der Brigade José Martí 2019 eine einzigartige Gelegenheit dazu.

Anders als vielleicht die ersten Assoziationen bei einer Arbeitsbrigade sein mögen – auf Feld arbeiten, tropfender Schweiß und so weiter – bietet dieser dreiwöchige Aufenthalt ein ganzes Kaleidoskop von unterschiedlichsten Eindrücken aus allen Bereichen des kubanischen Alltags.

Die vormittäglichen Arbeitseinsätze auf den Feldern, in Orangenhainen oder Gärtnereien rund um das Campamento sind zwar tatsächlich ganz schön schweißtreibend, aber nach 4,5 Stunden geschafft. Nach dem kräftigen Mittagessen und einer kurzen Mittagssiesta geht es weiter zum Nachmittagsprogramm.

Da kommen dann schon mal interessante Gäste ins Campamento

wie beispielsweise Parlamentsmitglieder, die zu den aktuellen Herausforderungen bei der Umsetzung der neu beschlossenen Verfassung anschaulich berichten. Sie beantworten jede Frage und stellen so nebenbei den Aufbau der demokratischen Strukturen von der Basis im Stadtteil (barrio) bis zum obersten nationalen Parlament vor. ÄrztInnen schildern die Probleme krebserkrankter Kinder, weil Medikamente zur Linderung ihrer Symptome unter US-Patente fallen und nicht von Kuba eingekauft werden können aufgrund der US-Blockade gegen Kuba. Alle zwei bis drei Tage finden solche Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit spannenden Gesprächspartnern im Campamento statt.

Auch außerhalb des Campamentos gibt es nachmittags oft spannende Programmpunkte: Bei Besuchen in sozialen oder kulturellen Einrichtungen in den verschiedensten Stadtvierteln lernen die Brigadista neue Aspekte kubani-

schen Alltagslebens kennen, die oft so ganz anders sind als unsere eigenen Erfahrungen in einem kapitalistisch organisierten Staat Europas.

Auch historisch bedeutende Orte werden besucht, wie z. B. die ganz neu eingerichtete Gedenkstätte der Subversion und des Terrors gegen Kuba oder das „Memorial José Martí“ am Platz der Revolution.

Die reichen Eindrücke des Tages lassen sich am Abend abrunden mit kubanischen KünstlerInnen, die aus den Nachbargemeinden zu Musik und Tanz ins Campamento kommen und beim Abtanzen zu nächtlicher Discomusik oder dem Austausch mit den Brigadista aus anderen Ländern Europas bei Mitternachtsgesprächen an der Bartheke.

Noch sind einige in der Brigade Plätze frei:

Informationen über die Geschäftsstelle der FG BRD-Kuba (info@fgbrdkuba.de)

Solidarität und Einigkeit

26. Jahreshauptversammlung des Netzwerk Cuba

Von Angelika Becker, Vorsitzende des Netzwerks Cuba e. V.

Traditionsgemäß in Essen fand am 2. Februar 2019 die JHV des Zusammenschlusses von Kuba-Solidaritätsgruppen aus ganz Deutschland und von Einzelpersonen statt. Als Gast aus Kuba nahmen Noemí Rabaza Fernández, Vizepräsidentin des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP) und die Leiterin der Außenstelle der kubanischen Botschaft in Bonn, Yamari Pérez Viega, sowie Lisset González López von der Botschaft in Berlin und weitere Botschaftsangehörige teil.

Noemí überbrachte die Grüße von Fernando González Llort, dem Präsident des ICAP und Held der Republik Kubas, und zudem einen Aufruf des ICAP zur Solidaritätskampagne „Freiheit für Lula“ unter der Überschrift „LULA LIBRE, YA“ – eingeschlossen werden auch Dilma Rousseff y Cristina Fernández de Kirchner: Alle Drei stehen für die Versuche, Kämpfer für Fortschritt und das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit juristischen Mitteln aus dem Verkehr zu ziehen. Selbstverständlich schloss

sich die Versammlung diesem Aufruf zur Solidarität an.

Natürlich lag der Schatten der aktuellen Ereignisse in und um Venezuela über dem Treffen, so dass auch eine Resolution zur uneingeschränkten Solidarität mit Nicolás Maduro, dem rechtmäßig gewählten Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela, verabschiedet wurde, die sich auch gegen die Politik der EU und der Bundesregierung zur Unterstützung des selbsternannten Übergangspräsidenten Juan Guaidó richtet.

Neben der Neuwahl des Vorstands des Netzwerks – er blieb weitgehend der alte, zwei Mitglieder hatten nicht mehr kandidiert, drei weitere Mitglieder stellten

sich erfolgreich zur Wahl – stand ausgehend vom Rechenschaftsbericht die Arbeitsplanung der Organisation für 2019 im Vordergrund. Inhaltlich steht der Kampf gegen die Blockade Kubas, deren nochmalige Verschärfung gegenwärtig angedroht wird, im Vordergrund – insbesondere auch die extraterritorialen Auswirkungen,

die sich nicht nur auf Kuba äußerst negativ auswirken, sondern auch die Entwicklung von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der EU, Deutschland und Kuba zum gegenseitigen Vorteil behindern. Dabei

Der neue Vorstand des Netzwerk Cuba

- Angelika Becker,**
Vorsitzende FG BRD-Kuba Stuttgart, Cuba Sí
- Edgar Göll,** stellv. Vorsitzender FBK Berlin
- Anke Amedegnato,**
Kassiererin FG BRD-Kuba
- Hanno Hehr,** HCH Bochum
- Wolfgang Mix,**
FG BRD-Kuba Hamburg
- Brigitte Schiffler,**
Cuba Sí Hamburg
- Marianne Schweinesbein,**
FG BRD-Kuba Nürnberg
- Frank Schwitalla,** Cuba Solidarität konkret Bremen

tischen, partizipativen Prozess zur Verabschiedung einer neuen Verfassung als Teil eines umfangreichen Erneuerungsprozesses, ist weiterhin unsere Aufgabe. Die JHV gratulierte dem kubanischen Volk und seiner Führung zum 60. Jahrestag der Re-

sollen die Europawahlen (sie heißen so, auch wenn sie sich nur auf die EU beziehen) als Anknüpfungspunkt bei Kandidaten und Abgeordneten genutzt werden, möglichst im Rahmen einer europaweiten Aktion.

Die Verbreitung von Informationen über die Realität in Kubas, gegenwärtig insbesondere über den demokra-

volution und aus diesem Anlaß wird am 18. 5. 2019 in Bochum eine größere Veranstaltung durchgeführt, in deren Zentrum das Erbe Fidels und seine Bedeutung auch für unsere Kämpfe stehen wird. Interessante Persönlichkeiten aus Kuba haben ihre Teilnahme bereits zugesagt.

In den letzten Jahren haben wir gemeinsam mit Partnern zwei Jugendkonferenzen durchgeführt, bei der jeweils der Wunsch nach einer Folgeveranstaltung geäußert wurde, so dass wir jetzt eine dritte planen.

Durch alle Debatten zog sich wie ein roter Faden die Betonung der Notwendigkeit der Nutzung der sozialen Medien, die wir nicht dem Feind überlassen dürfen, der sich ihrer sehr erfolgreich bedient. Die Kuba-Solidarität muss stärker werden, insbesondere unter den jungen Menschen.

Dafür stehen der neue Vorstand und die Mitglieder in Einigkeit

ANZEIGE

ARBEITERLOGIK

ist die Logik derer, die von ihrer Arbeit leben.

Sie unterscheidet sich von der »Logik« der Kapitalisten und deren Hand- und Kopflanger.

Ob »Nationen«, ob »Völker«, ob »Religionen« – keiner der erfundenen Widersprüche zählt für die Arbeiterlogik. Sie begreift die Welt aus dem, was ist. Das ist handfest – und braucht keine Verschwörungen und geheimen Mächte.

Jeder kann sie verstehen, sie ist wie das Abc.

Bücher mit Arbeiterlogik sind auf www.gutes-lesen.de.

Verlag Wiljo Heinen

Richtigstellung

In der letzten Ausgabe der CL wurde in dem Artikel „Eine kleine Revolution innerhalb der Revolution“ durch ein Versehen vergessen, die ersten drei Absätze als Zitat zu belegen. Der Artikel, aus dem die Absätze stammen, erschien in der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ am 28. September 2018.

Fidels Ideen leben weiter!

Von Brigitte Schiffler

Am 18. Mai 2019 soll es dazu auf einer Konferenz in Bochum einen Austausch geben. Das Netzwerk Cuba e.V. und seine Mitgliedsorganisationen rufen dazu auf, die Bedeutung von 60 Jahren Kubanischer Revolution zu würdigen. Die Umgestaltung der Gesellschaft zu einem freien und unabhängigen Land mit großen sozialen Errungenschaften unter aktiver Teilnahme der gesamten Bevölkerung ist eine gewaltige Leistung. In der Bundesrepublik findet das wenig Beachtung, deswegen sollen die Errungenschaften Kubas mit gewerkschaftlichen Zielen und denen von Aktivisten der Umwelt-, Friedens-, Frauen- und anderen Bewegungen in unserem Land abgeglichen werden.

Eingeladen sind zwei Gäste aus Kuba mit hervorragender Kenntnis der Geschichte Kubas und Fidel Castros herausragender Rolle dabei: Elier Ramírez Canedo ist Historiker und Autor. Er war Vorsitzender der Studentenföderation in Havanna und ist derzeit Abgeordneter im kubanischen Parlament. Francisca López Civeira ist emeritierte Professorin und Autorin zahlreicher Werke. Gegenwärtig ist sie Leiterin beim Aufbau eines Institutes für das geistige Vermächtnis Fidel Castros in Havanna.

Ramón Ignacio Ripoll Díaz, Botschafter der Republik Kuba in Deutschland, wird teilnehmen. Volker Hermsdorf, der sich als Journalist und Autor zahlreicher Artikel und Bücher über Kuba einen Namen gemacht hat, spricht über die Bedeutung der Kubanischen Revolution für uns und nimmt am Abschlusspodium teil. Ein Höhepunkt wird sicher die Lesung Rolf Beckers – Schauspieler, politischer Aktivist und Gewerkschafter – sein, der Fidel Castros „Die Geschichte wird mich freisprechen“ vorträgt.

Es wird auch weitere Kulturbeiträge geben, eine Fotoausstellung und Arbeitsgruppen u.a. zu Frieden, Internationalismus, sozialen Menschenrechten, globalen Herausforderungen, Demokratie und Rechten der Frauen. Ausklang mit Musik.

Die Konferenz findet am 18. Mai 2019 von 11.00 bis 22.00 Uhr im Kulturhaus Thealozzi in Bochum statt. Zwecks besserer Planung

und wegen begrenztem Platz wird um Anmeldung bei info@netzwerk-cuba.de gebeten. Der Eintritt ist frei, um niemanden mit geringem Einkommen von der Konferenz auszuschließen, aber Unterstützungsbeiträge sind willkommen.

Mehr Informationen zur Konferenz unter www.netzwerk-cuba.de

60 Jahre
Cubanische Revolution
Fidels Ideen leben weiter!

Konferenz in Bochum
Kulturhaus Thealozzi
Pestalozzistr. 21

Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.
Infos: www.netzwerk-cuba.de
Info@netzwerk-cuba.de

Samstag 18. Mai 2019
10-22 Uhr

mit Gästen aus Cuba, Referaten, Arbeitsgruppen, Kultur und mehr

Rolf Becker liest Fidel Castro

#60YMÁS

Das sozialistische Kuba vor neuen Herausforderungen

Kuba-Konferenz der Partei „Die Linke“

Von Marion Leonhardt



Bernd Rixinger und Ramon Ripoll (r.).
Foto: Marion Leonhardt

Am 26. Januar 2019 veranstaltete die Linkspartei eine Kuba-Konferenz. Partei-Kovorsitzender Bernd Rixinger eröffnete die Konferenz. Kuba sei eine Insel umgeben von einem Haifischbecken und existiere noch. Das allein sei eine Errungenschaft.

Als kubanische Gäste gaben neben Ramon Ripoll Diaz, dem Botschafter Kubas in der Bundesrepublik, Joaquín Bernal Rodríguez (Abgeordneter und Spezialist für Rechtsfragen, ZK der PCC) und Adalberto Ronda Varona (Direktor des Zentrums für Internationale Politikforschung/Centro de Investigaciones de Política Internacional – CIPI) authentisch und kenntnisreich über den Verfassungsprozess und die US-Blockade gegen Kuba sowie die aktuelle Situation in Lateinamerika Auskunft.

US-Blockade behindert Kubas Wachstum

Ramon Ripoll Diaz betonte, dass Kuba seit 60 Jahren von Finanzmitteln abgeschnitten sei durch die

US-Blockade, wobei Kuba täglich ein Schaden von 12 Millionen USD entstehe. Zugleich drohe Trump damit, Teil III des Helms-Burtongesetzes zu aktivieren. Dies wäre eine weitere drastische Verschärfung und Ausdehnung der Blockade: Teil III besagt, dass die Rechtsprechung der USA außerhalb ihres Territoriums angewendet werden soll. Er legt fest, dass kubanische Unternehmen und Personen sowie die Unternehmen von Drittländern von den ehemaligen Besitzern beschlagnahmten kubanischen Eigentums oder deren Nachfolgern für Schäden wegen „Illegalen Handels“ mit beschlagnahmtem Eigentum zur Verantwortung gezogen werden können vor US-Gerichten. Das alles widerspricht Internationalem Recht, doch soll es Kubaner verunsichern, sie um Schulen, Fabriken, Häuser bangen lassen und ausländische Investoren abschrecken.

Ramon Ripoll wies angesichts der Aggression der USA und der aktuellen Situation in Venezuela darauf hin, dass das, was gerade in Venezuela passiert, auch Kuba passieren könne.

Panel zur Verfassungsreform

Joaquín Bernal zeichnete die Änderung der Verfassung seit 1976 nach. 1992 erfolgte die erste Reform mit dem Ziel, das politische System aufrecht zu erhalten und Kuba wieder stärker an Lateinamerika anzubinden. 2002 kam dann die zweite Reform mit breiter Unterstützung der Bevölkerung als würdige Antwort auf die Bedrohung durch die US-Regierung. Kuba erklärte sein politisches System als „unwiderruflich“ und werde nie zum Kapitalismus zurückkehren. Mit der jetzigen Reform erfolge die Anpassung an die an die heutigen Gegebenheiten,

gekennzeichnet durch die verabschiedeten lineamientos insbesondere zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und dem Entwicklungsplan bis 2030. Bernal betont den partizipativen Prozess der Verfassungsreform und die positiven Rückmeldungen der Bevölkerung. Es gehe um die Stärkung des Rechtsstaats und um soziale Gerechtigkeit, um Stabilisierung. Prof. Dr. Heinz Bierbaum, Vorsitzender der IK der PDL, hob hervor, dass die Kubanische Verfassung auf Arbeit gründe. Und Arbeit sei nach Marx Konstituenz des Menschseins, so wie sie auch die Kubanische Verfassung verstehe.

Situation in Lateinamerika

Adalberto Ronda schätzte die Situation in Lateinamerika und der Karibik als sehr heikel ein – wobei aber Kuba aber andere Schwierigkeiten als die anderen Länder habe. Die Situation in Venezuela könne durchaus zu einem Bürgerkrieg führen. Er kritisierte, dass es vielen Medien und Politikern darum gehe, ob etwas war oder erfunden sei. Maduro sei immer verhandlungsbereit gewesen und die Mehrheit der Bevölkerung sei für die Beibehaltung seiner Regierung. Bei einem Scheitern der Bolivarischen Revolution wären alle Bodenschätze Venezuelas verloren. Venezuela sei ein sehr symbolträchtiges Land, wenn Venezuela was passiert, sei auch Kuba betroffen und die Lage in ganz Lateinamerika würde sich verschlechtern. Achim Wahl, ehemaliger Diplomat der DDR in Kuba und Lateinamerika, sah eine Verschärfung des Klassenkampfes in Lateinamerika. Das größte Problem seien die US-Militärbasen in Kolumbien. Aufgabe der Linken sei es nicht, hier Äquidistanz zu üben, sondern sich gegen eine solche Entwicklung zu stellen.

Jahresauftakt im Zeichen Kubas

Von Marion Leonhardt

Der Jahresbeginn im 60. Jahr der Kubanischen Revolution stand auch in Berlin in Verbindung mit der XXIV. Rosa-Luxemburg-Konferenz – ausgerichtet von der Tageszeitung junge Welt – ganz im Zeichen Kubas. Eine Konferenz mit 3100 Besuchern und eine Woche mit Kuba-Veranstaltungen, die in diesen schwierigen Zeiten Orientierung, Kraft und Stärke gaben.

Eine absolute Bereicherung für die Konferenz waren die beiden kubanischen Beiträge mit Abel Prieto und Eduardo Sosa.

Eduardo Sosa

Der kubanische Liedermacher Eduardo Sosa eröffnete den Kuba-Part der Konferenz. Er begeisterte mit Liedern der kubanischen Trova – und das nicht nur bei den Liedern von Silvio Rodriguez. Die Menschen hielt es zum Teil nicht mehr auf den Stühlen, es wurde getanzt oder zumindest mitgeklatscht.

Man spürte – und das machte es besonders – dass beide, Publikum und Sänger, eine tiefe Liebe zu Kuba verbindet.

Kubas Kulturpolitik

Abel Prieto, ehemaliger Kulturminister Kubas (1997 bis 2012 und 2016 bis 2018), sprach über Kultur und Kulturpolitik der roten Insel.

Vor dem Sieg der Kubanischen Revolution hatte die Bourgeoisie quasi die USA kopiert, ihre Kinder zum Studium in die USA geschickt. Doch war es trotzdem nicht gelungen, die kubanische Kultur zu zerstören

„Die kubanische Kultur war zu reichhaltig und zu tief verwurzelt. Die Religiosität war demokratisch“, erklärte Abel Prieto, warum die kubanische Kultur überlebte.

Abel Prieto betonte, wie wichtig es für den Erfolg der Revolution sei, nicht nur die materiellen Bedingungen der Menschen zu verbessern, sondern auch einen kulturellen Wandel zu vollziehen. Hier sei Kuba auf einem guten Weg, auch wenn es Rückschläge gebe. So bereite ihm die Verflachung der Qualität der kommerziellen Massenproduktion im Kino sowie die Qualität der Musik Sorgen. Er sei aber sicher, dass Kuba hier etwas entgegengesetzen könne.

(Siehe auch das Interview mit Abel Prieto in dieser Ausgabe)

Manifestation zum 60. Jahrestag der Kubanischen Revolution

Diese Ehrung der Kubanischen Revolution verwandelte die Konferenz in eine Festveranstaltung. André Scheer, Leiter der Auslandsredaktion der jungen Welt und Kuba-Kenner, bat nach dem Podiumsgespräch Vertreter aller Solidaritätsgruppen, die lateinamerikanischen Delegationen und den Koordinator der Vereinigung Schweiz–Cuba, Samuel Wanitsch, auf die Bühne. Sämi trug mit kenntnisreichen, berührenden Worten und viel Schweizer Charme im Namen aller eine Manifestation zum 60. Jahrestag der kubanischen Revolution vor. Er würdigte die Verdienste Kubas beim Aufbau einer anderen, besseren Gesellschaft und Kubas große internationalistische Hilfe.

Gesprächsrunde in der jW Ladengalerie

Am Montag nach der RLK ging es weiter mit einer Gesprächsrunde mit Abel Prieto in der jW-Ladenga-



Manifestation während der Rosa-Luxemburg-Konferenz zum 60. Jahrestag der Kubanischen Revolution.
Foto: Tom Brenner

lerie, moderiert von Andre Scheer. Es war eine wunderbare Gelegenheit, mit Abel Prieto ins Gespräch zu kommen. Er begeisterte mit seinen sachkundigen und klugen Ausführungen zu vielen aktuellen Fra-

gen der kubanischen Politik. Viele nutzten die Gelegenheit zum Austausch mit dem ehemaligen Kulturminister.

Eduardo Sosa erfreute danach mit kubanischer Trova.

Es war fast wie eine kleine RLK und wird uns lange in Erinnerung bleiben. Es war spürbar und erlebbar, warum Kuba der Leuchtturm für alle fortschrittlichen Menschen auf der Welt ist.



Gesprächsrunde mit Abel Prieto (m.) in der Ladengalerie der jungen Welt. Foto: Marion Leonhardt

Konzert im Konsulat

Am Donnerstag gab es ein Konzert mit Eduardo Sosa im Kubanischen Konsulat. Das Publikum begeistert, einen Abend mit ihm zu erleben und eine größere Bandbreite seines Könnens erleben zu können. Die Stimmung steigerte sich von Lied zu Lied. Später kamen noch andere kubanische Musiker hinzu. Gemeinsam heizte man dem Publikum richtig ein, eine tolle Session. Man merkte allen Musikern die Freude am Musizieren an.

ANZEIGE

GRATIS UZ 6 Wochen probelesen – als Druckausgabe und online!



Ich möchte die UZ 6 Wochen probelesen. Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Coupon ausschneiden und einsenden: CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
 Tel: 0201 - 17 78 89 - 23 . Fax: 0201 - 17 78 89 - 28 . E-Mail: info@unsere-zeit.de . www.unsere-zeit.de

Danke Kuba für dein Vorbild

Grußwort von Samuel (Sämi) Wanitsch von der Vereinigung Schweiz-Cuba während der Rosa-Luxemburg-Konferenz zum 60. Jahrestag der Kubanischen Revolution

Hochwillkommen, liebe Schwestern und Brüder aus Kuba, liebe Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde, Kämpferinnen und Kämpfer für die gerechte Sache!

Es ist mir eine große Ehre, diese Grußbotschaft der internationalen Solidarität zur Feier der seit 60 Jahren erfolgreichen kubanischen Revolution hier anlässlich der Rosa-Luxemburg-Konferenz einbringen zu dürfen.

Meine Herkunft ist unüberhörbar und eigentlich unwichtig. Ich muss aber aus besonderem Grunde festhalten, dass ich mich für die Politik meines Landes aktuell besonders schäme.

In zehn Tagen wird nämlich anlässlich des World Economic Forum (WEF) in Davos in den Schweizer Bergen den schlimmsten Übeltätern an Mensch und Natur der Teppich ausgelegt – ich sage wohlweislich nicht der rote, wenn schon, dann der braune – und zum globalen Monopoly eingeladen und dabei auch die sogenannte direkte Demokratie vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Banker, CEOs der schlimmsten multinationalen Konzerne, Patriarchen, Oligarchen, Multimilliardäre pokern und dealen mit willfährigen Regierungen und auch mit Faschisten wie Bolsonaro um den irdischen Kuchen, respektive um die Ressourcen der Menschheit. Im Klartext: Das kapitalistische Monster zeigt in Davos sein telegenesisches Gesicht.

Es ist genau das Monster, das seit Jahrzehnten Kuba mit kriminellen Sanktionen verschiedenster Art zu drangsalieren versucht, nachdem es vor 60 Jahren von todesmutigen und selbstlosen Kämpferinnen und Kämpfern von der wunderschönen Insel vertrieben werden konnte.

Jetzt sind wir hier, um diesen Protagonisten um Fidel und Raúl Castro, Frank País, Camilo Cienfuegos, Juan Almeida, Che Guevara und wie sie alle heißen, und genauso den engagierten starken Frauen wie Vilma Espín, Celia Sanchez, Haydée Santamaria, Melba Hernández, Aleida March die Ehre zu erweisen.

Deren Hoffnung und Überzeugung, dass sich auch die nachkommenden Generationen genauso konsequent für dieselben Ideale einsetzen werden, ist mit dem Fortbestand der kubanischen Revolution bis zum heutigen Tag eindrücklich untermauert. Zehntausende von Kubanerinnen und Kubanern haben sich auch im Ausland für bessere und gerechtere Verhältnisse eingesetzt, sei es in Befreiungskämpfen in Äthiopien, Angola und Südafrika oder in der neueren Zeit als Ärztinnen und Ärzte in den entlegensten Ecken dieser Erde.

Auch die im Volk bereits gelobte Amtsführung von Miguel Díaz-Canel als Präsident und die laufende Verfassungsreform bestätigen die Kontinuität in der sozialistischen Politik. So ist Kuba Stern der Hoffnung für alle Unterdrückten dieser Welt geworden – und geblieben.

Aber nicht nur für sie, auch für uns, die wir unter ganz anderen Bedingungen leben, aber dieselben Ideale haben, ist Kuba ein Fixpunkt und Orientierungshilfe im Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Frieden.

In gelebter internationalistischer Solidarität ist uns Kuba das große Vorbild. Legen wir also gleich viel Kraft, Zärtlichkeit und Liebe in unser Engagement für eine bessere Welt, so wie wir das vom kubanischen Volk kennen.

Otro mundo es posible, gracias Cuba por tu ejemplo! (Eine andere Welt ist möglich, danke Kuba für dein Vorbild!)

Viva Cuba y su Revolución!

Instrument der Gegeninformation und Aufklärung

Zum 25. Jubiläum der deutschsprachigen Ausgabe der Granma Internacional

Von Jonas Pohle, Vertriebsleitung Verlag 8. Mai

„Wenn die Fahrten von Christoph Kolumbus Kuba mit Spanien verbinden, wenn der Sklavenhandel tiefe Beziehungen zu Afrika geschaffen hat, dann kann man auch schlussfolgern, dass die Forschungen Alexander von Humboldts die Insel mit den besten Traditionen Deutschlands verknüpfen. Dennoch gab es bis heute keine kuba-

nische Zeitung in deutscher Sprache. Um diese moralische Verpflichtung zu erfüllen und die Informationsblockade, die über das kubanische Volk und seine Revolution verhängt wurde, zu brechen, erscheint Granma Internacional in deutscher Sprache. Sie bietet ein Panorama des lateinamerikanischen Geschehens, das von

der großen Presse fast ausgeklammert wird.“

Mit diesen Worten begann das Editorial der ersten Ausgabe der deutschsprachigen Granma Internacional. Die Nullnummer der von der Kommunistischen Partei Kubas herausgegebenen Zeitung erschien im Mai 1994. An Aktualität hat der im Editorial formulierte Anspruch bis heute nichts verloren. Es herrscht nach wie vor eine Informationsblockade der „großen Presse“ gegen die sozialistische Insel – mit Ausnahme der linken Tageszeitung junge Welt und einigen Publikationen der Solidaritätsgruppen. Hinzugekommen sind auch digitale Medien mit tiefgründigen Hintergrundbeiträgen, wie z. B. das Blog Cuba Heute.

Bei der Granma Internacional geht es darum, die kubanische Sichtweise ungefiltert darzustellen, ohne durch die europäische Brille zu schauen. Dafür ist auch eine schnelle Zustellung bei ihren deutschen Leserinnen und Lesern wichtig. Das ist seit Januar 2017 gegeben, denn seither wird der Vertrieb durch den Verlag 8. Mai organisiert, in dem auch die Tageszeitung junge Welt und das Kulturmagazin Melodie & Rhythmus erscheinen. Die Redaktion in Havanna erstellt die Inhalte und schickt die Druckvorlagen nach Berlin, wo die Zeitung gedruckt und versendet wird. Innerhalb weniger Tage landet sie in den Briefkästen der Leserinnen und Leser.

Nach dem ersten Jahr der Vertriebstätigkeit erlebte der Verlag die Folgen der US-Blockade. Die Hausbank des Verlages, die Postbank, weigerte sich „aus geschäftspolitischen Gründen“, die erwirtschafteten Überschüsse in Höhe von knapp 10.000 Euro nach Havanna zu überweisen. „Wir dürfen

ANZEIGE

Granma Internacional bestellen!
 Monatlich authentische Informationen aus Kuba – in deutscher Sprache

• unter www.jungewelt.de/granma
 • per Abotelefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82
 • oder nutzen Sie untenstehenden Coupon

Einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH/Granma, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48.

Ja, ich bestelle die deutschsprachige Ausgabe der Zeitung Granma Internacional für mindestens ein Jahr.

Das Abo verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn ich es nicht sechs Wochen vor Ende des jeweiligen Liefer-/Rechnungsjahres (Poststempel) bei Ihnen kündige. Für Lieferungen ins Ausland werden 5,00€/Jahr Zusatzporto berechnet.

Frau Herr Cuba libre

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Land

Telefon/E-Mail

Ich bestelle das Normalabo (18 €/Jahr) Förderabo (33 €/Jahr)

Das Abo bezahle ich per Rechnungslegung

Datum/Unterschrift

keine Überweisungen nach Kuba bearbeiten“, erklärte eine Mitarbeiterin des sogenannten „Servicecenters e-Banking Ausland“ lapidar.

In den letzten beiden Jahren konnte der Bestand an bezahlten Abonnements deutlich gesteigert

und somit für eine größere Verbreitung der kubanischen Sichtweise gesorgt werden. Im Jubiläumsjahr nehmen wir uns wieder ein ambitioniertes Ziel vor: Gemeinsam mit den Gruppen der Solidaritätsbewegung in der BRD, Österreich und der Schweiz wollen

wir 250 neue Abonentinnen und Abonnenten für die deutsche Ausgabe der Granma Internacional gewinnen. Im Abonnement kosten zwölf Ausgaben im Jahr nur 18 Euro bzw. 36 Euro im Förderabo (inklusive Zustellung, im Ausland zzgl. 5,00 Euro/Jahr).

Happy Birthday, Deutsche Granma

Unsere internationale Ausgabe des berühmtesten kommunistischen Parteiorgans der Welt wird 25

Von Ulli Fausten und Renate Fausten

25 Jahre ist sie nun alt, die deutsche Ausgabe der Granma Internacional und die letzten fünf Jahre gehörten wir dazu. Unsere beiden Kolleginnen aus der ehemaligen DDR sind schon länger dabei, aber keiner von uns war Teil des Gründungsteams. Wie kam es nun dazu, dass die Granma in deutscher Sprache entstand?

Im Sommer 1993 fand das Treffen der Europasolidarität mit Kuba in Havanna statt. Die Solibewegten schoben einerseits Frust, da sie sich seit geraumer Zeit schon mit der sog. „kritischen Solidarität“ zu beschäftigen hatten (die im Grunde gar keine Kubasolidarität mehr war). Man fetzte sich auf Bundesdelegiertenkonferenzen bis an den Rand körperlicher Auseinandersetzungen. Die ganze Bewegung drohte zu zerbrechen, während die Dienste sich die Hände rieben. Aber dies waren deutsche – und europäische – Befindlichkeiten, die verückterweise in Havanna auf eine Euphorie trafen, die daher rührte, dass Kuba bei den Panamerikanischen Spielen in der eigenen Hauptstadt zum ersten (und einzigen) Mal die Vereinigten Staaten von Amerika im Medaillenspiegel auf den zweiten Platz verwiesen hatte. Als bei einem Solitreff im Theater der Villa Panamericana unversehens dann auch noch Fidel auf-

tauchte (Man stelle sich vor: Fidel Castro Ruz vor 200 Leuten!), gab es vor Begeisterung kein Halten mehr. Der Alkoholkonsum mag sein Übriges getan haben. Das ist nicht mehr wichtig. Wichtig ist, dass im Zauber des Augenblicks in der deutschen Delegation der Gedanke reifte, etwas zu tun, das nachhaltig sinnvoll wäre, und da kam man (Gabi Ströhlein als Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und Heinz W. Hammer als Netzwerkvorsitzender) darauf, sich in die Granma Internacional einzureihen. Auch die Gruppe Cuba Si (vor allem in der Person Reinhard Thiel) bot ihre Unterstützung an. Ein paar Geburtswehen gab es noch, aber im Mai 1994 erschien die deutsche Erstausgabe. Der Rest ist Geschichte.

Wie sieht nun unser Alltag aus?

Das kehlige Hupen klingt vertraut. Das ist Carlos' grauer Skoda. Eine volle Woche war er in betriebseigener Reparatur. Jetzt ist er scheint's für ein paar Tage wiederhergestellt. Wer in diesem Wagen sitzt und seinen unbeschreiblichen Geräuschen lauscht, dem kommen Assoziationen an Zombiefilme aus den „Hammer Productions“ der 60er Jahre. Diese Auto ist ein Untoter, den man nicht in

Würde sterben lässt. Solange es in der Granma-Werkstatt noch unbestimmte Röchellaute von sich gibt, wird es gnadenlos reanimiert.

Unser Arbeitstag in der Granma beginnt gegen 8.30 Uhr mit dem Transport dorthin. Das war nicht immer so. Das erste halbe Jahr über liefen wir bei Sonnenschein und Regen unverdrossen fünf Tage die Woche den Hügel zur Plaza de la Revolución morgens rauf (40 min) und nachmittags wieder runter (35 min), bis wir merkten, dass die französische und die italienische Abteilung gefahren wurden. Als wir fragten „Und warum wir nicht?“, reagierte der Fahrdienst mit einiger Verblüffung: „Was? Wir hatten gedacht, ihr tötet das aus Gesundheitsgründen.“

Die Taschenkontrolle im Foyer des Gebäudes ist – zumindest bei bekannten Gesichtern – eher lax, und die Identitätskarte, die einen als Mitarbeiter der Zeitung ausweist, muss man auch nicht immer zeigen. Ob es der Aufzug tut, erfahren wir meist bei ebendieser Kontrolle. Tut er es nicht, muss man vier ziemlich weit voneinander entfernte Stockwerke über die Spitzkehrentreppe bewältigen. Schlachtenbummler klatschen einem dann von den Absätzen der Etagen aus Beifall und rufen „Animo! Animo!“ (Nur Mut!).

Unser – geräumiges! – Büro ist zeitlos funktional: Metallregale, für die Ewigkeit gemacht, und viel Resopalzeugs. Was wir gemacht haben, um so viel Hässlichkeit zurückzudämmen? Viele Poster an die Wände gepappt: Diverse Ches, Fidel, vom Panzer springend in Girón, Hatuey, Sandino, Camilo Torres, Patrice Lumumba. Ich hatte anfangs geglaubt, so einen Arbeitsplatz könne man keiner der sich mitunter ankündigenden – und oft recht großen – Delegationen aus der Kuba-Soli oder der Gewerkschaft zumuten. „Die prallen in der Tür zurück“, hatte ich gedacht. Aber so ist es gar nicht. Vielmehr scheinen die meisten fast zu Tränen gerührt, zu sehen, unter welchen Bedingungen manche Leute arbeiten. Klaus Piehl von der Humanitären Kubahilfe Bochum sprach sogar von einem „magischen“ Ort.

Aber das sind nur die äußeren Bedingungen. Die inneren Bedingungen sind eine weit komplexere Angelegenheit. Wir sind dem Himmel dankbar, dass wir nur eine Monatszeitung machen müssen. Unsere beiden Kolleginnen aus der englischen Abteilung halten sich vermutlich mit allerlei Tages- und Nachtcremes in Form, denn angesichts der Knochenarbeit, die sie mit ihrer Wochenzeitung leisten, hätten sie jedes Recht, frühverhärmt auszusehen.

Außer der englischen Ausgabe erscheinen noch die französische und die portugiesische wöchentlich. Ausgangspunkt für sie ist die Wochenausgabe der Granma Internacional in Spanisch, die besagte drei Abteilungen 1:1 in ihr jeweils eigenes Idiom übersetzen sollen. Also alles. Auch das, was uns für unsere Leserschaft nicht



Die gedruckte Ausgabe ...

unbedingt passend erscheint. Auch das, was sinnlos ist (wenn etwa von der nationalen Granma ein Beitrag über das Wahlsystem in Frankreich übernommen wurde und unsere Gloria sich fragt: Das mag ja ganz informativ für die Kubaner sein, aber was, bitte schön, sollen meine Franzosen damit anfangen?). Und schon kommt Sand ins Getriebe der – nur im Idealfall – bienenemsgigen Übersetzerei, und man muss sich Alternativen überlegen (und diese mit der Leitung absprechen!), wofür man unter dauerndem Termindruck stehend eigentlich gar keine Zeit hat.

Wohlgemerkt: Ich spreche hier von unseren Kollegen. Im Ver-

gleich zu denen haben wir in der deutschen Abteilung, in der weiß Gott auch nicht immer alles rund läuft, ein Leben wie Kuchen! Unsere 16seitige Monatsausgabe ist nicht das Gegenstück zu einer 16seitigen Wochenausgabe, sondern setzt sich aus vier Wochen Ausgaben zusammen, was eine Auswahl ermöglicht und damit zwangsläufig redaktionelle Arbeit erfordert.

Eines Tages saß ich vor einem Beitrag, den eine Kollegin aus unserer Abteilung übersetzt hatte, die ihrerseits mit dem Ergebnis genauso kreuzunglücklich war wie der Rest von uns. Sie hatte es nicht geschafft

(und das ist auch nicht einfach!), sich von dem gewichtigen, bedeutungsschwangeren, verschwurbelten Stil zu lösen, dessen die Autorin sich befließigt hatte. Und wir konnten das Ding nicht wegdrücken. Es musste in die nächste Ausgabe, denn es war ein Artikel anlässlich des 90. Geburtstags von Fidel. Ach du Schande, dachten wir. Was machen wir denn damit? Die Lösung: Wir schrieben den Text neu. Wir schrieben ihn Satz für Satz neu. Dabei war uns klar, dass wir nicht befugt waren, auch nur die kleinste inhaltliche Veränderung vorzunehmen. Das vermieden wir dann auch peinlichst. Aber ansonsten blieb kein Stein auf dem andern. Die Schreiberin hätte ihr eigenes Produkt nicht wiedererkannt. Dabei war es immer noch ihres, nur war es jetzt in eine Form gebracht, die für eine europäische Leserschaft präsentabel war.

Wir haben das inzwischen ein ums andere Mal wiederholt. Nicht nur für Pflichtaufgaben; manchmal hat man etwas auf dem Schirm, von dem man denkt: Da stecken gute Ideen drin. Wenn sich das bloß nicht so nach Schüleraufsatz anhörte! Dann könnte das glatt was für unsere nächste Zeitung sein. Dann beraten wir uns, und wenn mehrheitlich der Daumen nach oben geht, wird wieder im Geheimen unserer Heinzelmännchen aktiv und bemüht sich um die Form. Nur zuweilen, versteht sich, denn natürlich ist doppelte Arbeit zeitaufwändig.

Als Renate und ich beim Zentralorgan anfangen, hatte man uns zugesagt, auch eigene Beiträge für die deutsche Version schreiben zu können. Dies wird im Augenblick nicht mehr so gern gesehen. Was wir allerdings machen können, ist, bei den regelmäßig stattfindenden Treffen mit der Leitung Vorschläge über Themen zu machen oder Artikel von Autoren vorzuschlagen, die normalerweise nicht für die Granma schreiben, die dann aber von der Granma übernommen werden.

Es soll hier nicht der Eindruck entstehen, als gäbe keine guten Artikelschreiber in der Granma. Damit würde man der Wirklichkeit keinesfalls gerecht. Es stehen durchaus auch Beiträge darin, die man mit Interesse liest. Und wenn man mich fragte, welche Autoren unseres Blattes ich bevorzuge, würden mir schon einige Namen einfallen. Das Problem, warum wir immer wieder – und eher über kürzer als über länger – einen Aderlass besonders an jungen talentierten Mitarbeitern zu beklagen haben, ist ein sehr handfestes: Die Partei zahlt zu wenig. Die Zeitung ist das Parteiorgan des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas und niemand in Kuba verdient weniger, als die Leute, die für das Zentralkomitee arbeiten. Für die Partei arbeitet man aus Überzeugung und allein diese Begeisterung für die Revolution zählt. Die jungen Leute, die zur Granma kommen, sehen das teilweise anders. Sie leisten dort zwei Jahre ab, die sich später auch gut in der Personalakte machen – und dann gehen sie zu Cubadebate oder Prensa Latina. Wer weiß, vielleicht wollen sie ja eine Familie gründen. Manchmal hat man schon das Gefühl, die Zeitung beschwöre immer noch die Aufbruchstimmung der frühen und mittleren Sechziger, als an so verantwortungsvoller Stelle zu wirken den meisten Lohns genug war. Fidel konnte zu allen erdenklichen Tages- und Nachtzeiten erscheinen, sich kräftig in Redaktionssitzungen einbringen und Smalltalk mit den Druckern machen. Es war ein spannendes Leben für die Beschäftigten.

Heute gibt es allerlei Stimuli, um ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen. Man kutschert die Mitarbeiter abteilungsweise an den Strand und veranstaltet Picknicks mit ihnen. Zum Niedrigtarif, versteht sich. Man bittet die Belegschaft zu politisch-kulturellen Akten, teils mit Erfrischungen,

teils sogar mit Essen. Am Ende jedes Monats wird der kollektive Geburtstag derer gefeiert, die im jeweiligen Monat Geburtstag haben. Da biegen sich schon die Tische. Einmal im Jahr ist Billigkauf in der zollfreien Zone in Osthavana. Da ist man gehalten, seinen Ausweis und den Gegenwert von 4 CUC in Moneda Nacional mitzubringen. Damit ist man dann berechtigt, für den Gegenwert von 39 CUC einzukaufen. Ein gutes Geschäft, sofern man Dinge findet, die man brauchen kann. Etwas, das für mein Dafürhalten wirklich zu Buche schlägt, ist der qualitativ ordentliche Mittagstisch in der Kantine. Tägliche warme Mahlzeiten gegen symbolische Pfennigbeträge, und die reichen Frühstücke und Meriendas (Zwischenmahlzeiten) um 10 Uhr und 15:30 Uhr nicht zu vergessen. Trotzdem kann man sich des Gefühls nicht erwehren, dass die allermeisten doch lieber höhere Lohn erhielten.

Soziales Leben am Arbeitsplatz findet auch statt, wenn auch mit gebremstem Schaum. Die verschiedenen anderssprachigen Büros arbeiten allesamt opferbereit und engagiert für Kuba, eine verschworene Gemeinschaft bilden sie hingegen nicht. Dass man abteilungsübergreifend Gespräche, die den Namen verdienen, auf dem Korridor führt, geschieht recht selten. Man tauscht ein paar Höflichkeiten aus, sofern man es nicht gleich beim „Hallo“ im Vorbeigehen belässt. Fast will es einem vorkommen, als hätte man für solcherlei Kontakte keine Energie mehr abrufbar.

Eher haben die Mitarbeiter der einzelnen Sprachbüros herzliche Beziehungen zu den Kubanern in der Internet- oder der Layout-Abteilung. Manchmal ist – wegen eines Geburtstags oder einer nach langer Wartezeit zugestandenen Mitgliedschaft in der PCC, der Partido Comunista Cubano – auch Granma-Internacional-intern Fete angesagt (Lasagne-Blech von Gio-



... und der Facebook-Auftritt.

Daneben gibt es auch eine Online-Ausgabe in deutsch.

ia, equipo italiano, und Thunfischsalat von mir) Alle steuern etwas bei, die Kubaner etwas Kleineres, die Ausländer hängen sich mehr rein, vor allem um den Kubanern eine Freude zu machen. Und sie freuen sich und essen und packen dann noch etwas ein für die Lieben zu Hause. Essen ist kein Spaß. Essen ist nicht Party. Es ist vielmehr eine ernste Angelegenheit. Das wissen sie, seit sie die „periodo especial“ erlebt haben, als sie Krokettchen aus granulierten Hühnerknochen machten und ihren Kindern auf den Dächern ihrer stromlosen Häuser etwas vorsangen, um sie von ihrem Hunger abzulenken. Das Trauma steckt heute noch in ihnen drin. Deshalb hat, wer sich eingedeckt hat, auch kein großes Verlangen, das gesellige Beisammensein über Gebühr auszudehnen. Die meisten sind dann schnell weg. Eine kubanische Kollegin aus der Abteilung Portugiesisch hat das mal beklagt und angeregt, man könne bei solchen Gelegenheiten doch auch Musik hören und tanzen. Bis jetzt ist sie damit bei ihren Landsleuten auf we-

nig Gegenliebe gestoßen. Nichtsdestotrotz

hatten wir schon Feten mit Tanz und Musik und es gibt immer wieder Ansätze für einen solchen geselligen Abend, aber genauso oft kommt etwas dazwischen.

Derzeit sind unerhörte Dinge im Gange. Nachdem man uns jahrelang erzählt hatte, die Chinesen würden die Produktion der Granma umkrempeln – mit nagelneuen, hochmodernen Druckmaschinen und allem Drum und Dran –, machen sie nun wirklich Ernst. Es gibt landesweit drei Druckereien für unsere Zeitung. Eine in Havanna, eine in Santa Clara und eine in Holguín, die allesamt mit vorsintflutlichen Apparaturen arbeiten, die wahre Unmengen an Druckerfarbe und Papier verschwenden. Seit ungefähr einem Jahr übernimmt Havanna die Produktion für Santa Clara mit, denn in Santa Clara baut China gerade die neue Druckerei. Man liegt dort dem Vernehmen nach in den letzten Zügen und wenn man in der Che-Guevara-Stadt fertig ist, beginnt die Montage der Geräte aus Fernost bei uns und unsere Drucker werden von Chinesen instruiert, sie zu bedienen. Delegationen aus dem Reich der Mitte waren schon öfter bei uns, um

sich umzusehen. Unbestätigten Gerüchten zufolge beanspruchen sie, wenn sie da sind, die Toiletten exklusiv für sich, teilen also nicht gerne die Klos mit Nichtchinesen. Mir hat noch keiner von ihnen ein Stoppschild hingehalten, wenn ich pinkeln gehen wollte. Also kann ich aus eigener Erfahrung die Geschichte nicht bestätigen, aber sie wird hartnäckig kolportiert.

Vor kurzem bat uns die Direktorin zur Besprechung, um einige unvermeidbare, vielleicht auch schmerzliche Neuerungen für diese Zeit des Umbruchs anzukündigen. So werden alle Abteilungen der Granma Internacional in einem Großraumbüro untergebracht. Mit fabrikneuen Möbeln! Dass nun aus Platzeinsparungsgründen mein Laptop dem meiner Frau gegenüberstehen wird, ist gewiss ein wenig gewöhnungsbedürftig, aber die Vorstellung, von neuen Möbeln umgeben zu sein – in der Granma – ist der eigentliche Knaller.

Ein kleiner Nachschlag: Natürlich ist es trotz aller Unzulänglichkeiten und obwohl Fidel sich nicht mehr bei uns blicken lässt, ein hohes Privileg, in dieser Zeitung arbeiten zu dürfen. Das, was sich im Hinblick auf Information (oder was anderenorts dafür durchgeht) im zivilisierten Westen abspielt, ginge inzwischen über unsere Kräfte. Dreiwöchige Aufenthalte in Deutschland sind mittlerweile schwer genug. Den lokalen Teil der WAZ lassen wir noch an uns heran, aber die Tagesschau schon lange nicht mehr. Sind wir scharf auf Magengeschwüre? Selbst die potentielle Kriegsgefahr durch die Gemengelage Venezuela-Kuba lässt uns seltsam ruhig bleiben. Das ist wohl, was passiert, wenn man, ohne auch nur den geringsten Schatten eines Zweifels zu verspüren, überzeugt ist, auf der richtigen Seite zu stehen.

mediCuba - beispielhafte Internationale Solidarität

In der Schweiz gründeten engagierte Ärzte 1992 den Verein Medicuba Suisse. Später kam es zur Gründung von Medicuba Europa, dessen Präsident Dr. Franco Cavalli ist. Cuba Libre interviewte ihn zu seinen Aktivitäten und denen seiner Organisation.

Cuba Libre: *Dr. Cavalli, Sie sind einer der renommiertesten Schweizer Krebsärzte. Da ist es sicher nicht vorgezeichnet, so aktiv Internationale Solidarität auf dem Gebiet des Gesundheitswesens mit Kuba zu organisieren. Wie kamen Sie dazu?*

Franco Cavalli: Ich bin ein Alt-68er und war schon zu Zeiten des Vietnamkrieges stark in der Solidaritätshilfe medizinischer Art mit dem vietnamesischen Volk engagiert. Ich bin dann aber vor allem nach dem Sieg der sandinistischen Revolution in Nicaragua wieder aktiv geworden. Bei meinen Besuchen in Nicaragua und vor allem bei der Realisierung unserer medizinischen Projekte dort und später auch in El Salvador habe ich natürlich viele kubanische Ärzte getroffen. Es ist ja so, dass, wenn man im letzten Winkel eines verlorenen Tals auf einen Arzt stösst, dieser mit grosser Wahrscheinlichkeit aus Kuba stammt oder zumindest dort ausgebildet wurde. In Managua habe ich den Direktor des nationalen Krebsinstitutes von Havanna getroffen, der mich sofort nach Kuba eingeladen hat. Deswegen bin ich dann in engeren Kontakt mit dem kubanischen Gesundheitswesen gekommen und habe so gelernt, warum dieses so erfolgreich ist. Das kubanische System basiert auf der hervorragenden Arbeit der Familienärzte, die überall anwesend sind und inmitten ihrer Gemeinschaft leben. In der Tat gibt es einen Familienarzt pro 1000 Einwohner, welche er allesamt mindestens einmal pro Jahr sehen und untersuchen muss. Kommen die Patienten nicht zu ihm, dann muss er (oder sie) zu ihnen nach Hause gehen. Dort habe ich auch erfahren, wie wich-

tig die medizinische Hilfe Kubas für alle unterentwickelten Länder ist. Wie die WHO mehrmals festgehalten hat, stellt das kubanische Gesundheitssystem ein Modell dar, an welches sich alle armen Länder der Welt anpassen sollten. Zudem werden in Kuba tausende von Ärzten aus diesen Ländern ausgebildet. Als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Kuba in eine äusserst schwere wirtschaftliche Krise rutschte (das innere Sozialprodukt verringerte sich um 50 %), wurde dadurch auch das Gesundheitswesen in Mitleidenschaft gezogen und viele Spitäler respektive Abteilungen standen praktisch still, weil keine Ersatzteile für wichtige Apparate mehr zu erhalten waren. So haben wir 1992 in der Schweiz entschieden, mediCuba zu gründen, um dieser äusserst schwierigen Situation im kubanischen Gesundheitssystem entgegenzuwirken und einen Einbruch des Systems zu verhindern, was nicht nur für die kubanische Bevölkerung, sondern auch für diejenige vieler armer Länder eine Katastrophe gewesen wäre.

Cuba Libre: *Die Pharmaindustrie steht im Fokus Ihrer Kritik. Was an deren Agieren kritisieren Sie besonders und wen treffen die Auswirkungen?*

Franco Cavalli: Die Pharmaindustrie denkt nur daran, aus den Menschen den grösstmöglichen Profit herauszuschlagen. In den letzten 30 Jahren wurde sie so umstrukturiert, dass heute alles nur noch auf dem Shareholder-Value-Prinzip basiert, d.h. so schnell wie möglich so viel Geld wie möglich zu „scheffeln“, damit die Börsenquotierung immer nur nach oben

zeigt. Wenn man die Jahresrechnung der führenden pharmazeutischen Monopole anschaut, dann sieht man, dass ihr Gewinn immer um 20–25% herumpendelt. Keine andere Industrie kann solche Gewinne verbuchen, und andere Industriezweige können von solchen Gewinnmargen nur träumen. Aber das geht dann auf Kosten der Patienten und der Gesundheitssysteme. Vor allem auf meinem Gebiet (Onkologie) kosten neue Medikamente, die in den letzten 2–3 Jahren auf den Markt gekommen sind, um 150–160.000 Euro pro Jahr und Patient. Diese Kosten können unsere sozial ausgerichteten Gesundheitssysteme kaum noch tragen und bald werden wir zwei Gesundheitssysteme haben (erste Anzeichen kann man schon heute ganz klar erkennen): eines für die Reichen, eines für die Armen, wobei die letzteren die besseren Medikamente nicht mehr werden erhalten können. Diese Entwicklung, wenn schon bei uns schwerwiegend, ist in den unterentwickelten Ländern aber höchst dramatisch, wo die meisten Patienten auf keine Krankenversicherung zählen können. Deswegen erhalten zurzeit nur ein Bruchteil der Patienten in diesen Ländern die besten Krebsmedikamente. Wegen dieser Preispolitik der Pharmaindustrie sterben jedes Jahr Hunderttausende von Krebspatienten, weil sie sich eben diese Behandlungen nicht erlauben können, und das finde ich höchst unmoralisch und inakzeptabel.

Cuba Libre: *Wer sich mit der Pharmaindustrie anlegt und Kuba unterstützt, seinen eigenen Entwicklungsweg zu gehen, bekommt Gegenwind. Das mussten auch Sie leidvoll erfahren. Im Sommer 2017 waren Sie vom Gesundheitsausschuss des Bundestages als Experte zum kubanischen Gesundheitswesen eingeladen worden. Die F. D. P. widersetzte sich, kon-*



struierte aus falsch wiedergegebenen angeblichen Aussagen Ihrerseits zur Lage der Palästinenser die Todschatzkeule des Antisemitismus, kurz: Sie wurden ausgeladen. Wie ging es eigentlich weiter?

Franco Cavalli: Es war eine furchtbare Geschichte, die mich wirklich sehr mitgenommen hat.

In der Schweiz bin ich bekannt für meinen Kampf gegen den Antisemitismus. Ich habe in eigener Person und auf eigene Rechnung gegen Leute, die antisemitisch aufgetreten sind, prozessiert. Unter den vielen internationalen Auszeichnungen, die ich erhalten habe, gibt es auch eine, die mir in Haifa verliehen wurde. Basierend auf einer Aussage meinerseits über die tragische Lage im Gazastreifen haben extremistischen Kreise diesen absurden Vorwurf aus dem Nichts konstruiert. Ich habe dann direkt beim Präsidenten des Gesundheitsausschusses des Bundestages, und sogar beim Präsidenten des Bundestages Dr. Wolfgang Schäuble, interveniert und habe auch entsprechende Dokumente seitens bekannter Schweizer Politiker zukommen lassen, die diesen abstrusen Vorwurf entkräfteten. Es war auch ein Brief von Frau Ruth Dreifuss dabei, die erste Frau, die in der

Schweiz Bundespräsidentin wurde, und die erste Jüdin, die jemals

in unserer Regierung saß. Darin bestätigte sie alle meine Auseinandersetzungen mit Antisemiten und entkräftete mit vielen weiteren Beispielen diesen absurden und heuchlerischen Vorwurf. Das hat aber nichts genützt, ich wurde ausgeladen und erhielt seitens der verantwortlichen Politiker des Bundestages kaum eine Antwort.

Cuba Libre: *Die Initiativen von medicUBa haben, neben der Weiterführung bewährter Projekte, den Fokus von kleineren Projekten in Richtung größerer Projekte im Bereich der Spitzenmedizin verschoben. Was steht an neuen Projekten an, woran arbeiten Sie gerade?*

Franco Cavalli: Anfänglich, während der „Período especial“, haben wir uns vor allem mit kleineren Hilfsprojekten befasst: Wenn irgendwo etwas fehlte, haben wir es geliefert. Wenn irgendetwas kaputtging, haben wir dazu geschaut, dass es repariert wurde. Wenn Medikamente fehlten, haben wir sie geliefert. Als sich die Lage einigermaßen normalisiert hatte, haben wir angefangen, uns für langfristige Projekte einzusetzen. Als Erstes haben wir die Lieferung von chemischem Rohstoff in die Wege geleitet, das Kuba wegen der Blockade nicht mehr kaufen konnte, damit die lokale pharmazeutische Industrie anfangen konnte, eine ganze Reihe von essenziellen Medika-

menten selbst zu produzieren. Wir haben dann anschließend vor allem die Ausbildung von Spezialisten wie auch den Kauf von speziellen Apparaturen am nationalen Krebsinstitut und an verschiedenen Spitzenforschungsinstituten (vor allem das Centro de Inmunología Molecular) gefördert und weitgehend finanziert. Bis jetzt beläuft sich unsere Hilfe auf etwa 15 Millionen Euro, was natürlich dort, angesichts der Preisunterschiede, mindestens zehnmal so viel wert ist. Seit einem Jahr haben wir mit einem sehr großen Projekt begonnen, das sich auf etwa 1.5 Millionen Euro beläuft. Wir wollen das IPK (Institut Pedro Kouri) mit modernen diagnostischen, molekularbiologischen Mitteln beliefern, damit auch in Kuba alle möglichen Infektionen innerhalb weniger Stunden überall auf der Insel diagnostiziert werden können. Das IPK ist nämlich das zentrale Institut, das die Lage der Infektionen in Kuba kontrolliert, aber auch kubanische Ärzte in den verschiedenen Missionen, die ins Ausland abgesandt werden (z. B. wegen Ebola), entsprechend ausbildet. Gerade deswegen hat Präsident Trump letzthin allen amerikanischen Institutionen und Ärzten verboten, mit dem IPK zusammenzuarbeiten! Wir werden das nationale Zentrum des IPK, aber auch drei neue Zentren, die wir in den Provinzen aufbauen (Santiago, Villa Clara und Havanna) mit den entsprechenden Apparaten ausrüsten, damit diese sehr wichtigen diagnostischen Möglichkeiten auch dezentralisiert eingesetzt werden können. Etwa ein Drittel des Projektes wurde schon realisiert und wir hoffen, es innerhalb von 24 Monaten finalisieren zu können.

Cuba Libre: *Herzlichen Dank für das Interview und Ihnen und medicUBa weiterhin viel Erfolg.*

Das Gespräch führte
Marion Leonhardt



Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. - Maybachstraße 159 – 50670 Köln

An
alle Mitglieder
der FG BRD-Kuba e.V.

Freundschaftsgesellschaft

BRD – Kuba e.V.

Maybachstraße 159

50670 Köln

Telefon: 02 21 – 2 40 51 20

Telefax: 02 21 – 6 06 00 80

email: info@fgbrdkuba.de

Internet: www.fgbrdkuba.de

03. Februar 2019

44. Bundesdelegiertenkonferenz der FG BRD - Kuba e.V. 28. bis 30. Juni 2019 in Nürnberg

EINLADUNG

Liebe Compañeras und liebe Compañeros,

der Bundesvorstand beruft die 44. Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba für den 28. bis 30. Juni 2019 nach Nürnberg ein und schlägt folgende **Tagesordnung** vor:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung der Konferenz
3. Rechenschaftsbericht des Vorstands und Finanzbericht
4. Bericht der Revisionskommission
5. Diskussion zu den Berichten und Entlastung von Kassierer und Vorstands
6. Referat „Die Verfassung der Republik Kuba“ (angefragt: Botschaft der Republik Kuba)
7. Antragsberatung und Beschlussfassung
8. Wahl des Bundesvorstands und der Revisionskommission
9. Schlusswort

Beginn: Samstag, 29.06.2019, 10.00 Uhr - **Ende:** Sonntag, 30.06.2019, ca. 14.00 Uhr

Der Auftakt zu unserer Konferenz wird, wie es bereits gute Tradition ist, bereits am Freitagabend, d. 28. Juni 2019, ein lockeres Treffen mit sein, das Gelegenheit zum Gedanken- und Informationsaustausch und zum Kennenlernen bietet.

Delegiertenschlüssel:

- drei (3) Delegierte, unabhängig von der Gruppengröße, aus jeder Regionalgruppe
- bei einer Gruppengröße ab 31 Mitgliedern pro jeder weiterer „angefangener“ zehn Mitglieder jeweils eine/n weitere/n Delegierte/n

Antragsschluss: 31. Mai 2019

„Anträge zur Bundesdelegiertenkonferenz können die lokalen Gruppen stellen.“ (Satzung)

Anmeldefristen:

für Delegierte und Gäste: **20.04.2019** (eingehend in der Geschäftsstelle)
Anmeldungen müssen an die Geschäftsstelle erfolgen.

Weitere Informationen erhaltet Ihr mit einem folgenden Gruppenbrief.

Solidarische Grüße,


Petra Wegener
Vorsitzende

für den Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Venezuela: eine geopolitische Auseinandersetzung

Venezuela ist seit jetzt 20 Jahren zu einer Obsession für alle Regierungen der USA geworden

Von Dr. Carolus Wimmer, Vizepräsident des Komitees für Internationale Solidarität und Frieden (COSI-Venezuela)

Wir haben es mit einem Machtkampf der internationalen Bourgeoisie zu tun. Und zwar mit einem Klassenkampf um den ganzen amerikanischen Kontinent. Als Brasilien Mitglied der BRICS-Staaten wurde, war absehbar, dass es zu einer globalpolitischen Auseinandersetzung kommen würde zwischen den Vereinigten Staaten und den sogenannten BRICS-Staaten. Das hat sich auch so bewahrheitet, wir brauchen uns nur den neuen ultrarechten Präsidenten Bolsonaro anzusehen, dann wissen wir, wie dieser Machtkampf ausgegangen ist. Das ist in Venezuela nicht anders.

Alles begann, als die damalige US-Aussenministerin Madeleine Albright kurz vor den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1998 klarstellte, dass „die USA nicht zulassen werden, dass Chavéz die Wahlen gewinnt“.

Das ist DEMOKRATIE „MADE IN USA“

Nun, das venezolanische Volk hat gezeigt, wer in der Einheit der Stärkere ist. Aber seit der Regierungsübernahme von Hugo Chavéz im Jahr 1999, erklärten die USA praktisch den Krieg und unterstützten eine große Offensive, die an allen Fronten eingesetzt wurde, um diesen politischen, revolutionären Prozess der nationalen Befreiung zu zerstören. Die Monroe-Doktrin von 1823 „Amerika für die Amerikaner“, heute aktualisiert mit „America First“ wird als Rechtfertigung dazu genommen.

International sichtbar wurde dies im April 2002 – in einem faschistischen Putsch mit Entführung des Präsidenten Hugo Chavéz. Auch damals wurde der Putschpräsident Carmona 48 Stunden lang von Washington gefeiert und fast dieselben Regierungen, die heute den Präsidenten Nicolas Maduro ablehnen, applaudierten – und alles mit einstimmigem Beifall der internationalen Presse.

DEMOKRATIE „MADE IN USA“

Es gelang damals, dank der Einheit, Organisation und Tapferkeit des venezolanischen Volkes, in zivil-militärischer Einheit, den Staatsstreich zu zerschlagen und die Macht zurückzugewinnen.

Es begann eine bis heute andauernde lange Periode der Konterrevolution der proimperialistischen und faschistischen Opposition mit internationaler Unterstützung mit vielen Toten und Verletzten, die von Terroranschlägen, Verbrechen, Übergriffen und anderen kriminellen Handlungen, die

als „Guarimbas“ bekannt wurden, gekennzeichnet war.

In Venezuela hat sich am 23. Januar 2019 ein Abgeordneter selbst zum „Übergangspräsidenten“ Venezuelas erklärt.

OHNE WAHLEN. DEMOKRATIE „MADE IN USA“

Sofort wurde er von Donald Trump und rechten Regierungen der Lima-Gruppe anerkannt. OHNE WAHLEN. Auch Regierungen der EU haben angekündigt, ihn anerkennen zu wollen.

OHNE WAHLEN. DEMOKRATIE „MADE IN EUROPE“

Nicolás Maduro beansprucht für sich die Stellung als Staatschef auf Grundlage von Wahlen, „die internationalen, demokratischen Standards entsprechen“, antwortet dagegen das „Carter Centre“ in Atlanta, USA. Er ist daher der legitime Führer Venezuelas.

Die zur Rechtfertigung des Putsches und zur Anerkennung des selbsternannten „Präsidenten“ durch die imperialistischen Staaten vorgebrachten Argumente sind haltlos.

Die Kritik an einer Regierung, die international von der grossen Mehrheit der Staaten der UNO anerkannt ist, kann kein Grund für eine ausländische militärische Intervention sein! **Erinnern wir uns, dass Venezuela seit 2016 den Vorsitz der Bewegung der 120 Blockfreien Staaten innehat.**

Zudem wird die Krise in Venezuela durch die kriminellen internationalen Strafmaßnahmen der USA und der EU weiter verschärft. Die USA und die EU verhindern den Import von Lebensmitteln und Medikamente für die Bevölkerung. Sie provozieren die humanitäre Krise.

EINE KRIMINELLE VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE

Hände weg von Venezuela!

**Wir wollen keinen Krieg und keinen Bürgerkrieg!
Wir kämpfen für Frieden und soziale Gerechtigkeit!**

No pasarán!

Wir brauchen eure Solidarität!

Patria o Muerte!

Venceremos!

Die Europäische Union macht sich zum Komplizen eines Putsches in Venezuela

Von Justo Cruz

Der Ministerpräsident Spanien, Pedro Sánchez, hat in einem Akt von Maßlosigkeit, Arroganz und Unverantwortlichkeit, sowie in Komplizenschaft mit den Regierungen von Ländern wie Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Portugal die Unverschämtheit besessen, Juan Guaidó als „Übergangspräsidenten“ von Venezuela anzuerkennen.

Wie kann es Leute geben, die wirklich glauben, dass Individuen wie Donald Trump, Mike Pence, Jair Bolsonaro, Luis Almagro, Sebastián Piñeira oder Mauricio Macri ein Interesse am Wohlergehen des venezolanischen Volkes haben könnten?

Mit welchem Recht können die USA und ihre Verbündeten und Marionetten entscheiden, wer ein freies und souveränes Land regieren darf?

Diese Entscheidung der Regierung von Donald Trump mit der Unterstützung von Pedro Sánchez, Emmanuel Macron und weiteren Politikern der Europäischen Union – natürlich mit Unterstützung der Regierung von Israel und von erbärmlichen, vaterlandslosen und verräterischen Politikern einiger lateinamerikanischer Länder – stellt eine eindeutige Verletzung des Rechts auf die Selbstbestimmung der Völker dar, frei und ohne äußere Einmischungen über ihre eigenen Regierungsformen, sowie über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden, so wie dies in den internationalen Abkommen der Menschenrechte beinhaltet ist, die von den Vereinten Nationen unterzeichnet worden sind.

Der rechtmäßige und gewählte Präsident Venezuelas, Nicolás Maduro, hat die Entscheidung des Ministerpräsidenten Spanien und der zuvor erwähnten Länder zurückgewiesen. Man wird also diese unverantwortlichen Politiker der Europäischen Union fragen müssen,

was sie zu tun gedenken, um die Krise zu lösen.

Wie soll es jetzt weitergehen?

Es ist klar, dass diese verantwortungslosen Mandatsträger keinen Plan für Venezuela besitzen, man kann keinen Plan haben, wenn man handelt, indem man den Befehlen der Vereinigten Staaten gehorcht. Diese sind es nämlich, die in Wahrheit ein makabre Planung für das südamerikanische Land bereithalten, wie bereits von Graig S. Faller, dem Chef des Südkommandos der USA bekannt gemacht wurde, ich zitiere: „Es gib zwei Verfahrensweisen, diese Art von Problemen zu lösen. 1989 haben wir Manuel Noriega aus Panama herausgeholt. Und 1994 haben wir den Präsidenten von Haiti entfernt (...) als Ende der achtziger Jahre Ferdinand Marcos hunderttausende von Protestierenden auf den Straßen der Philippinen gegen sich hatte, haben wir seinen Abgang organisiert und Marcos gleichzeitig garantiert, dass er nicht wieder auf die Philippinen zurückgeschickt werden würde, um dort für die von ihm begangenen Verbrechen verurteilt zu werden“.

So dreist und arrogant sind diese Demagogen, die handeln als seien sie die Herrscher des Universums.

Aber weder ist Maduro Ferdinand Marcos noch Venezuela die Philippinen, das wissen die Krieger der NATO nur zu gut, genauso wie sie auch wissen, dass es keinen ausgehandelten Abgang von Maduro geben wird. Die einzig mögliche Alternative wäre also ein mili-

tärischer Aufstand seitens der Armee, ein Staatsstreich oder eine ausländische Intervention im Stil des Iraks, Libyens oder Syriens, und wir wissen bereits, welches die Folgen solcher „humanitären Interventionen“ im Namen der Menschenrechte sind, und wir kennen ihre „Kollateralschäden“.

Juan Guaidó, der unrechtmäßige, dem venezolanischen Volk von Donald Trump und Mike Pence aufgezwungene Präsident, hat klar und deutlich erklärt, dass „die Militärintervention ein Zwangsinstrument darstellt, das immer auf der Tagesordnung steht“. Der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro hat seinerseits die Absicht bekundet, nach einem siegreichen Putsch die „Kräfte des Friedens“ anzuführen.

Wann hat man je gesehen, dass ein Politiker ganz offen um eine bewaffnete Intervention in seinem eigenen Land gebeten hätte?

Was würde mit einem Menschen passieren, würde er hier in Europa zu einem Einmarsch ausländischer Truppen aufrufen, um die hiesige Regierung zu stürzen?

Wie ist es möglich, dass diejenigen Venezolaner, die diesen Lumpen und Stümpfern zur Seite stehen, nicht berücksichtigen, dass die Tomahawk-Raketen nicht so intelligent sind, dass sie im Moment des Tötens zu unterscheiden wüssten, wer wer ist?

Kann sich jemand, der einen Putsch oder einen Bürgerkrieg in Venezuela unterstützt, um einen durch die Mehrheit seines Volkes demokratisch gewählten Präsidenten zu stürzen, als Demokrat bezeichnen?

Die Regierenden der Vereinigten Staaten haben keinerlei Interesse an einer friedlichen Lösung der Krise in Venezuela. Aus

diesem Grund kam Vizepräsident Mike Pence auf die wahnwitzige Idee, Elliot Abrams, einen reaktionären Diplomaten der Ära Reagan und Bush Senior, der auf dem lateinamerikanischen Kontinent für seine Politik der harten Hand bekannt ist, zum Sondergesandten für das südamerikanische Land zu ernennen.

Dieser Herr wurde vom US-amerikanischen Senat beschuldigt, Informationen über den Iran-Contra-Skandal verheimlicht zu haben, der daran bestand, Waffen an den Iran zu verkaufen, um die paramilitärischen Guerilleros (Contras) zu finanzieren, die gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua kämpften. In einem anderen politischen Skandal wurde nachgewiesen, dass Abrams versucht hatte, Informationen bezüglich eines der größten Massaker der jüngeren Geschichte Lateinamerikas zu verfälschen. Dabei handelte es sich um die Ermordung von über 1.000 Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, die sich im Dezember 1981 in dem salvadorianischen Dorf El Mozote ereignet hatte und von durch die Vereinigten Staaten ausgebildeten und ausgerüsteten Soldaten verübt wurde.

Wie ist es möglich, dass europäische Staats- und Regierungschefs wie Pedro Sánchez, Emmanuel Macron und Angela Merkel diese Vorgeschichten nicht berücksichtigen, bevor sie eine solch abwegige Initiative ergreifen, die Anerkennung eines „Präsidenten“, der nicht durch den freien Willen des venezolanischen Volkes gewählt worden ist?

Schauen wir uns an, welche Legitimität der selbsternannte „Präsident“ Juan Guaidó besitzt.

Zunächst einmal muss deutlich gemacht werden, dass es die Figur des „Interimspräsidenten“ in der venezolanischen Verfassung nicht gibt und sich als solcher zu proklamieren verfassungswidrig ist, genauso wenig wie ein „Machtvaku-

um“ existiert. Machtvakuum gibt es in Ländern wie dem Irak, in Libyen oder Afghanistan – Ländern, die zu Opfern „humanitärer“ Interventionen der NATO geworden sind, in denen das Einzige, was unter Kontrolle ist, die großen Gas- und Ölvorkommen sind, aus denen sich die Krieger des Westens je nach Laune bedienen.

Unglücklicherweise ist den „Demokraten“ des Westens diese Situation jedoch gleichgültig.

Es ist seitens Juan Guaidó und seiner Förderer lächerlich, den Anspruch zu erheben, in der Welt aufgrund einer Sache anerkannt zu werden, die in ihrem Wesen illegal und verfassungswidrig ist; insbesondere wenn die „oppositionelle Mehrheit“ und der Tisch der Demokratischen Einheit aus dem politischen Leben Venezuelas verschwunden sind.

Kürzlich hat die Zeitung The Wall Street Journal bestätigt, dass US-Vizepräsident Mike Pence Juan Guaidó angerufen und ihn der Unterstützung seines Landes für den Fall versichert habe, dass sich dieser als Übergangspräsident proklamiere. Wenige Augenblicke später verkündete Guaidó mit Pauken und Trompeten, dass er sich von nun an als Interimspräsident von Venezuela betrachte. Diese Informationen des Wall Street Journal bekräftigen, was bereits fast allseits bekannt war; die Initiative Guaidós, sich zum Präsidenten Venezuelas auszurufen beruhte auf einer Idee des Weißen Hauses, war also weder seine eigene noch die der venezolanischen Oppositionellen, die ihn unterstützen. Ein schlechter Einfall jener Demagogen, der einen Bürgerkrieg mit unvorhersehbaren Folgen für das venezolanische Volk und für die Region auslösen könnte.

Seit Monaten werde die Desinformationsmedien im Dienste des Westens und der venezolanischen Opposition nicht müde, uns überkreuz und quer zu wiederholen,

dass Nicolás Maduro ein Diktator sei, der die Präsidentschaft Venezuelas widerrechtlich an sich gerissen habe. Eine Opposition, die sei hiermit ganz beiläufig gesagt, die gespalten und zerstückelt ist und deren Anführer des populären Rückhaltes entbehren, was bereits so weit geht, dass ihnen niemand mehr glaubt oder von ihnen spricht. Dies ist der Grund dafür, weshalb von einem Tag auf den anderen ein gewisser „Juan Guaidó“ erschienen ist, den niemand kennt.

Wie kann es irgendjemanden auf der Welt geben, der glauben mag, das es einer Person wie Juan Guaidó, aus dem Nichts auftauchend, in den Sinn kommen könnte, sich selbst als Präsident eines Landes wie Venezuela zu proklamieren, ohne dabei die Unterstützung der USA und ihrer Verbündeten und Marionetten zu genießen?

Schauen wir nun also, wie unrechtmäßig die Regierung von Maduro ist.

Die Meinung einer vorgeblichen Gruppe von Lima lautet, ich zitiere: „...der am 20. Mai 2018 in Venezuela durchgeführte Wahlvorgang entbehrt der Rechtmäßigkeit, weil er nicht mit der Teilnahme aller venezolanischen politischen Akteure stattgefunden hat und ohne über die Anwesenheit unabhängiger internationaler Beobachter, noch über die notwendigen internationalen Garantien und Standards für einen freien, gerechten und transparenten Wahlprozess verfügt zu haben.“

Um diese Farce zu verstehen, müssen, wir zunächst wissen, dass es die venezolanische Opposition und nicht die Regierung von Maduro gewesen ist, die gefordert hat, die Wahlen im Mai und nicht wie ursprünglich vereinbart im Dezember durchzuführen. Diese Wahlen fanden am 20. Mai 2018, das heißt vor dem 10. Januar 2019, im Rahmen der Präsidentschaftsperiode 2013–2019, wie in den Artikeln 230 und 231 der Verfassung

festgelegt, statt. Dabei ist es sehr wichtig zu berücksichtigen, dass das Wahlrecht in Venezuela, wie in vielen Ländern der Welt, keine Pflicht darstellt, was bedeutet, dass es logisch ist, dass viele Leute sich dafür entscheiden, ihr Recht nicht wahrzunehmen, was jedoch den Wahlvorgang nicht unrechtmäßig werden lässt.

9.389.056 Venezolaner übten auf demokratische Weise ihr Stimmrecht aus, das sind 46,07 % der Wähler. Dabei erzielte Nicolás Maduro als Kandidat der Frente Amplio de la Patria 67,84 %, Henri Falcón von der Opposition 20,93 % und Javier Bertussi von der Partei El Cambio 10,82 % der Stimmen.

An den Präsidentschaftswahlen nahmen 16 politische Parteien teil. Auch die Tatsache, dass drei politische Parteien beschlossen, nicht teilzunehmen kann keine Rechtfertigung dafür sein, den Wahlprozess zu delegitimieren, da eine Teilnahme an den Wahlen ja nicht zwingend vorgeschrieben war.

Es wurden 18 Wahlprüfungen durchgeführt, an denen auch Vertreter des Kandidaten Henri Falcón teilnahmen, die die Übereinstimmungsprotokolle mit dem Wahlsystem ebenfalls unterzeichneten. Diese Wahlprüfungen waren öffentlich und wurden vom Fernsehkanal des Nationalen Wahlrates live übertragen. Wenn die Wahlprüfungen einmal abgeschlossen sind wird das System blockiert, und die einzige Art und Weise, erneut darauf zuzugreifen, besteht mittels gleichzeitiger Eingabe von geheimen Codes, die sich in der Verfügungsgewalt der einzelnen politischen Parteien befinden.

Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, der zu jeder Zeit seine Meinungsverschiedenheiten mit der Politik von Hugo Chávez und Nicolás Maduro zum Ausdruck gebracht hat, sagte während der Wahlen von 2006, nachdem er bestätigt hatte, dass Chávez die



Wahl auf ehrliche Weise gewonnen habe, ich zitiere: „Tatsächlich würde ich sagen, dass unter den 92 Wahlen, die wir überwacht haben, der Wahlprozess in Venezuela der beste der Welt ist“. Dem Expräsidenten zufolge liegt, ich zitiere: „...der größte Vorteil des venezolanischen Systems in der Tatsache, dass es vollkommen automatisiert ist, was die Verifizierung der Wahlergebnisse erleichtert“. Ende des Zitats.

In der westlichen Welt ist es bereits zur Gewohnheit geworden, die in Venezuela, Kuba, Bolivien, Nicaragua durchgeführten Wahlen nicht anzuerkennen, wenn die Gewinner nicht zu den „Favoriten“ des Westens gehören. Diesbezüglich stellte der ehemalige spanische Präsident José Luis Rodríguez Zapatero, von dem man nicht sagen kann, dass er ein Sympathisant der Bolivarischen Revolution Venezuelas sei, der als Beobachter an den Wahlen vom 20. Mai 2018 teilnahm, bezugnehmend auf die Weigerung der Opposition und die USA, die Wahlergebnisse „vorläufig“ anzuerkennen, vor der Presse

fest, ich zitiere wörtlich: „Zunächst pflegt ein Land, das solche Wahlen veranstaltet, nicht die ganze Welt einzuladen, und hier, es sei denn die Regierung korrigiert mich, hat man außer der OAS (...) die ganze Welt dazu eingeladen, den Wahlvorgang mitzuerleben, das heißt, haben denn etwa die Europäische Union heute bei all den zur Verfügung stehenden Mitteln, und die Vereinten Nationen und all diese Organisationen keine Experten, um festzustellen, ob irgendwelche Wahlen korrekt ablaufen ...? Natürlich gibt es die. Wir aber sind von einer Voreingenommenheit ausgegangen, einer großen Voreingenommenheit, die zu den schlimmsten Dingen gehört, die in der Politik geschehen können. Voreingenommenheiten sind Dogmen und Dogmen führen normalerweise zu Fanatismus und ins Unglück. Da haben wir also noch bevor die Wahlen stattfinden gesagt, es herrschen nicht die richtigen Bedingungen. Sowas habe ich noch nie erlebt. Man muss das Spielfeld betreten und kontrollieren, und wenn etwas nicht stimmt, muss man Meldung

machen. Ich fühle mich schlussendlich... wegen dem was auf dem Spiel steht, in gewisser Weise in beträchtlichem Maße verärgert, weil es eine sehr ernste Sache ist, einem Land zu sagen: „Nein, diese Wahlen taugen nichts“ und wenn morgen -stellen wir uns das mal vor- 60 % der Venezolaner abstimmen und ihnen von anderen Regierungen gesagt wird (...) nein, das gilt nicht, das taugt nichts – wie bitte?, das ist eine Unverantwortlichkeit gegenüber der Zukunft eines Volkes, für seinen Frieden, seine Entwicklung, da sage ich: Wie ist es zu diesen Entscheidungen gekommen? Vielleicht so, wie andere in anderen Breitengraden getroffen wurden und durch die Art, wie sie getroffen wurden zu Konsequenzen geführt haben. Aber ich muss Ihnen sagen, dass mich das erschreckt, mich erschreckt, dass so weitreichende Entscheidungen mit so wenigen Urteilkriterien getroffen wurden. Dies ist eine präventive Disqualifizierung der venezolanischen Wahlen von 2018 gewesen. Kommt Ihnen das 'Präventive' bekannt vor? Eine präventive Handlung bedeutet immer ein Scheitern. Und diejenigen, die auf diesen Weg setzen, werden Venezuela nicht treffen“. Ende des Zitats.

Wir leben in einer unglaublichen Welt, die von unmoralischen Arbeitern beherrscht wird, die ihr Gesicht verloren haben. Die US-amerikanische Misswirtschaft verweigerte über 800.000 staatlichen Angestellten, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Hypotheken bezahlen, wie sie sich ernähren oder wie sie den täglich benötigten Treibstoff bezahlen sollen, die Gehaltszahlungen. Tausende von Auftragnehmern der Regierung haben ihre Beschäftigung verloren, aber Donald Trump, Mike Pence und Marco Rubio erzählen der Welt weiterhin, wie „besorgt“ sie um das Wohlergehen des venezolanischen Volkes seien.

Wie kann man nur so schamlos sein? Das Schlimmste an der ganzen Sache ist, dass nichts von alledem die OAS oder die Gruppe von Lima interessiert, ganz zu schweigen die Marionetten der USA im Europäischen Parlament. Wie es scheint hat niemand auf der Welt ein Interesse am Schicksal von fast einer Million US-Staatsangestellter, die Donald Trump quasi als Geiseln hält, damit ihm der Kongress gestattet, eine Mauer zu bauen, die fast von der Gesamtheit der internationalen Gemeinschaft abgelehnt wird.

Der Regierung von Nicolás Maduro die Legitimation zu entziehen, um eine Handpuppe im Dienste Washingtons und seiner Verbündeten und Marionetten für rechtmäßig zu erklären, käme der Einsetzung einer neuen Weltordnung mit verhängnisvollen Folgen für die Zukunft der Menschheit gleich.

Heute entscheidet sich in Venezuela nicht nur eine friedliche Zukunft für seine Bevölkerung, sondern auch eine friedliche Zukunft für unseren lateinamerikanischen Kontinent, eine friedliche Zukunft für die Welt. Dieser Zustand der imminenden Kriegsgefahr für unsere venezolanischen Brüder und Schwestern erfordert unsere Solidarität und zwingt uns dazu, mit all unserer Kraft dafür zu kämpfen, einen Staatsstreich oder eine Militärintervention in diesem Bruderland zu verhindern.

Wir müssen den Dialog als einzigen friedlichen Ausweg aus einer Krise fördern, die von imperialen Kräften importiert wurde, die die Welt zu ihrem Hinterhof machen wollen.

Sagen wir NEIN zum Krieg und ein großes JA zu einer Welt des Friedens und der friedlichen Koexistenz.

Übersetzung: Klaus Lehmann

Unzulässige Einmischung - Ein Gutachten

Der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko (Die Linke) hat die Wissenschaftlichen Dienste (WD) des Bundestages um eine Ausarbeitung zur Völkerrechtskonformität der Anerkennung des selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó in Venezuela gebeten.

In seinem Gutachten stellen die WD fest, dass es im vorliegenden Fall „starke Gründe“ für die Annahme gibt, dass es sich bei der Anerkennung Guaidós um eine „Einmischung in innere Angelegenheiten“ handelt. Die Frage, ob diese als unzulässige Intervention zu bewerten ist, sei „durchaus berechtigt“.

Andrej Hunko erklärt hierzu auf seiner Website: „Aus meiner Sicht bestätigt das Gutachten, was wir seit Beginn der aktuellen Krise in Venezuela kritisie-

ren: Die Anerkennung Guaidós stellt eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas dar und ist damit völkerrechtswidrig. ...

Wir dokumentieren auf der nächsten Seite Auszüge aus dem Gutachten. Das gesamte Gutachten kann hier <https://www.andrej-hunko.de/start/download/dokumente/1301-wd-2-014-19-venezuela/file> heruntergeladen werden

Zur Anerkennung ausländischer Staatsoberhäupter

1. Die Anerkennung ausländischer Staatsoberhäupter aus völkerrechtlicher Sicht

Der Auftraggeber wirft die Frage auf, ob es für einen Staat völkerrechtlich zulässig ist, ein ausländisches Staatsoberhaupt als solches anzuerkennen, wenn dieses Staatsoberhaupt seine Position möglicherweise nicht im Rahmen der anwendbaren ausländischen Verfassung erlangt hat oder die Verfassungskonformität des Regierungswechsels nach anwendbarem ausländischen Recht von anderen Verfassungsorganen des betroffenen Landes bezweifelt wird.

Für die Anerkennung von Regierungen gelten im Völkerrecht im Wesentlichen die gleichen Grundsätze wie für die Anerkennung von Staaten. Nach ganz überwiegender Auffassung in der Völkerrechtswissenschaft hat die Anerkennung grundsätzlich nur deklaratorische, keinen konstitutive Wirkung. Dies führt dazu, dass die Anerkennung durch einen anderen Staat nichts an der Verfassungskonformität oder Verfassungswidrigkeit eines Regierungswechsels ändert, die allein nach innerstaatlichem Recht zu beurteilen bleiben. D.h. die bloße Anerkennung verleiht der neuen Regierung keine Legitimität.

Die Einmischung in innere Angelegenheiten ist jedenfalls dann als völkerrechtlich unzulässige Intervention zu bewerten, wenn diese Einmischung mit Zwangsmitteln oder Gewalt (forcible or dictatorial means) verbunden wird. Bei der bloßen Erklärung der Anerkennung einer Regierung ist eine solche Verknüpfung mit völkerrechtlich unzulässigen Mitteln nicht ersichtlich.

Auch wenn die Anerkennung eines ausländischen, in seinem

Heimatstaat umstrittenen Interimspräsidenten im vorliegenden Einzelfall nicht die Schwelle zur unzulässigen und damit völkerrechtswidrigen Einmischung in innere Angelegenheiten überschritten haben sollte, käme es in Betracht, sie völkerrechtlich als unfreundlichen Akt zu qualifizieren. ... Ein unfreundlicher Akt ist kein Völkerrechtsdelikt (international wrongful act), hat allerdings zur Folge, dass der Zielstaat eines unfreundlichen Aktes seinerseits zur Retorsion, d. h. zu unfreundlichen, jedoch rechtmäßigen Gegenmaßnahmen, berechtigt ist.

Aus Sicht der bisherigen, noch amtierenden Regierung dürfte die Anerkennung eines Staatsoberhauptes ad interim wohl stets als unfreundlich zu bewerten sein.

2. Drohung mit Anerkennung

... Für die Drohung mit der Anerkennung des Interimspräsidenten gelten letztlich die gleichen Leitvorstellungen wie für die Anerkennung selbst. So hängt auch die Zulässigkeit der Drohung davon ab, wer zum Zeitpunkt der mit der Drohung in Aussicht gestellten Anerkennung die effektive Staatsgewalt in dem betroffenen Staat ausübt.

3. Drohung mit Militärintervention und Inhaftierung

... Die Drohung mit einer militärischen Intervention ist eine Drohung mit Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit eines Staates. Da die VN gem. Art. 2 (1) ihrer Charta auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Mitgliedstaaten beruhen und eine Militärintervention dem Grundsatz der souveränen Gleichheit widerspricht, ist die Drohung auch mit den Zielen der VN unvereinbar.

Die an das Staatsoberhaupt adressierte Drohung richtet sich gegen die politische Unabhängigkeit eines Staates und verletzt ebenfalls den Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten.

Das Verbot der Drohung mit Gewalt wurde von der internationalen Gemeinschaft nach Annahme der VN-Charta wiederholt bestätigt, prominent auch in der sogenannten Friendly Relations Declaration der VN-Generalversammlung.²⁵ Diese führt hierzu aus: „Jeder Staat hat die Pflicht, in seinen internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen. Eine solche Androhung oder Anwendung von Gewalt stellt eine Verletzung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen dar und darf niemals als Mittel zur Regelung internationaler Fragen angewandt werden“.

Fraglich bleibt, inwiefern angebliche Äußerungen eines Sicherheitsberaters der Regierung dem Staat als Völkerrechtssubjekt zurechenbar wären. Dies ist eine Frage der Staatenverantwortung. Das in diesem Rechtsgebiet einschlägige Völkergewohnheitsrecht fand Niederschlag in den Artikelentwürfen der VN-Völkerrechtskommission über die Verantwortlichkeit von Staaten für völkerrechtswidriges Handeln. Gem. Art. 4 und 5 der Artikelentwürfe kommt es darauf an, ob die handelnde Person aufgrund innerstaatlichen Rechts befugt ist, Regierungsaufgaben wahrzunehmen. Hiervon dürfte beim Sicherheitsberater der US-Regierung auszugehen sein. Daher wären seine Äußerungen dem Staat zuzurechnen.

Von Volker Hermsdorf

CUBA LIBRE will in dieser Rubrik aufzeigen, was die Konzernmedien verschweigen, Falschmeldungen enthüllen und Manipulationen aufdecken.

Falschmeldungen Unterschlagungen Manipulationen



Die Kommentare westlicher Politiker und Medien zum Verfassungsreferendum in Kuba waren vorhersehbar. Zwei Tage nach Annahme der neuen Magna Charta, erklärte US-Außenminister Mike Pompeo, der »gesamte Prozess« sei »von einem sorgfältig gesteuerten politischen Theater und Unterdrückung der öffentlichen Debatte« geprägt gewesen. Die exilkubanischen Contra-Gruppen nahe stehenden Medien wie die Tageszeitung »Nuevo Herald« in Miami oder das in Madrid erscheinende Onlineportal »Diario de Cuba« stießen erwartungsgemäß in dasselbe Horn. Auch deutschsprachige Medien berichteten im Sinne des US-Außenministers. Vom Mainstream abweichende Stimmen blieben die Ausnahme. So resümierte das »Handelsblatt« immerhin: »Der letzte kommunistische Vorposten der westlichen Welt wird mit dem neuen Grundgesetz ein klein wenig demokratischer und moderner.« Die »Süddeutsche Zeitung« kommentierte die zahlreichen, in der Volkssprache durchgesetzten Änderungen am ersten Entwurf mit der Feststellung: »Es war auch ein Lehrstück über die Tücken von demokratischen Prozessen.«

KAS und Spiegel im Gleichklang

Die meisten Medien blieben ihrer Linie in der Kuba-Berichterstattung jedoch treu. Die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU hatte schon vor dem Referendum die Stoßrichtung vorgegeben. Tatsächlich gehe es lediglich »um den Versuch der kubanischen Regierung, sich ... zu legitimieren«, schrieb Hans-Hartwig Blomeier, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Mexiko. »Unabhängig von den Resultaten der Volksabstimmung« werde die Verfassungsreform der Regierung »in Zukunft die Möglichkeit geben, jegliches Hinterfragen des Systems ... von sich zu weisen«, warnte der CDU-Mann. Spiegel-Online übernahm den Vorwurf und zitierte den Politikwissenschaftler Bert Hoffmann. »Der Prozess ist von oben so orchestriert worden, dass wirkliche Systemfragen gar nicht erst diskutiert wurden.« Weiter klagt der Professor: »Das ist eine Verfassungsänderung innerhalb eines autoritären, bürokrati-

schen Sozialismus.« Tatsächlich ging es nie um die Beseitigung der sozialistischen Ordnung.

Doch dann präsentiert Spiegel-Online »Yanet, eine Informatikerin aus Havanna«, so als hätte es den Skandal um die Fake-News des Spiegel-Reporters Claas Relotius nie gegeben. »Nach meinem Verständnis war der Prozess nicht komplett demokratisch«, wird die Frau zitiert, deren tatsächliche Existenz ebenso wenig nachprüfbar ist wie die des von Relotius porträtierten »ersten Steuerberaters« auf Kuba. Während Relotius noch an den Pranger kam, weil er Interviewpartner frei erfunden hatte, macht der Spiegel mit der Methode munter weiter. »Personen aus Yanets Umfeld wollen sich zur Verfassung nicht äußern. Sie haben Angst, Probleme mit der Regierung zu bekommen«, heißt es mit klar erkennbarer Intention weiter. Die Überschrift zum Artikel über Kubas neue Verfassung lautete folgerichtig: »Das Märchen vom demokratischen System.«

Der TAZ gebührt der erste Platz

Verglichen mit der »TAZ«, die nie fehlt, wenn es gegen Kuba und den Sozialismus geht, gebührt dem Spiegel diesmal jedoch nur der zweite Platz. In einem Vorbericht zum Referendums lässt TAZ-Autor Knut Henkel unter anderem Alida León, die Präsidentin der homophoben »Evangelikalen Liga Kubas«, erklären, warum sie gegen die Verfassung stimmt. Das werde, so Henkel, »von der Regierung alles andere als gern gesehen«. Seine weiteren Zeugen sind »Aktivisten« der »Unión Patriótica de Cuba«, die festgenommen worden seien, weil sie »sich öffentlich gegen die neue Verfassung ausgesprochen hatten«. Henkel unterschlägt, dass diese Organisation 2011 mit Hilfe der US-Dienste USAID und CIA aufgebaut wurde. Ihr Hauptsponsor ist die mit US-Regierungsgeldern finanzierte »Fundación Nacional Cubano Americana« in Miami, die sich 1997 zu einer Serie von Bombenanschlägen auf kubanische Hotels bekannt hatte. Auch bei seiner nächsten Zeugin, der in Miami lebenden Systemgegnerin Rosa María Payá, unterschlägt der TAZ-Autor Informationen. Ihr Vater Oswaldo Payá, der für »ein wirkliches Referendum ... geworben« habe, sei »bei einem dubiosen Verkehrsunfall ums Leben gekommen«, macht Henkel sich die Propaganda von Contras und US-Geheimdiensten zu eigen. Er verschweigt, dass Payá bei einem Unfall getötet wurde, der 2012 von Ángel Carromero, einem Geldkurier der postfranquistischen spanischen »Partido Popular«, verschuldet wurde. Wie der vom spanischen Botschafter als fair bezeichnete Prozess ergab, war Carromero ohne Führerschein gefahren und wegen überhöhter Geschwindigkeit auf Weg zu Rosa María Payá von der Straße abgekommen. Im Gepäck hatte der PP-Agent 4000 Dollar für den Aufbau einer Contragruppe.

DER ONLINE-SHOP FÜR ALLE LINKEN

T-Shirts . Hoodies . Bücher . Broschüren . Fahnen . CDs . DVDs . Antiquariat und mehr



Broschüren
3,00 €

6 Gläser
10,00 €



Fahnen
ab 12,00 €



UZ 6 Wochen
Probe lesen 0,00 €



T-Shirts
14,90 €



Hoodies
24,90 €



Tassen
ab 6,00 €



E-Mail: info@unsere-zeit.de

www.uzshop.de

Tel: 0201 17 78 89 23

Jetzt Mitglied werden



Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Solidarität mit Kuba

Jetzt Mitglied werden!

**4 Bücher- und CD-Prämien für neue Mitglieder
(Prämienpaket umseitig)**

Monatsbeitrag: 10,- € (Förderbeitrag) 7,- € (Normalbeitrag) 3,- € (Sozialbeitrag)

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Name, Vorname

Telefon

Straße, Hausnummer

email

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich ermächtige die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., den o.g. Beitrag vierteljährlich von meinem Konto bis auf Widerruf mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Der Einzug soll zu Lasten folgenden Kontos erfolgen:

IBAN

Name, Vorname (Kontoinhaber)

BIC

Datum, Unterschrift

Coupon bitte einsenden an: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Maybachstraße 159, 50670 Köln



*»Der wahrhaftige Mensch schaut nicht,
auf welcher Seite man besser leben kann,
sondern welcher Seite man verpflichtet ist.«*

José Martí

Bücher- und CD-Prämien



**Kuba
im Wandel**
16 Erfahrungsberichte

Verlag Wiljo Heinen



**Cuba
Musica
y Revolucion**

CD



**Helden
der freien Welt**
Dissidenten
in Kuba

PapyRossa Verlag



Hernando Calvo Ospina/
Katlijn Declercq

**Originalton
Miami**

Die USA, Kuba
und die Menschenrechte

PapyRossa Verlag

Bei Umzug:
Neue Adresse u. ggf.
Bankverbindung in
der Geschäftsstelle
mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Ausgehändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtausgehändigung zurückzusenden.